Strauß will Grüne ausschalten — Seite 2 1 H 3752 C *Erscheint wöchentlich freitags*

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 44 vom 5. November 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



150000 in Stuttgart sorgten für die größte Demonstration, die Baden-Württembergs Landeshauptstadt seit 1945 gesehen hat. Vor einem Jahr hatte der DGB im Schwabenland ebenfalls zum Protest gegen die Politik des Sozialabbaus gerufen, die damals von der sozialliberalen Koalition eingeleitet worden war. Damals folgten 70000 Kolleginnen und Kollegen dem Aufruf. Jetzt waren es mehr als doppelt so viele.

DGB-Demonstrationen erneut mit Rekordbeteiligung

Hunderttausende gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn

Auch am letzten Wochenende gab es wieder enorme Mobilisierungserfolge bei den gewerkschaftlichen Protestaktionen gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn. Allein in Stuttgart gingen 150000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Baden-Württemberg auf die Straße. In Hannover beteiligten sich an die 50000 Menschen an der DGB-Aktion.

In Stuttgart geriet die DGB-Aktion am Samstag zur größten Demonstration, die die badenwürttembergische Landeshauptstadt seit 1945 erlebte. Der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg hatte die Aktion unter das Motto gestellt: **„Gegen Arbeitslosigkeit, soziale Demontage, Ausländerfeindlichkeit und Rüstungswahnsinn...** In drei machtvollen Marschsäulen zogen die 150000 zum Schloßplatz, wo die Großkundgebung des DGB stattfand.

Auch in Hannover, wo ebenfalls am Samstag annähernd 50000 demonstrierten, wurde die DGB-Aktion zu einer der größten Kundgebung seit dem Kriege in dieser Stadt. Dort stand der Protest unter dem Motto: „Arbeit schaffen — Sozialabbau verhindern".

Bereits am Freitag abend gingen in Kiel zu einer Vorveranstaltung für die Kundgebung des DGB-Nordmark in Hamburg am 6. November rund 3000 Gewerkschafter auf die Straße.

Zusammen mit den DGB-Aktionen in Dortmund, Nürnberg und Frankfurt vom vorletzten Wochenende ergibt sich nun eine Teilnehmerzahl von rund 450000. Eine derartige Mobilisierung für politische Protestdemonstrationen hat es im gewerkschaftlichen Bereich hierzulande seit den Klassenauseinandersetzungen in der unmittelbaren Nachkriegsperiode nicht mehr gegeben. In Hamburg, Bremen, Saarbrücken und Westberlin stehen noch weitere DGB-Aktionen gegen die Politik des Sozialabbaus bevor. Damit dürfte dann die Teilnehmerzahl auf insgesamt mehr als eine halbe Million klettern!

Auch auf den Demonstrationen des letzten Wochenendes führten die Kolleginnen und Kollegen auf ungezählten Transparenten und Spruchtafeln kämpferische Parolen und konkrete Forderungen mit sich, die insgesamt die Arbeiterinteressen gegen den Krisenkurs von Kapital und Regierung zum Ausdruck brachten. So wurde häufig gefordert, daß die Reichen die Krise bezahlen sollen; ein konsequenter Widerstand gegen Reallohnabbau und gegen jede Arbeitsplatzvernichtung wurde verlangt; der Rüstungswahnsinn wurde als Kehrseite der sozialen Demontage angeprangert. Viele Parolen wandten sich wiederum gegen Ausländerfeindlichkeit und stellten die notwendige Solidarität von Deutschen und Ausländern im Kampf gegen das Kapital und die politische Reaktion heraus.

Die offiziellen Kundgebungsredner des DGB schlugen teilweise ungewöhnlich scharfe und auch radikale Töne gegen die Regierungspolitik und gegen die Kapitalisten an (Näheres dazu auf Seite 9). Bemerkenswert ist unter anderem, daß der baden-württembergische DGB-Vorsitzende Pommerenke in Stuttgart eindeutig forderte: „Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979!"

Massenentlassungen:

3 800 bei Agfa, Zehntausende im ganzen Land

Eine beispiellose Welle der Arbeitsplatzvernichtung rollt zur Zeit über das ganze Land. Im Gespräch sind vor allem der Steinkohlebergbau und die Stahlindustrie. Aber auch in anderen Bereichen gibt es Massenentlassungen. Aktuelles Beispiel: Der Fotokonzern Agfa-Gevaert vernichtet in Bayern Tausende von Arbeitsplätzen durch Betriebsstillegungen. Jedenfalls ist das geplant, und hier wie überall wird nur massenhafter und kompromißloser Widerstand die Rechnung der Kapitalisten durchkreuzen können.

Die Stillegungspläne betreffen den Geschäftsbereich Fototechnik des Unternehmens. 9000 Menschen arbeiten zur Zeit in der Bundesrepublik bei Agfa, 3800 davon in Bayern. Und von diesen 3800 Beschäftigten sollen durch die Stillegung des Münchner Kamerawerkes 3200 ihren Arbeitsplatz verlieren. Weitere 600 Arbeitsplätze sollen der Stillegung des Werkes in Coimbra (Portugal) zum Opfer fallen.

Der Stillegungsbeschluß wurde im Aufsichtsrat gegen die Stimmen der sogenannten Arbeitnehmervertreter gefaßt. Diese haben inzwischen zusammen mit der IG Metall in München die Verantwortlichen aufgefordert, diese Entscheidung zurückzunehmen, weil sie sozial unvertretbar und dazu noch rechtswidrig seien, weil mit dem Beschluß gegen Satzungsbestimmungen verstoßen worden sei.

Die Agfa-Verwaltung erklärte, eine Chance auf Rettung der Arbeitsplätze könne nur darin bestehen, daß andere Unternehmen die betroffenen Fabrikanlagen übernähmen; diese Chance sei aber nicht sehr groß. Im übrigen soll nun mit den Betriebsräten über Sozialpläne verhandelt werden. Also darüber, unter welchen Bedingungen die Betriebsräte der Arbeitsplatzvernichtung zustimmen.

Eine Chance auf Rettung ihrer Arbeitspläatz besteht für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen nicht im vergeblichen Warten auf den großen Retter, sondern nur im Vertrauen auf ihre eigene Kraft, wenn sie zudem sich nicht mit Sozialplänen abspeisen lassen. Kampf um jeden Arbeitsplatz, diese Losung muß in München und überall den unglaublichen Entlassungsfeldzügen entgegengestellt werden, und unbefristeter Streik und Betriebsbesetzungen müssen mit voller gewerkschaftlicher Rückendeckung zu gängigen Kampfmaßnahmen werden. In diesen Kämpfen müssen die Belegschaften anderer Betriebe ihre Kollegen durch Solidaritätsmaßnahmen, Solidaritätsstreiks zur Seite stehen, auch das eine Aufgabe, für deren Erfüllung den Gewerkschaften große Verantwortung zukommt. Wer jetzt noch den Sozialpartnerschaftsparolen anhängt, der ist endgültig verraten. Es gibt auch keine Nicht-Betroffenen, höchstens Noch-nicht-Betroffene. Wenn jetzt nicht alle zusammenhalten, werden alle einzeln eingemacht. (Siehe auch den Artikel auf Seite 5: Den Widerstand verstärken!)

Scharons Lügen bloßgestellt

Israel wollte das Massaker in Beirut

JERUSALEM. — Immer neue Tatsachenberichte belegen die Wahrheit über die Billigung des Massakers, das libanesische Falangisten im September in Beirut unter der palästinensischen Bevölkerung anrichteten, durch die israelische Besatzungstruppen.

Immer wieder wird Israels Kriegsminister Scharon der Lüge überführt. Er hatte behauptet, erst über 24 Stunden nach Beginn des Massakers, am 18. September, davon gehört zu haben. Auch der Kommandeur der im Libanon eingerückten israelischen Truppen, Generalmajor Drori, will am 17. September lediglich etwas von „Unregelmäßigkeiten" gehört haben. Vor der Untersuchungskommission in Jerusalem berichtete dagegen der Kommandeur einer Panzereinheit von Sabra, Oberleutnant Avi Grabowsky, er habe am Morgen des 17.9. aus einer Panzerstellung vor dem Lager in Sabra gesehen, wie Falangisten Männer, Frauen und Kinder aus dem Lager schleppten und prügelten, sowie fünf Menschen erschossen. Er gab mehrere Leute seiner Panzereinheit als weitere Zeugen an. Von diesen Vorgängen unterrichtete er seinen Bataillonskommandanten bereits um 9 Uhr. Dessen Entgegnung: „Ich weiß, das ist sehr schlecht, aber wir greifen nicht ein." Und Grabowskys Brigadekommandeur antwortete ihm: „Wir wissen und behandeln die Sache." Britische und US-amerikanische Ärzte bestätigen inzwischen, daß bereits am 16. September mit dem Morden begonnen wurde.

Somit stellt sich vor der Weltöffentlichkeit das israelische Regime, mit dem Verbrecher Begin an der Spitze, immer klarer als Drahtzieher der furchtbaren Massenmorde von Beirut bloß.

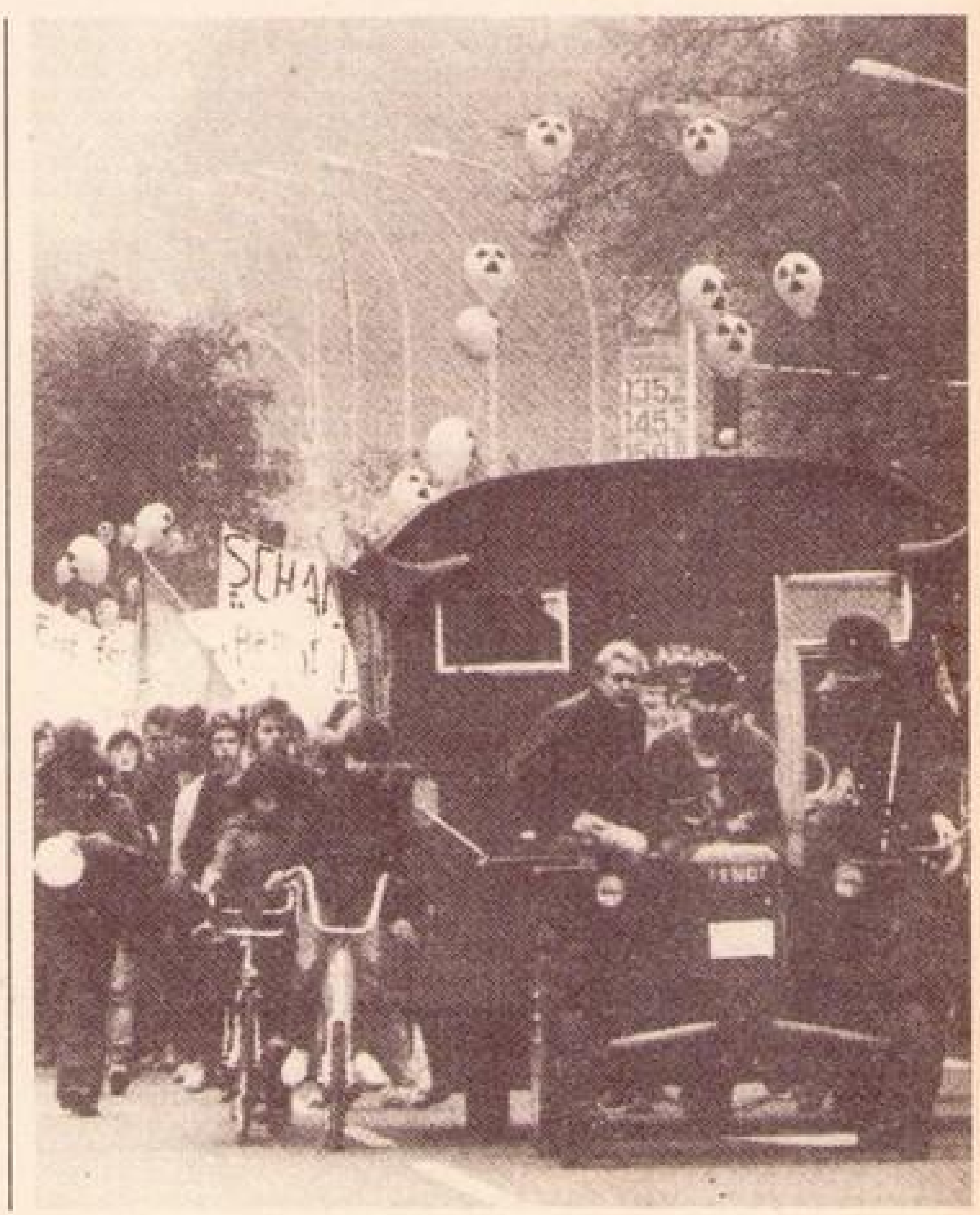
Schacht Konrad:

8 000 gegen Atommülldeponie

SALZGITTER. — Gegen die geplante Deponie für radioaktive Abfälle auf dem Gelände des Erzbergwerks Konrad bei Salzgitter demonstrierten am vergangenen Sonnabend etwa 8000 Menschen. Polizeieinsätze forderten zahlreiche Verletzte, 29 Demonstranten wurden nach Angaben des Braunschweiger Ermittlungsausschusses festgenommen. Bis Montag nachmittag wurden sieben Haftbefehle erlassen.

Die Aktionen gegen die Atommülldeponie begannen mit einer morgendlichen Kundgebung in Salzgitter-Lebenstedt, an der bereits an die 3000 Menschen teilnahmen. Nach der Vereinigung mit anderen Atomkraftgegnern bewegte sich ein Demonstrationszug auf den Schacht Konrad zu, wo es auch zu den schärfsten Auseinandersetzungen mit den Polizeitruppen kam, die der Staat wie immer zum Schutz seiner Atomanlagen aufgeboten hatte. Mit der Einrichtung neuer Deponien für Atommüll wird auch unterstrichen, daß kompromißlos am Bonner Atomprogramm festgehalten werden soll. Der Widerstand gegen dieses, für die Kapitalisten profitträchtigen Programms, das auf unsere Kosten finanziert wird und unser Leben bedroht, bleibt notwendig und ist immer gerechtfertigt.

Das bundesdeutsche Kernforschungszentrum Karlsruhe hat für nächstes Frühjahr eine Versuchsreihe angekündigt. Was dabei herauskommen soll, steht für die Verantwortlichen bereits fest: Sie soll „endgültig nachweisen, daß selbst Kernschmelzunfälle ohne schwere Folgen für die Umgebung bleiben". Demgegenüber stellt die neueste Studie, die in den USA für die dortige Atomkontrollbehörde NRC erstellt wurde, fest, ein solcher Unfall könnte mehr als 100000 Menschen das Leben kosten. („Washington Post", vom 1.11.82)



Kommentar der Woche

Daß die Politik des neuen Bonner Arbeitsministers die Gewerkschaften zu Ovationen hinreißen würde, hat sicher nicht einmal IGM-Mitglied Norbert Blüm selbst erwartet. Allzu offensichtlich war diese Politik ja ausgerichtet auf eine massive und bewußt kalkulierte Provokation des DGB.

Man denke nur an die Tatsache, daß es der neue Minister überhaupt nicht für nötig hielt, sich — wie es viele von ihm erwarteten — als Gewerkschaftsfreund anzuschmieren, sondern daß er, kaum im Amt, auf totalen Konfrontationskurs ging und nach der Lohnpause rief. Und so war es denn auch nicht überraschend, daß etwa die IGM-Zeitschrift „metall" Blüms Provokation annahm und den Minister als „Musterschüler" des Marktgrafen Lambsdorff porträtierte.

Was nun noch nicht einmal eine besonders radikale Form der Kritik war. Denn die Spatzen pfeifen es von den Dächern und selbst in der bürgerlichen Presse kann man es nachlesen, daß Blüm sich bei regelmäßigen Frühstückstreffen mit Lambsdorff und Stoltenberg von seinen beiden Ministerkollegen auf den rechten Kurs bringen läßt. Erstaunlich aber war die Reaktion des Herrn Blüm auf die „metall"-Kritik. Das sei „Linksfaschismus schlimmster Sorte", ließ er seinen Sprecher Ludger Reuber verbreiten, und Jürgen Mechelhoff, Chefredakteur der IGM-Zeitschrift, wurde umgehend von einem für diese Woche geplanten Gespräch zwischen Blüm und Gewerkschaftsjournalisten ausgeladen.

Neue Kampagne gegen die Gewerkschaften

Und dann die großen DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn: Jetzt schickte Blüm seinen Staatssekretär Vogt vor, um verkünden zu lassen, diese Demonstrationen würden nicht die Meinung der Mehrheit in den Gewerkschaften zum Ausdruck bringen. Ministerkollege Geißler assistierte: Der DGB solle sich hüten, eine „gegen die Interessen der Arbeitnehmermehrheit gerichtete Politik" zu betreiben; die Gewerkschaftsmitglieder stünden im Gegensatz zu ihrer Führung überwiegend hinter der Politik der neuen Bonner Regierung.

Gerade diejenigen Figuren aus dem Kohl-Kabinett, die dem zugerechnet werden, was gemeinhin als „linker Flügel" der CDU bezeichnet wird, nehmen also geradezu begierig jede sich bietende Gelegenheit an, um die direkte Konfrontation mit der Gewerkschaftsbewegung zu suchen. Und diese Kampfansage muß durchaus ernst genommen werden. Denn bringt man die in den letzten Wochen abgesonderten Hetzparolen dieser Herren einmal in eine Reihe, dann ergibt sich ein Bild, das sich nahtlos mit der von Strauß und Stoiber vor zwei Jahren angezettelten Diskussion über die „Gewerkschaftsfrage" deckt.

Auch damals war dem DGB abgesprochen worden, die Mehrheit der Werktätigen zu vertreten; er wurde zur „sozialistischen Richtungsgewerkschaft" erklärt, wobei sowohl Strauß wie auch sein Generalsekretär bei jeder Gelegenheit herausstrichen, daß der Sozialismus sowieso nur eine besondere Form des Faschismus sei. Und es muß heute wieder daran erinnert werden, daß die Spitzen der CSU in den von ihnen ausgearbeiteten „Rohmaterialien" ja auch eine Strategie zur „Lösung der Gewerkschaftsfrage" entworfen hatten: Spaltung des DGB, notfalls durch den Aufbau von „strauß-hörigen", gelben Gewerkschaften, nachhaltige Schwächung und in der Perspektive völlige Zerschlagung jeder Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten, die den Namen Gewerkschaft wirklich noch verdienen würde.

An diese Strategie wird jetzt, nach dem Machtwechsel in Bonn, mit dreister Offenheit wieder angeknüpft. Wie hatte Strauß vor zwei Jahren das Ziel seiner Gewerkschaftspolitik zusammengefaßt? „Es muß mit allen verfügbaren Mitteln verhindert werden, daß der Klassenkampf in die Tarifauseinandersetzungen und in die Betriebe hineingetragen werden kann." Dieses Ziel aber, darin besteht offenbar Einigkeit innerhalb der Wunschregierung des Kapitals, kann unter den heutigen Bedingungen mit den alten Methoden der Sozialpartnerschaft nicht mehr verwirklicht werden. Also erklärt man den Gewerkschaften den unverhüllten Krieg. Damit ist aktuell sicher nicht mehr geplant, als den DGB massiv unter Druck zu setzen. Aber das ist eben nur der Anfang. Es sollte sich kein Gewerkschafter darüber täuschen, daß diese Strategie — wenn sie nicht durch konsequenten Widerstand durchkreuzt wird — auf das hinausläuft, was 1980 in den „Rohmaterialien" vorgezeichnet wurde, nämlich auf eine „Endlösung der Gewerkschaftsfrage".

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Entzug der Wahlzulassung gefordert

Strauß will die Grünen ausschalten

CSU-Boß Strauß plant offenbar einen neuen,ultrareaktionären Coup. Vor einem Unternehmerforum des Bundesverbands Druck in München machte er sich dafür stark, die Bestimmungen über die Wahlzulassung von Parteien so zu verändern, daß die Grünen und Alternativen künftig aus den Parlamenten der BRD ausgeschaltet werden können.

Es war jedoch nicht Strauß, der hier versuchte, seine Unternehmerfreunde für neue von ihm ausgeheckte, antidemokratische Machenschaften zu gewinnen, sondern umgekehrt: der CSU-Boß hatte als erster Politiker der Bonner Koalition öffentlich das ausgesprochen, was in den Zentralen des Finanzkapitals schon längst „vorgedacht" worden ist. Bezeichnend für die Überlegungen, die dort angestellt werden, um den Grünen und Alternativen den weiteren Weg in die Parlamente zu versperren, ist ein Artikel, der jüngst in der Zeitschrift „der arbeitgeber" (dem offiziellen Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) erschien.

Dort hatte der Jurist Fred J. Heidemann schon ganz konkret die Möglichkeiten vorgezeichnet, mit denen man die unerwünschte Opposition ausschalten könnte. Auf vier Komplexe ging Heidemann dabei ein:

1. Artikel 21 Abs. 1 Grundgesetz stelle den Parteien die Aufgabe, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Nach der Interpretation des BDA-Schreibers bedeutet das aber auch die Mitwirkung an der Gesetzgebung, bei der Bildung von Regierungen usw. „Eine politische Gruppierung, die lediglich Antipositionen bezieht oder ‚Fundamentalopposition' betreiben will (Petra Kelly), sich als parlamentarisches Spielbein einer außerparlamentarischen Bewegung bezeichnet (AL Berlin), in Koalitionsverhandlungen jegliche Kompromißbereitschaft und -fähigkeit vermissen läßt und auf unerfüllbaren Maximalforderungen beharrt (GAL Hamburg) und einzelne Bundesländer (Hessen) bzw. die Bundesrepublik Deutschland selbst ‚unregierbar' machen will, ist im grundgesetzlichen Sinne jedenfalls nicht zur politischen Willensbildung fähig und bereit."

2. Die Tatsache, daß Grüne und Alternative das Verhalten ihrer Abgeordneten von den Entscheidungen und dem Willen der Basis abhängig machen, wertet Heidemann als Verstoß gegen den Artikel 38 Abs. 1 GG, in dem festgestellt wird, daß das Mandat des gewählten Abgeordneten „frei" sei. „Jede Vorausverpflichtung zur Niederlegung eines Mandats, das Verlangen nach einer Art unbedingten Gehorsams in Abstimmungsfragen gegenüber der ‚Basis' oder Parteiinstitutionen ist nach dem Demokratieverständnis des Grundgesetzes schlicht undemokratisch und unzulässig."

3. Auch der Umstand, daß sich Grüne und Alternative für ‚direkte Demokratie' und Volksabstimmungen (beispielsweise bei der Startbahn West) einsetzen, ist für Heidemann ein Beweis ihrer Verfassungsfeindlichkeit, denn das Grundgesetz habe „die repräsentative und eben nicht die plebiszitäre Demokratie als Grundlage unserer staatlichen Ordnung definiert." Wer da Positionen einnimmt, wie die hessischen Grünen bei der Volksbefragung über die Startbahn West, der „bewegt sich hin zu einem verfassungswidrigen Rätesystem."

4. Schließlich holt der Mann vom BDA auch noch den ganz großen Hammer hervor und droht nicht nur mit der Ausschaltung aus den Parlamenten, sondern gleich mit dem vollständigen Verbot. Anlaß dafür ist ihm die berühmt-berüchtigte „Gewaltfrage". Nun haben zwar die überwiegenden Teile der grün-alternativen Bewegung der Gewalt abgeschworen und die „Gewaltfreiheit" zum heiligen Prinzip erklärt, aber auch das nützt ihnen nichts. Denn nach dem Studium der Kommentare von Maunz/Dürig zum Grundgesetz, ist der Experte Heidemann zu dem Schluß gekommen: „Auch die Lahmlegung des öffentlichen Verkehrs, die Blockade von Zufahrten usw. durch ‚friedliche' Sitzstreiks ist, nach höchstrichterlicher Rechtsprechung, als Nötigung strafbar. Strafgesetzwidrige Tätigkeiten aber, die einer Vereinigung oder Partei zuzurechnen sind, können zu deren Verbot führen."

Es liegt nun auf der Hand, daß diese Argumentation völlig absurd und an den Haaren herbeigezogen ist. Allzu offensichtlich reduziert der Mann vom BDA beispielsweise die Mitwirkung an der politischen Willensbildung auf die bedingungslose Unterstützung für die Politik des Großkapitals. Man könnte selbstverständlich mit dem gleichen Recht sagen, daß in den Verhandlungen mit der GAL die SPD auf „Maximalforderungen beharrt" (Beispiel: Festhalten am Atomprogramm) und damit Hamburg „unregierbar" gemacht habe.

Und natürlich sind auch die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien nicht „frei": Da gibt es beispielsweise den Fraktionszwang, den noch kein BDA-Kommentator in Frage gestellt hat, ganz zu schweigen von direkten Bindungen vieler Parlamentarier an Großkonzerne. Die angeblich verfassungswidrigen Volksbefragungen sind in einigen Länderverfassungen ausdrücklich vorgesehen und was Heidemann unter Punkt 4 ausführt, könnte zum Anlaß genommen werden, alle demokratischen Organisationen — einschließlich streikender Gewerkschaften — zu verbieten.



Grüne (im hessischen Landtag): Auf kaltem Weg aus den Parlamenten gedrängt?

Aber offenbar gehen die Herren in den Verbänden des Monopolkapitals und geht auch ihr Sprachrohr Strauß davon aus, daß eine solche durch und durch reaktionäre „Auslegung" des Grundgesetzes durchaus mit Erfolg als Waffe gegen die Grünen und Alternativen angewandt werden kann. Anders jedenfalls ist es nicht zu verstehen, daß solche „Überlegungen" jetzt von verschiedenen Seiten her an die Öffentlichkeit gebracht werden. Sollte daraus eine konkrete politische und juristische Strategie werden, dann wäre das nicht nur ein brutaler Angriff auf die demokratischen Rechte, sondern auch ein alarmierender Schritt hin zum Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie.

Was Strauß und seine Hintermänner mit diesem Manöver bezwecken, ist offensichtlich: Sie wollen in Bonn nicht das, was Strauß selbst immer wieder als „Übergangsregierung" bezeichnet hat. Sie brauchen vielmehr ein Kabinett der äußersten Reaktion, das auf lange Zeit planen und handeln kann. Denn nur so ist die vom Finanzkapital angestrebte „Wende", nur so ist die im Lambsdorff-Papier vorgezeichnete, radikale Umverteilung zugunsten des Kapitals durchzusetzen. Und nur so können auch die Gewaltmaßnahmen organisiert werden, die notwendig sind, um den Widerstand der Werktätigen gegen die „Wende" niederzuhalten.

Wenn aber nach den vielbeschworenen Spielregeln dieser „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" verfahren wird, bleibt da für die Monopol- und Bankherren ein erheblicher Unsicherheitsfaktor. Und der besteht eben darin, daß ihre Wunschregierung bei künftigen Wahlen keine Mehrheit bekommen könnte. Und offenbar geht man in diesen Kreisen jetzt davon aus, daß es der Strauß-Partei nicht gelingen wird (ob mit oder ohne die Gruppe Genscher/Lambsdorff), die 50-Prozent-Marke zu überschreiten. Sie befürchten vielmehr Hamburger Verhältnisse auch in Bonn.

Und in dieser Situation zeigt es sich nun, daß Strauß und seine Hintermänner bereit sind, die von ihnen immer wieder selbst beschworenen Spielregeln zu verletzen, daß sie darangehen wollen, das parlamentarische System zu demontieren, indem sie eine kleinbürgerlich-reformistische Partei wie die der Grünen auf kaltem Wege ausschalten, nur weil diese Partei den Makel hat, nicht bedingungslos auf dem Boden der Monopolinteressen zu stehen.

Die Äußerungen von Strauß und die „Überlegungen" im BDA sind wahrhaftig dazu angetan, bei jedem Demokraten die Alarmglocken klingeln zu lassen. Denn so hat es vor mehr als fünfzig Jahren schon einmal angefangen: mit der putschartigen Absetzung der sozialdemokratischen Regierung in Preußen, mit der Aushöhlung des parlamentarischen Systems auf Reichsebene usw. Wir wissen heute, daß solche Maßnahmen damals das Vorspiel waren für den 30. Januar 33, für die Errichtung der faschistischen Diktatur des Finanzkapitals.

Berichtigung

Durch einen Fehler in der Montage fehlen beim Artikel „‚Türken raus' — bald offizielle Regierungspolitik?" (3. Teil) im letzten „Roten Morgen" im vorletzten Absatz einige Textzeilen. Der erste Satz des Absatzes muß vollständig heißen:

„Es ging nicht darum, und das dürfte auch deutlich geworden sein, die Verantwortung der bisherigen, SPD-geführten Regierung für die Entwicklung der Ausländerfeindlichkeit und die Verschärfung der ausländerfeindlichen Gesetzgebung herunterzuspielen. Ihre Politik der von CDU und CSU Punkt für Punkt verlgeichend gegenüberzustellen, dafür war hier kein Platz, das hätte sicher auch das Verständnis des Artikels eher erschwert."

Kommt ein Vogel . . .



Schmidt, der Feldwebel, hat endgültig abgedankt. Er spürt wenig Lust dazu, sich als möglicherweise unterlegener Kanzlerkandidat verschleißen zu lassen und hat überhaupt Höheres im Sinn: Man munkelt von einem Job bei der Weltbank in New York. Für den eisernen Exkanzler aus Barmbek kommt jetzt Jochen Vogel, der die Grünen und Alternativen integrieren soll und der sich (siehe Bild) nun wirklich alle Mühe gibt, Aufgeschlossenheit gegenüber jedermann zu demonstrieren.

DGB bricht Gespräche mit Zimmermann ab

Protest gegen Begrenzung der Beamtenbesoldung

CSU-Innenminister Zimmermann zeigte sich empört über das „ungewöhnliche Verhalten" des DGB. Da hatte der Minister Gewerkschaftsvertreter und Repräsentanten von Standesorganisationen der Beamten zum sogenannten (gesetzlich vorgeschriebenen) Beteiligungsgespräch über die Beamtenbesoldung eingeladen. Und die DGB-Vertreter verließen, nachdem sie eine Erklärung abgegeben hatten, unter Protest die Gesprächsrunde.

Zimmermanns Empörung allerdings war nur geheuchelt. Denn tatsächlich war dieses Beteiligungsgespräch nur eine Farce. Auf der Tagesordnung stand der Plan der Bundesregierung, die Beamtenbesoldung im nächsten Jahr (nach einer halbjährigen Gehaltspause) nur um ganze zwei Prozent anzuheben. Als aber Zimmermann zum Gespräch darüber lud, war dieser Plan längst zum Kabinettsbeschluß und zur fertig ausformulierten Gesetzesvorlage ausgereift. Die Vertreter des DGB und der anderen Organisationen sollten also nur vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Zu Recht haben sich die Gewerkschafter (im Gegensatz zum Beamtenbund) auf diese Farce nicht eingelassen und durch den Abbruch der Gespräche ihren Protest gegen die Pläne der Kohl-Regierung deutlich unterstrichen. Denn was da im neuen Kabinett ausgekocht wurde, ist unannehmbar. Bei einer Teuerungsrate, die mindestens bei fünf Prozent liegen wird, bedeutet es für die unteren Einkommensgruppen bei den Beamten einen empfindlichen Verlust, wenn sie zuerst für sechs Monate völlig auf eine Anhebung ihrer Bezüge verzichten und dann am 1. Juli eine Anhebung von nur zwei Prozent hinnehmen sollen. Und selbst das wäre erst ein Anfang. Schon fordert der Stuttgarter Ministerpräsident Späth beispielsweise auch die Halbierung des Weihnachtsgelds für Beamte und drastische Kürzungen beim Urlaubsgeld.

Zweitens sind solche Pläne durchaus nicht auf die Beamten begrenzt. Zimmermann selbst hat das deutlich gemacht, als er letzte Woche seine Erwartung ausdrückte, „in den Verhandlungen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes für 1983 in voller Beachtung der Tarifautonomie auf eine ebenfalls ausgewogene Linie der Vernunft zu kommen." Auf gut deutsch bedeutet das: Gehaltspause und zwei-Prozent-Marke sollen dem gesamten öffentlichen Dienst aufgezwungen werden. Von Tarifautonomie kann da allerdings keine Rede mehr sein.

Drittens schließlich ist das Vorgehen der neuen Regierung auch noch aus einem anderen Grund alarmierend. Bislang nämlich hat es einen zeitlichen Gleichklang zwischen den Tarifvertragsergebnissen im öffentlichen Dienst und der Beamtenbesoldung gegeben, wobei sich letztere im wesentlichen an der Höhe des Abschlusses bei den Verhandlungen orientierte. Wenn jetzt aber die Bundesregierung **vorweg** den Anstieg der Besoldung für das nächste Jahr festlegt, dann sind damit eindeutig Lohnleitlinien nicht nur für den öffentlichen Dienst insgesamt, sondern auch für den Bereich der Privatwirtschaft vorprogrammiert. Und sicher nicht zufällig „erwarten" auch die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten für das nächste Jahr eine Zunahme der Einkommen aus unselbständiger Arbeit um zwei Prozent.

Für die Gewerkschaften besteht also die absolute Notwendigkeit, sich hier auf keinerlei Kompromisse mit den Zimmermann und Co. einzulassen, und die reaktionären Pläne der Bundesregierung durch massiven Widerstand schon im Keim zu ersticken.

Neue Betriebszeitungen der Partei

„Heißer Draht"



Im Oktober erschien die erste Ausgabe von „Heißer Draht", Betriebszeitung der KPD für die Beschäftigten bei Telefonbau & Normalzeit in Frankfurt/Main. Bei T & N in Frankfurt sind insgesamt ca. 4800 Leute beschäftigt. Das Unternehmen befaßt sich mit der Herstellung, Installation und Wartung von Telefoneinrichtungen bis hin zu Großanlagen. Es glieder sich in zwei Teile, die juristisch selbständig sind. In dem kleineren Teil werden die Anlagen produziert. Der größere Teil, die T & N Lehner & Co., ist für Installation und Wartung der Anlagen zuständig.

Die erste Ausgabe von „Heißer Draht" enthält unter anderem Beiträge über Rationalisierungsmaßnahmen bei T & N, über Befrüchtungen, daß ein großer Teil der Lehrlinge bei T & N im kommenden Winter nicht übernommen werden soll und einen Beitrag zum Kampf gegen den Sozialabbau; natürlich wurde dabei auch zur DGB-Demonstration vom 23.10. in Frankfurt aufgerufen.

Gleich die erste Nummer hatte übrigens ein unerwartetes Echo. Der Geschäftsleiter von T & N Lehner & Co., Herr Weigel, meldete sich telefonisch bei der Kontaktadresse und ersuchte um ein offizielles Gespräch mit der KPD. Die Frankfurter Genossen lehnten allerdings ab.

„Arbeitslos — nicht wehrlos"

FRANKFURT. — „Arbeitslos — nicht wehrlos", unter diesem Motto steht eine Veranstaltung, die vom 2. bis zum 5. Dezember in Frankfurt stattfindet: der erste westdeutsche Arbeitslosenkongreß.

Etwa 200 Arbeitsloseninitiativen gibt es inzwischen in der Bundesrepublik und Westberlin. Ihr Zusammenschluß auf Bundesebene ist ein Ziel des Kongresses, wobei als Stoßrichtung ausdrücklich „Zustandekommen trotz vieler ideologischer Richtungen" angegeben wird, denn: „Gegen Arbeitslosigkeit, Senkung des Arbeitslosengeldes, Reallohnabbau, Einschränkung der Sozialhilfe, Zwangsarbeit für Asylanten und Sozialhilfeempfänger muß man sich gemeinsam wehren."

„In unserem Wirtschaftssystem ist Arbeitslosigkeit ein Dauerproblem. Statt der Arbeitslosigkeit werden die Arbeitslosen bekämpft." So kennzeichnete einer der Koordinatoren die Situation. Der Diskussionsstoff auf dem großen Arbeitslosentreffen ist reichhaltig und umfaßt sowohl Möglichkeiten des Widerstandes gegen Arbeitsplatzvernichtung in den Betrieben als auch die persönlichen Probleme Arbeitsloser.

Das Kongreßbüro, an das sich Interessierte wenden können, befindet sich in Frankfurt, Mainzer Landstraße 124, Tel.: (0611) 735639.

IGM-Journalisten als „Linksfaschisten" diffamiert

Blüm startet Angriff gegen Gewerkschaftspresse

Für den Dienstag dieser Woche war im Bonner Arbeitsministerium ein Hintergrundgespräch angesetzt, zu dem Minister Blüm die Chefredakteure der DGB-Zeitschriften eingeladen hatte. Das Treffen platzte jedoch; alle Redakteure boykottierten geschlossen das Blüm-Gespräch.

Die Ursache für diese Absagen sind in hetzerischen Angriffen von Leuten aus Blüms Umgebung auf die Redaktion der IGM-Zeitschrift „metall" zu suchen. Bereits im September hatte Blüm persönlich den Autor eines „metall"-Artikels als „Lügner" beschimpft. Es paßte dem CDU-Mann offenbar nicht, daß die Zeitschrift ihre Leser ausführlich darüber informiert hatte, wie sich Herr Blüm — übrigens immer noch Mitglied der IGM — die Zukunft „seiner" Gewerkschaft vorstellt.

In einem Gespräch mit bürgerlichen Journalisten, über das dann die „Frankfurter Neue Presse" ausführlich berichtete, hatte Blüm erklärt, er befürworte die Aufteilung der IG Metall in mehrere kleine Branchengewerkschaften, beispielsweise für die Bereiche Stahl oder Metallverarbeitung. Als Begründung dafür nannte er die angeblich besseren, tarifpolitischen Möglichkeiten von solchen Minigewerkschaften. Mit Recht schrieb die „metall" damals, Blüm denke über die „Zerschlagung der IGM" nach, denn genau darauf laufen seine Überlegungen hinaus. Und obwohl er den Autor des „metall"-Beitrags als „Lügner" diffamierte, mochte Blüm den Inhalt des Artikels keineswegs dementieren.

Vor wenigen Wochen nun geriet der neuen Arbeitsminister aufs Titelbild der „metall". Eine Montage zeigt den kleinen Blüm als Knappen des großen Lambsdorff. Bildunterschrift: „Der Marktgraf und sein Musterschüler". Selbst die Unternehmerzeitung „Handelsblatt" fand diese Titel „nicht ungewöhnlich". Blüms Leute aber starteten eine wahnwitzige Attacke. Heribert Scharrenbroich, Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, schrieb an IGM-Chef Loderer, er möge doch die „linksfaschistischen Angriffe" auf Mitglieder der Bundesregierung unterbinden. Und Ludger Reuber, Blüms Pressesprecher, schlug in die gleiche Kerbe und diffamierte die „metall"-Redakteure ebenfalls als „Linksfaschisten". Chefredakteur Jürgen Mechelhoff wurde von Reuber aufgefordert, aus Gründen der „Selbstachtung" doch dem mit Blüm vereinbarten Gespräch im Arbeitsministerium fernzubleiben.



Die „metall"-Redaktion hat es begrüßt, daß die übrigen DGB-Journalisten nach diesen Vorkommnissen das Gespräch mit Blüm boykottiert haben. Sie sieht in den unverschämten Angriffen gegen das IGM-Organ den Versuch, die Gewerkschaftspresse durch die Isolation kritischer und auflagenstarker Organe zu spalten. Tatsächlich ist es kein Zufall, daß gerade die im DGB-Pressespektrum eindeutig links stehende „metall" zum Angriffsobjekt für die neuen Herren in Bonn geworden ist.

Daß ausgerechnet die Wasserträger eines Norbert Blüm, der doch Arbeitsminister nur von Gnaden des ehemaligen NS-Führungsoffiziers F.J. Strauß geworden ist, ein linkes Gewerkschaftsorgan auf eine Stufe mit der terroristischen Diktatur des Kapitals stellen, darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Das „Handelsblatt" schreibt: „Es ist zu befürchten, daß nunmehr die gesamte Gewerkschaftspresse mit einer Auflage von 14 Millionen voll gegen den neuen Bundesarbeitsminister mobilmachen wird." Hoffen wir, daß sich diese „Befrüchtung" bewahrheitet.

Massenentlassungen bei Krupp

Sozialplan soll Ausländerfeindlichkeit schüren

BOCHUM. — In der vergangenen Woche hat der Gesamtbetriebsrat der Krupp Stahl AG einem Sozialplan zugestimmt, der den Abbau von 3000 Arbeitsplätzen vorsieht. Besonderer Clou: Den ausländischen Arbeitern wird angetragen, ein halbes Jahr unbezahlten „Heimaturlaub" zu nehmen.

Das Konzept zu diesem Sozialplan, der auf hinterhältige Weise die ausländischen d. h. vor allem türkischen Kollegen zum Sündenbock für die Massenentlassungen stempeln soll, stammt von keinem anderen als Arbeitsdirektor Otmar Günther, Mitglied der IG Metall und angeblicher Vertreter der Belegschaft im Krupp-Vorstand. In der neusten Ausgabe der KPD-Betriebszeitung für Krupp Stahl in Bochum, „Hammerschlag", heißt es zu diesem speziellen Punkt des Sozialplans:

„Krupp bietet den ausländischen — gemeint sind natürlich die türkischen — Kollegen an, ein halbes Jahr unbezahlten Urlaub zu nehmen und will sich an den Fahrtkosten in die Heimat beteiligen.

Na, ist das nicht großzügig? Schon jetzt hört man einige Pannemänner, die nie was begreifen, reden: ‚Die kriegen ja sogar noch den Urlaub finanziert!' Gut, teutscher Kollege, nun mal Butter bei die Fische! Morgen kommt der Krupp-Vorstand zu Dir und sagt: 1/2 Jahr unbezahlten Urlaub, wir zahlen Dir den Flug nach Gran Canaria und zurück — was denn dann? Wovon das halbe Jahr leben? Auf dem Daumen lutschen? Da wäre ja wohl die Hölle los!

Aber ausgerechnet die türkischen Kollegen, die bei Krupp zumeist die schwerste, dreckigste Arbeit für den niedrigsten Lohn machen müssen — sie sollen sich das leisten können? Ein Witz, ein Irrwitz!!

Das wissen die Leute, die diesen Plan ausgeheckt haben, ganz genau. Man will den ausländischen Kollegen die Verantwortung für den Erhalt der Arbeitsplätze bzw. für Entlassungen in die Schuhe schieben. Wenn jetzt wenige ausländische Kollegen von diesem ‚Angebot' Gebrauch machen, wird man sagen; ‚Die ausländischen Kollegen sind schuld, daß noch schlimmere Maßnahmen kommen'.

Man will erreichen, daß ein deutscher Kollege auf seinen türkischen sauer wird, wenn der nicht unbezahlten Urlaub nimmt. So soll der Keil in der Belegschaft selbst tiefer getrieben werden: Nicht die Kollegen gemeinsam gegen die Pläne des Vorstands, sondern die Kollegen untereinander gegen sich!

Zumindest die älteren Kollegen solltenn diese Masche noch vom Hitler-Faschismus und der Judenverfolgung her kennen. Am schlimmsten aber ist, daß dieser Plan nicht von einem Hitler oder einem rechtsradikalen Herrn Zimmermann stammt, sondern von einem IGM-Arbeitsdirektor, der diesen Dreck als „Alternativplan" verkaufen will. Das sollte alle Gewerkschafter auf die Barrikaden rufen!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD**, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6**, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo-Fr 16-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

3. Kongreß der Initiative Soziale Sicherheit

Die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft

DORTMUND. — Am Sonntag, 24. Oktober, dem Tag nach der machtvollen Demonstration der 120000, fand in Dortmund der 3. Kongreß der Initiative Soziale Sicherheit statt. Sein hauptsächliches Ergebnis: Die Bekräftigung der Orientierung auf die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften als der entscheidenden Kraft im Kampf gegen den Sozialabbau.

Eine Viertelmillion Menschen waren, dem Aufruf des DGB folgend, am Vortage in Dortmund, Nürnberg und Frankfurt auf die Straße gegangen, um gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Rüstungswahnsinn und Ausländerfeindlichkeit zu demonstrieren. Unter diesem besonderen Vorzeichen trafen sich im Fritz-Henßler-Haus, im Zentrum Dortmunds, knapp 200 Teilnehmer zum 3. ISS-Kongreß. Der Mobilisierungserfolg des 23. Oktober war bestens geeignet, die wesentlichen Aussagen und Thesen des Referates von Jakob Moneta zu untermauern, das für den Kongreß die Diskussionsgrundlage lieferte. Moneta skizzierte zunächst die Lage:

Das Kapital geht in die Offensive, um unter dem Stichwort „Reform des Sozialstaats" die materiellen und sozialen Besitzstände der lohnabhängigen Bevölkerung, die in den Zeiten des sogenannten Wirtschaftswunders durchgedrückt werden konnten, rücksichslos zu demontieren. In den USA hat eine derartige Politik bereits zu einer solchen Verelendung von Millionen geführt, daß man sich an die Zeit der verheerenden Krise von 1928/29 erinnert. Auch in Westeuropa wird der „Reaganismus" zunehmend zum Leitprinzip der Regierungen: Britannien, Belgien, Luxemburg und jetzt der Regierungswechsel in Bonn...

Moneta ging dann auf die andere Seite der Medaille ein: Die Gewerkschaften werden durch die Entwicklung gezwungen — selbst wenn sie in den letzten Jahrzehnten durchgängig reaktionäre Positionen bezogen haben, wie dies in den USA der Fall war — gegen diese Politik zu kämpfen: Streiks und riesige Massendemonstrationen in den USA gegen die Politik Reagans; Massenproteste bis hin zu politischen Streiks in Luxemburg, Belgien, Britannien; in der Bundesrepublik nun die machtvollen Arbeiterdemonstrationen vom 23. Oktober. Um diesen Widerstand weiterzuführen, kommt es allerdings darauf an, in unseren Gewerkschaften einen grundlegenden Kurswechsel durchzusetzen: Weg von der Politik der Sozialpartnerschaft! Und es kommt darauf an, der reaktionären Krisenlösungsstrategie des Kapitals mit der Entwicklung des Klassenbewußtseins in der Aktion zu begegnen.

Moneta zeigte auf, daß es zur Entfaltung der gewerkschaftlichen Gegenwehr unabdingbar ist, die Ursachen der Krise aufzudecken und den Widerstand gegen das kapitalistische System als solches zu wenden. Ohne eine revolutionäre Perspektive ist es nicht mehr möglich, den Angriffen von Kapital und politischer Reaktion wirkungsvoll und mit Erfolg zu begegnen. Die Arbeiterklasse braucht eine eigene Perspektive, das Ziel einer anderen Gesellschaftsordnung, sie braucht das Ziel des Sozialismus. Dazu ist es nicht zuletzt eine wichtige Aufgabe, konkret das Bild des Sozialismus zu entwickeln, und zwar im Kontrast zu den Staaten des revisionistischen Lagers (Moneta benutzte dabei allerdings den sehr unklaren Begriff „nichtkapitalistische Staaten"). Die Frage der Arbeiterdemokratie im Sozialismus spielt z. B. eine wichtige Rolle.

Sehr grundsätzlich setzte Moneta sich mit den Positionen und der weltanschaulichen Tendenz der Grünen Bewegung auseinander. Er warnte die Grünen davor, sich in einen grundlegenden Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse zu begeben. Er machte deutlich, daß die Ursachen der Umweltverschmutzung und der sogenannten ökologischen Krise in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen liegen, daß diese Erscheinungen ein Aspekt der Krise des Kapitalismus sind und daß diese Probleme letztlich im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht gelöst werden können. Die positiven Ziele der Ökologie-Bewegung sind nur durch den Sozialismus zu verwirklichen. Insofern — so Moneta — sind die Marxisten „die radikaleren Ökologen".

Angerissen wurden in dem Referat auch Fragen wie die der Rolle der SPD nach dem Regierungswechsel in Bonn und des Verhältnisses der antikapitalistischen, sozialistischen Kräfte zur SPD. Ferner ließ Moneta erkennen, daß er für ein linkes Wahlbündnis ist, das sich vor allem an den Erfordernissen des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals und zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten gegen die sozialreaktionäre Wende orientiert.

Das Referat von Jakob Moneta kann man als gute Grundlage für die weitere Arbeit und Perspektive der ISS betrachten, auch wenn man nicht mit allen politischen Positionen Monetas, die in dem Referat ihren Niederschlag gefunden haben, übereinstimmt. In der Stoßrichtung liegt das Referat völlig richtig, weil als Dreh- und Angelpunkt unseres notwendigen Widerstands gegen die sozialreaktionäre Wende der Klassenkampf, und als entscheidende Kraft dieses Widerstands die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsbewegung gesehen werden. Der starke Beifall für den Referenten machte deutlich, daß die große Mehrheit der Kongreßteilnehmer mit dieser Stoßrichtung übereinstimmte. Es wäre übrigens wünschenswert, daß das Referat in schriftlicher Form zugänglich gemacht wird.

Die Aussprache über das Referat wurde erwartungsgemäß weitgehend durch die Auseinandersetzung mit Gegenpositionen der Grünen geprägt. Die Grünen (vertreten durch Mitglieder des Landesvorstandes NRW) wandten sich entschieden gegen die Stoßrichtung des Rererats. Sie griffen die Orientierung auf den gewerkschaftlichen Kampf an, wobei sie zu beweisen versuchten, daß mit dieser Orientierung die Kräfte der „neuen sozialen Bewegung" abgestoßen würden. Offen bekämpften sie die Position, daß es notwendig sei, diese Initiativen an den gewerkschaftlichen Kampf heranzuführen. Dabei griffen sie berechtigte Kritik an Erscheinungen der Sozialpartnerschaftspolitik auf, jedoch nicht um einen klassenkämpferischen Kurs zu fordern, sondern um tendenziell gewerkschaftsfeindliche Haltungen zu rechtfertigen.

Leider verlief die Auseinandersetzung um diese kontroversen Positionen teilweise sehr unsachlich und unsolidarisch. Dies haben jedoch in erster Linie die Sprecher der Grünen zu verantworten. Ihr Auftreten war arrogant. Sie ersetzten oft Argumente durch schlechte Polemik und behinderten den Kongreß zudem durch destruktive Antragstaktierereien. Der Landesvorsitzende der Grünen, Hans Verheyen, drohte sogar mit Spaltung: Man könne sich auch aus der ISS zurückziehen und eine konkurrierende Organisation aufziehen...

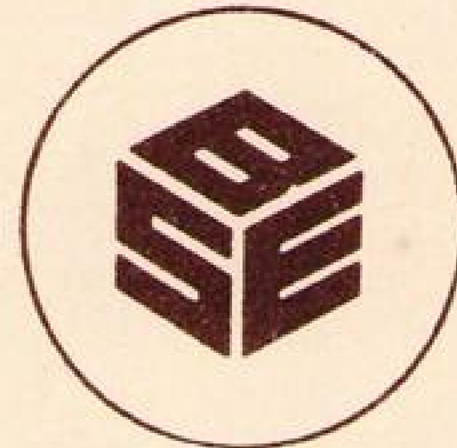
Die Auseinandersetzung mit den Grünen um die grundsätzliche Orientierung ist zweifellos notwendig und unumgänglich. Allerdings müßte es möglich sein, sie nicht ausufern zu lassen. Die praktischen Aufgaben dürfen nicht darunter leiden. Leider ist es auf dem Kongreß nicht gelungen, dieses Problem richtig in den Griff zu bekommen. Die Folge war: Wichtige praktische Fragen konnten nur völlig ungenügend oder gar nicht mehr diskutiert werden, weil die Zeit dafür nicht mehr vorhanden war. Dies betrifft etwa die Frage, ob die ins Auge gefaßte zentrale Demonstration aus Anlaß der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1983 mit Erfolg realisiert werden kann oder nicht. Auch die Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Lohnrunde auf die ISS zukommen, hätten dringend diskutiert werden müssen, ebenso die Probleme des Kampfes gegen Ausländerfeindlichkeit und nicht zuletzt der Beitrag der ISS zum Kampf für die 35-Stunden-Woche.

Trotzdem fällt unser Fazit positiv aus. Der Kongreß hat klargemacht, in welcher Richtung es langgehen muß. Er hat die Orientierung auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und auf eine klassenkämpferische Position bekräftigt und deutlicher herausgearbeitet. Damit sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der ISS, nicht zuletzt für die notwendige Verbindung des Widerstandspotentials der „neuen sozialen Bewegung" mit dem gewerkschaftlichen Kampf, vorhanden.

Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden

Positive Aspekte

FRANKFURT. — Eine gewerkschaftspolitische Wachablösung brachte der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden nicht. Aber es zeigte sich immerhin, daß auch in dieser Gewerkschaft die klassenkämpferischen Kräfte an Boden gewinnen.



Zunächst seien einige der unerfreulichen Aspekte aufgezählt. Da ist die Tatsache, daß der neue Vorsitzende Konrad Carl, der mit 319 Ja-Stimmen bei 30 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen zum Nachfolger des Rudolf Sperner gewählt wurde, offensichtlich wie sein Vorgänger ein eingefleischter Vertreter einer rechten, sozialpartnerschaftlichen Politik ist. Carl sprach sich auf dem Kongreß offen für die Erhöhung der Neubaumieten aus, weil dadurch die Großanleger, z. B. Versicherungen, zum Bauen ermuntert würden. Er lobte entsprechende Pläne des neuen Wohnungsbauministers Oscar Schneider (CSU) und forderte ihn auf, sich in diesen Absichten nicht beirren zu lassen.

Dies ist eine Haltung, die den gewerkschaftlichen Zielen und Interessen diametral entgegengesetzt ist. Nicht zuletzt betreibt man damit die Spaltung der Arbeiter und assistiert der Reaktion bei ihrer Politik des „Teile und Herrsche".

Es gab auf dem Kongreß dazu allerdings auch Gegenpositionen. Sie drückten sich sogar in einem Antrag des Landesverbandes Westfalen aus. In dem Antrag hieß es richtig, es könne nicht die Aufgabe von Gewerkschaften sein, eine verstärkte Wohnungsbautätigkeit *„in erster Linie durch Verbesserungen der Gewinnaussichten der Wohnungsbauwirtschaft"* anzustreben. Dieser Antrag wurde jedoch abgeschmettert.

Traurig war auch die Art und Weise, wie der Neue-Heimat-Skandal abgehandelt wurde. Der Kongreß verzichtete auf jegliche Diskussion über dieses heiße Eisen. Dies, obwohl die Baugewerkschaft mit 84,5 Millionen Mark zur Sanierung des Konzerns beitragen soll, was umgerechnet auf die knapp 600000 Mitglieder sage und schreibe 157 Mark pro Mitglied ausmacht!

Auch aus dem vom „Stern" aufgedeckten Skandal, daß neben anderen Gewerkschaftsbossen auch Rudolf Sperner seine Aufsichtsratstantiemen nicht entsprechend den DGB-Beschlüssen abgeführt hatte, wurden keine Schlußfolgerungen gezogen. Ein Antrag, der die völlig richtige Forderung aufstellte, daß hauptamtliche Funktionäre alle Nebenfunktionen und Nebeneinkünfte offenlegen und die Letzteren voll abführen müssen, wurde ohne Diskussion abgelehnt.

Diesen düsteren Seiten des IG-Bau-Kongresses stehen aber auch einige erfreuliche gegenüber. Dazu gehört die Verabschiedung eines Beschlusses zum Kampf gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit, der eine Verstärkung des gewerkschaftlichen Widerstands fordert und die Durchführung einer zentralen, bundesweit angelegten DGB-Demonstration in Bonn anregt (im letzten RM ist der Antrag im Wortlaut abgedruckt).

Dazu gehört weiter ein erstaunlich weitgehender Antrag zum Friedenskampf, der bei nur einer Gegenstimme verabschiedet wurde. Dieser Antrag fordert die Bundesregierung auf: *„Die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern ist zuzurückzuziehen";* außerdem wird darin gefordert: Senkung der Rüstungsausgaben um jährlich 10 Prozent, Einstellung des Exports von Rüstungsgütern, Abzug aller Atomraketen aus Europa durch NATO- und Warschauer Pakt, Einstellung der Subventionen für Waffenforschung und Waffenproduktion, Einstellung und Unterbindung aller Werbung für die Bundeswehr in Kinder- und Jugendzeitschriften, in den Schulen und Medien, das Verbot von militaristischen, rassistischen und faschistischen Publikationen.

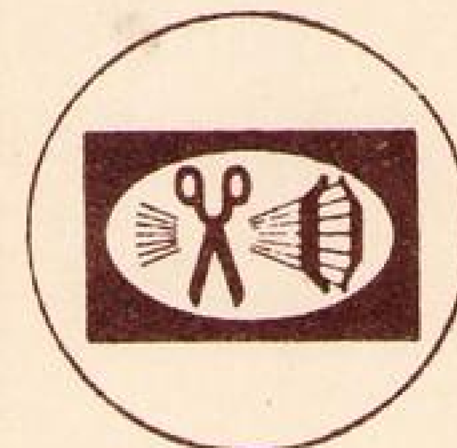
Mehr als ein Dutzendmal wurden Beschlüsse gegen die Empfehlung der Antragskommission gefaßt. Für die IG Bau ist dies ein auf Gewerkschaftstagen bislang nicht gekannter oppositioneller Trend! Eine Reihe von Delegierten übten auch offene Kritik an der Tarifpolitik des Vorstandes. Dabei wurde vor allem angeprangert, daß der Vorstand nichts zur Durchsetzung der Forderung nach einem 30-Tage-Jahresurlaub getan, und daß er in den letzten Jahren Tarifabschlüsse unter der Preissteigerungsrate kampflos akzeptiert hat. Ein Delegierter rief aus:

„Wann endlich erfolgt die Einbindung der Mitgliedschaft in unsere Tarifarbeit? Wann endlich werden unsere berechtigten Forderungen offensiv in der Öffentlichkeit vertreten und auch dargestellt?"

Gewerkschaftstag der Textil und Bekleidung

Im dunklen Keller...

MAINZ. — Als schlimm muß man den Verlauf des Kongresses der Gewerkschaft Textil und Bekleidung kennzeichnen. Berthold Keller, einer der reaktionärsten DGB-Bonzen überhaupt, wurde erneut zum Vorsitzenden gewählt.



Mit 121 Ja- gegen 78 Nein-Stimmen haben die Delegierten des 14. ordentlichen GTB-Kongresses das berüchtigte „Investivlohnkonzept" grundsätzlich gebilligt („Tarifverträge zur Zukunftsvorsorge und Förderung der Arbeitsplatzerhaltung"). Dieses Konzept sieht vor, daß ein Teil der tariflichen Lohnerhöhung den Unternehmern für eine festgelegte Dauer als Darlehen überlassen werden kann.

Angeblich sollen damit Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie gesichert werden. In Wirklichkeit wird hier ein übles Spiel mit der Angst der Beschäftigten vor weiteren Entlassungen und Betriebsschließungen betrieben. In diesem Industriezweig sind in den letzten vier Jahren 82400 Arbeitsplätze vernichtet und 666 Betriebe stillgelegt worden. Was gegen dieses Wüten der Arbeitsplatzkiller einzig und allein geholfen hätte, wußten Keller und Konsorten zu verhindern: Die Entwicklung gewerkschaftlicher Kampfkraft und die Verteidigung von bedrohten Arbeitsplätzen durch Streik und andere Kampfmittel.

Man muß in diesem Zusammenhang auch bedenken, daß gerade die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie ganz unten auf der Lohnskala krebsen. Größtenteils sind es wahre Hungerlöhne, für die die Kolleginnen und Kollegen sich abschinden müssen. Um so zynischer ist der tarifpolitische Vorstoß des Herrn Keller, der übrigens innerhalb des DGB mit seinem Lohnverzichtsmodell ziemlich einsam dasteht.

Selbst in der bürgerlichen Presse wurde darauf hingewiesen, daß Kellers Lohnverzichts-Konzept auf dem Gewerkschaftstag wahrscheinlich nur dadurch eine Mehrheit erhielt, daß zum Mittel der geheimen Abstimmung gegriffen wurde. Viele Delegierten hätten sich ansonsten offensichtlich nicht getraut, für Lohnverzicht zu stimmen.

Die Zusammensetzung dieses Gewerkschaftstages ist überhaupt interessant. Obwohl 68 Prozent der GTB-Mitglieder Frauen sind, waren die Frauen unter den Delegierten nur zu 26,5 Prozent vertreten. Im geschäftsführenden Hauptvorstand der GTB sitzt nur eine einzige Frau! Mehr als die Hälfte der Delegierten waren übrigens nach Schätzungen aus der GTB CDU-Mitglieder. Das hängt damit zusammen, daß die Textil- und Bekleidungsindustrie überwiegend weitab von den Industriezentren in ländlichen bzw. sogenannten strukturschwachen Gebieten angesiedelt ist.

Die Ideologie des Herrn Keller (übirgens SPD-Mitglied) ist ein dunkles Kapitel. Er treibt die Sozialpartnerschaft hemmungslos bis ins Extrem: bis hin zum militanten Chauvinismus. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der bundesdeutschen Textilindustrie sollen demgemäß ihren Gegner nicht in den eigenen Unternehmern sehen, sondern nur in deren Konkurrenten im Ausland und damit letztlich auch in ihren dortigen Kolleginnen und Kollegen.

So forderte der GTB-Boß in seinem Grundsatzreferat die Bundesregierung auf, innerhalb der EG gegen die Subventionierung der Textilindustrie Belgiens, Frankreichs und der Niederlande vorzugehen. Die EG wiederum müsse „auf Biegen oder Brechen" die westeuropäischen Textilunternehmer im Kampf gegen Hersteller in den Entwicklungsländern um Absatzmärkte unterstützen; die deutschen Hersteller forderte Keller auf, „mehr als bisher zum Angriff zur Erschließung von Auslandsmärkten" überzugehen.

Beispiellose Welle von Arbeitsplatzvernichtung

Den Widerstand verstärken!

Die Schreckensmeldungen über neue Rationalisierungsfeldzüge, Konkurse, Betriebsschließungen, Massenentlassungen und Stellenstreichungen jagen einander in diesen Wochen. Der neueste Schock: Der Fotokonzern Agfa-Gevaert will sein Werk in München mit 3200 Beschäftigten schließen. Die Notwendigkeit, durch Kampfmaßnahmen Arbeitsplätze zu verteidigen, wird von Woche zu Woche brennender.

Allein in der Stahlindustrie der Bundesrepublik sollen innerhalb des nächsten Jahres mehr als 25000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Dabei soll es nun erstmalig auch zu direkten Massenentlassungen im großen Stil kommen, so vor allem in den Werken des Arbed-Konzerns im Saarland, aber auch im Ruhrgebiet bei Krupp und Hoesch. In allen Stahlkonzernen wird seit Monaten Kurzarbeit verfahren, von der Zehntausende Kollegen betroffen sind.

Auch im Steinkohlebergbau zeigen sich jetzt akute Krisenerscheinungen. Über 30 Millionen Tonnen Kohle und Koks liegen inzwischen auf Halde. Die 126000 Beschäftigten des Superkonzerns Ruhrkohle AG sollen gezwungen werden, ihren Urlaub für 1983 in der ersten Jahreshälfte zu nehmen, damit ein fünftägiger Blockstillstand aller RAG-Zechen durchgeführt werden kann. Außerdem sollen in der zweiten Jahreshälfte Feierschichten eingelegt werden. Abgesehen von langfristigen Plänen zur Arbeitsplatzvernichtung, denen rund 35000 Arbeitsplätze in der RAG zum Opfer fallen sollen, werden auch schon wieder Zechenstillegungen für die nächste Zeit erwogen. Im Gespräch sind die Zechen Gneisenau in Dortmund und Erin in Castrop Rauxel. Eine erste Stillegung im Ruhrbergbau ist bereits beschlossen: Die Bergbau AG Lippe will am 31. März des kommenden Jahres die Kokerei der Gelsenkirchener Zeche Consolidation schließen. Dadurch gehen 240 Arbeitsplätze verloren.

Kurzarbeit, Pleiten, Stillegungen und massenhafte Arbeitsplatzvernichtung sind heute jedoch auch in allen anderen Industrie- und Wirtschaftsbereichen an der Tagesordnung und nehmen noch nicht dagewesenes Ausmaß an. Die Bauindustrie oder Konzerne wie AEG sind hierbei nur die Spitze eines Eisbergs.

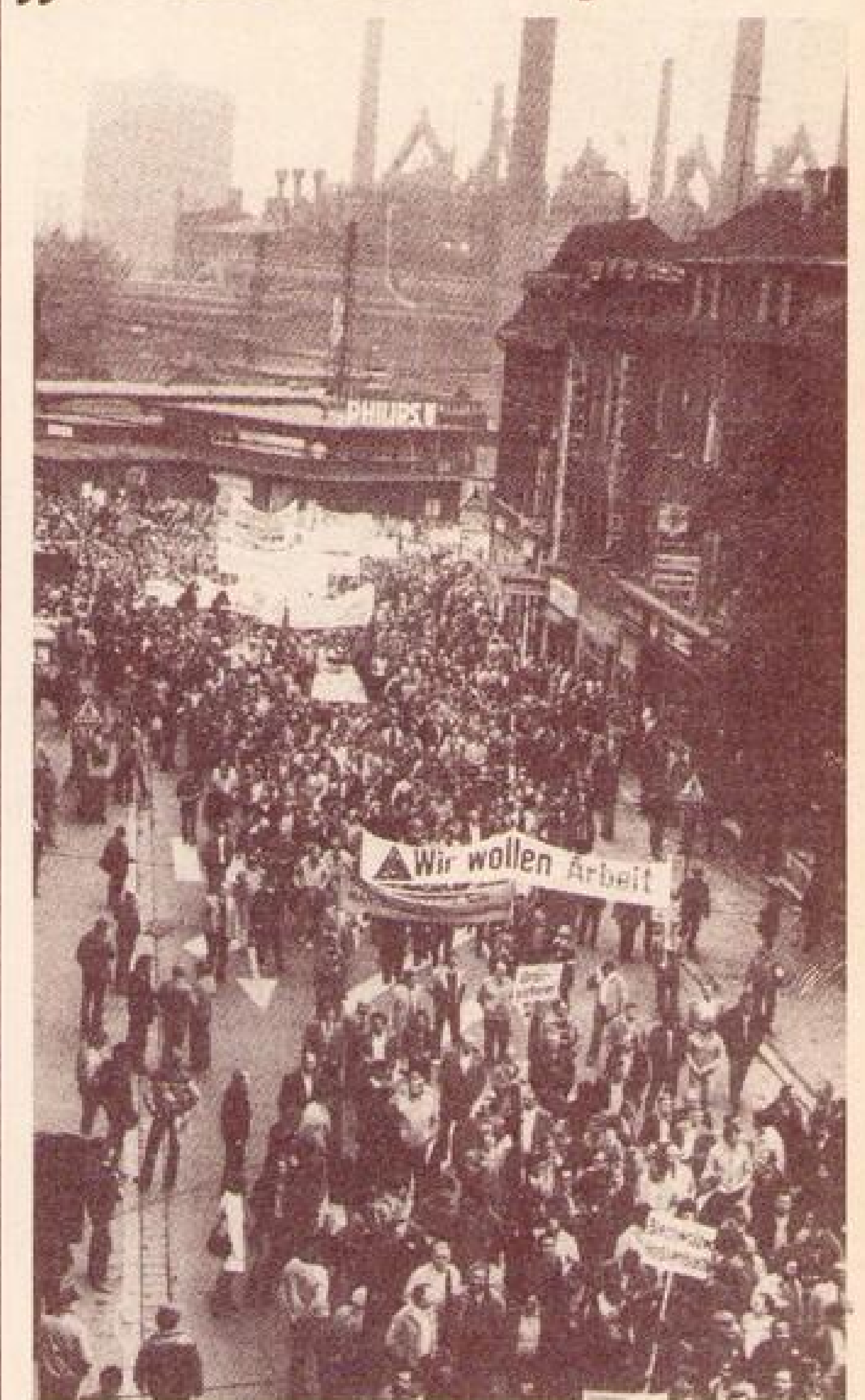
Im September explodierte die Zahl der Kurzarbeiter gegenüber August um 257300 oder um fast 80 Prozent auf rund 600000. Daß Kurzarbeit keineswegs — wie den Belegschaften immer erzählt wird — ein Mittel zur Erhaltung der Arbeitsplätze ist, sondern im Gegenteil meist die Vorstufe zu Entlassungen, beweisen die Arbeitslosenzahlen, die zur Zeit rapide steigen. Für den jetzt beginnenden Winter wird ein Anstieg auf 2,5 Millionen registrierte Arbeitslose befürchtet.

Würde man allein die aktuellen Meldungen der letzten Wochen über Stillegungen, Belegschaftsabbau und Stellenstreichungen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst zusammenzählen, so käme man mit Sicherheit auf eine Zahl von zur Vernichtung anstehenden Arbeitsplätzen, die sich weit über hunderttausend bewegt. Und eine Abschwächung dieses Trends ist nicht in Sicht. Im Gegenteil. Die Wirtschaftskrise verschärft sich weiter. Gleichzeitig treiben die Kapitalisten fieberhaft die Einführung der Computertechnik und von Industrierobotern voran.

Angesichts dieser finsteren Aussichten wird es zur dringenden Notwendigkeit, den Widerstand gegen jede Form der Arbeitsplatzvernichtung mit allen Mitteln zu verstärken, auszuweiten und auch radikaler zu führen. Hier sind vor allem unsere Gewerkschaften gefordert. Betriebsräte dürfen keinem Abbau von Arbeitsplätzen mehr zustimmen. Massenentlassungen und Stillegungen müssen unbedingt mit wirkungsvollen Aktionen bis hin zum unbefristeten Streik und zur Besetzung des Betriebes konsequent bekämpft werden. Betroffene Belegschaften müssen durch Solidaritätsstreiks aus anderen Betrieben unterstützt werden. Die Gewerkschaften müssen endlich dazu übergehen, solchen Arbeitskämpfen volle gewerkschaftliche Rückendeckung zu geben.

Um dieser Notwendigkeit, der massiven Verstärkung des Kampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung, gerecht werden zu können, dürfen wir aber auf keinen Fall darauf warten, daß die verantwortlichen Führungsgremien der Gewerkschaft entsprechende Schritte unternehmen. Vielmehr müssen die aktiven und kämpferischen Kollegen selbständig die Initiative ergreifen. Und diese Aktivitäten dürfen sich nicht auf den innerbetrieblichen Rahmen beschränken. Der Widerstand muß auf vielseitige Art in lebendigen Formen organisiert werden, unter anderem auch durch die Bildung örtlicher Komitees, durch die Gründung von Bürgerinitiativen, durch die Organisierung von öffentlichen Versammlungen usw.

„Widerstand jetzt!"



„Widerstand jetzt!" — So stand es auf einem Transparent der 20000 saarländischen Stahlwerker, die am 22. Oktober mit einer machtvollen Demonstration in Völklingen ihre Kampfbereitschaft unter Beweis stellten. Sie gingen gegen die Entlassung von 5000 Kollegen in der Stahlindustrie des Saarlandes auf die Straße, die die Bosse der Arbed-Saarstahl GmbH angekündigt haben. „Widerstand jetzt!" Jawohl! Das ist tatsächlich die Stimmung der Stahlwerker an der Saar. Nachdem bereits zigtausende von Arbeitsplätzen durch die Arbed-Bosse vernichtet worden sind und der Staat für diese „Gesundschrumpfungsmaßnahmen" auch noch 2,2 Milliarden Mark Subventionen an den Arbed-Konzern gezahlt hat, rollt jetzt die neue Entlassungswelle an. Die Geduld der saarländischen Stahlkocher ist erschöpft! Aber was tut die IG Metall, ihre Gewerkschaft, die sie für wirkungsvolle und durchschlagende Kampfmaßnahmen brauchen? Auf der Protestkundgebung im Anschluß an die Demonstration (die größte, die Völklingen jemals erlebt hat!) sagte der „Stahlexperte" des Geschäftsführenden IGM-Vorstandes Judith: Falls die Arbed-Bosse ihre Ankündigung wahrmachen sollten und an tarifliche Leistungen wie das Weihnachtsgeld Hand anlegen sollten, dann werde die IGM jedem betroffenen Kollegen Rechtsschutz gewähren. Rechtsschutz! Mehr hatte Judith nicht anzubieten! Der Widerstand gegen die Angriffe der Kapitalisten soll zur Sache der Advokaten gemacht werden! Das ist üble Abwiegelei. Was not tut, das ist ein Streik aller Beschäftigten bei Saarstahl! Dafür hat die Gewerkschaft ihre organisatorische und finanzielle Kraft einzusetzen. Die Zeit der faulen Kompromisse muß beendet werden!

Entlassungspläne bei SKF

Spontane Warnstreiks — SKF-Arbeiter kampfbereit

SCHWEINFURT — Am 14. und 15. Oktober kam es bei den SKF-Kugellagerfabriken in Schweinfurt und Stuttgart/Bad Cannstatt zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Damit reagierten die Kollegen auf die Ankündigung von Massenentlassungen bei SKF.

Am 14. Oktober informierte die Geschäftsleitung von SKF-Schweinfurt den Betriebsrat über Pläne des in Schweden beheimateten Konzerns, in den SKF-Werken der Bundesrepublik 2000 Beschäftigte bis Ende des kommenden Jahres zu entlassen. Die aktiven Gewerkschafter in den drei Schweinfurter Werken von SKF reagierten sofort.

Der Vertrauenskörper der IG Metall mobilisierte die Kollegen, und bereits kurz nach dem Bekanntwerden der Absichten der SKF-Bosse legten Hunderte Arbeiter in allen drei Werken die Arbeit nieder und marschierten zum Verwaltungsgebäude. Die Streikenden konnten auf diese Weise durchsetzen, daß für den 19. Oktober eine außerordentliche Betriebsversammlung angesetzt wurde.

Am nächsten Tag kam es auch in dem SKF-Werk Stuttgart/Bad Cannstatt zu einem Warnstreik gegen die Entlassungspläne.

Die außerordentliche Betriebsversammlung am 19. verlief dann in der Tat außerordentlich. Mehr als 40 Kollegen meldeten sich zu Wort, darunter Kollegen, die noch nie auf einer Betriebsversammlung gesprochen hatten. Diese Kollegen griffen mit ihren Äußerungen den Direktor Westphal massiv an. Westphal wurde genauso wie der ebenfalls anwesende amerikanische Rationalisierungsexperte Hire von der Belegschaft ausgebuht. Die Belegschaftsversammlung dauerte mehr als sieben Stunden! Die Stimmung war geladen und signalisierte eine große Kampfbereitschaft.

Die SKF-Geschäftsleitung in Schweinfurt hatte sich im übrigen selbst bloßgestellt. In ihrer Presseerklärung hieß es: ***„Es wird darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht nur um konjunkturbedingte Anpassungen, sondern in erster Linie um strukturelle Maßnahmen handelt, die der nachhaltigen Ertragssicherung des Unternehmens dienen."***

Selten wird kapitalistischer Zynismus so unverhüllt bekundet! Für die „nachhaltige Ertragssicherung" (sprich: Befriedigung kapitalistischer Profitgier) sollen Tausende Arbeiter und Angestellte auf die Straße fliegen!

Und dies, wo SKF-Schweinfurt 1981 ein Rekordjahr zu verzeichnen hatte: Umsatz und Profitrate erreichten den bislang höchsten Stand! Von schlechter Geschäftslage kann also keine Rede sein.

Wieviele Arbeitsplätze in den Schweinfurter SKF-Werken abgebaut werden sollen, ist noch nicht klar. Es wurde die Zahl 400 genannt. Allerdings dürfte eine weit größere Zahl eher realistisch sein. Es gehen Gerüchte um, nach denen längerfristig das gesamte (noch relativ neue) Werk III mit über 1000 Beschäftigten stillgelegt werden soll.

Bei SKF-Schweinfurt waren 1972 noch mehr als 10500 Menschen beschäftigt. Inzwischen sind es nur noch gut 6000. Aber offensichtlich ist nun ein Punkt gekommen, wo sich in der Belegschaft die Einsicht durchsetzt, daß eine weitere Arbeitsplatzvernichtung einfach nicht mehr hingenommen werden darf.

Am 24. Oktober wurde von katholischen und evangelischen Pfarrern ein „Gottesdienst gegen Arbeitslosigkeit" auf dem Parkplatz vor dem SKF-Hochhaus veranstaltet. Daran beteiligten sich mehrere tausend Menschen. Dies signalisiert, daß die Unruhe in der Bevölkerung wächst, und daß der Widerstand der SKF-Belegschaft auf eine starke Unterstützung von außen rechnen kann. Allerdings: um die Arbeitsplatzvernichtung zu tatsächlich zu stoppen, hilft kein Beten, da hilft nur noch kämpfen!



Am 14. Oktober legten die Arbeiter in allen drei SKF-Werken in Schweinfurt die Arbeit nieder, um gegen angekündigte Massenentlassungen zu protestieren. Die Kollegen zogen zum Verwaltungsgebäude und erzwangen die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung.

„Hammerschlag", Betriebszeitung der KPD für Krupp Stahl Bochum

„Es sind Aktionen notwendig"

Am 22. Oktober stimmte der Gesamtbetriebsrat der Krupp Stahl AG Bochum einem Sozialplan zu, der die Entlassung von mindestens 2800 Beschäftigten der Krupp Stahl AG vorsieht. Die Kommunisten bei Krupp lehnen die Zustimmung zu diesem Sozialplan ab und fordern den Kampf zur kompromißlosen Verteidigung der Arbeitsplätze. In einem Extrablatt des „Hammerschlag", KPD-Betriebszeitung für Krupp, heißt es unter anderem:



Angeblich steht Krupp am Rande der Pleite. Doch durch die Zustimmung zu diesen Entlassungen werden die restlichen Arbeitsplätze keinen Deut sicherer. Das hat schon das Beispiel AEG gezeigt. Ja, es geht sogar die Parole um, Krupp könne und werde nicht einmal Weihnachtsgeld zahlen. Unserer Meinung nach sind das Scheißhausparolen, die uns alle Hoffnung nehmen sollen.

Nein, wenn man uns etwas vorenthält — dann müssen wir es uns eben holen. Dann müssen wir es erzwingen! Dann wird eben nicht an die Banken gezahlt, sondern an uns!

Allein im letzten Jahr haben die Banken, die hinter Krupp stehen, 299 Millionen DM Zinsen geschluckt. Der Personalabbau von 20 Prozent entspricht eben einem Gegenwert von rund 300 Millionen. Aber wir wollen nicht Spielball der Krupp-Banken und ihrer Interessen sein!

Wir wollen sichere Arbeitsplätze. Wir wollen einen Lohn, der uns zu leben erlaubt! Krupp pleite? Wir lassen uns nicht bange machen. Viel schlimmer ist: Jeder Arbeitslose mehr — eine Familie mehr pleite! Das ist unsere Sorge — dagegen muß gekämpft werden.

Es sind Aktionen notwendig, die zeigen, daß wir diese Provokation des Krupp-Vorstandes nicht hinnehmen. Und das besser noch heute als morgen!

Heute ist Sondersitzung des Betriebsrats. Wer hindert uns daran, Aktionen zu machen, welche die Vorstände von Krupp und Banken und Politiker aufhorchen lassen? Sie sollen wissen: Wir lassen uns nicht wie Lämmer zur Schlachtbank führen!

Vorschläge zur Zivildienstgesetzgebung

Neue „Handikaps" für Verweigerer

BONN. — Nachdem die Kohl-Regierung durch den Minister Heiner Geißler ihr Konzept für eine Neuregelung der Folgen für Kriegsdienstverweigerung vorgelegt hat und die CSU auf ihrem alten Vorschlag besteht, hat jetzt auch die SPD angekündigt, einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Zivildienstes vorzulegen.

Gemeinsam ist allen Vorschlägen, daß sie den Zivildienst als Alternative zum Wehrdienst möglichst erschweren wollen und kein Vorschlag den Forderungen der Jugend gerecht wird.

Die notwendige Neuregelung ist seit Jahren überfällig. Im April 1978 hat das Bundesverfassungsgericht eine Gesetzesnovelle als mit dem Grundgesetz für unvereinbar und somit für nichtig erklärt. Damals war das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer vorläufig abgeschafft worden.

Das Bundesverfassungsgericht steckte in seinem Urteil den Rahmen für eine Neuregelung ab. Es verlangte, *„daß Wehrpflichtige grundsätzlich Wehrdienst leisten. Demgegenüber ist der Ersatzdienst ausschließlich auf Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen beschränkt. Er soll, wie sich schon aus der grundgesetzlichen Wortwahl (Ersatzdienst/Ersatzdienstpflicht) ergibt, nur anstelle des im Einzelfall rechtmäßig verweigerten Wehrdienstes treten. Eine Umdeutung der Ersatzdienstpflicht in eine selbständig, neben der Verpflichtung zur Ableistung des Wehrdienstes stehende Alternativdienstpflicht, ist nicht möglich."*

Damit war die sogenannte „Postkartenlösung" vom Tisch, eine Lösung, die zum ersten Mal die inquisitorische Gewissensprüfung durch zum Teil alte NS-Richter abschaffte.

Weniger genau mit der „grundgesetzlichen Wortwahl" nimmt man es aber nun in Bonn bei den neuen Plänen. Die Verfassung lautet im Artikel 12a, Abs. 2: *„Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden.* **Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Werhdienstes nicht übersteigen...** (Fett von uns, RM.)

Keiner der Vorschläge, die in Bonn gehandelt werden, hält sich an diese Vorschrift. Allen ist gemeinsam, daß sie den Kriegsdienstverweigerern möglichst viele Steine in den Weg legen wollen, den Ersatzdienst unattraktiv machen wollen.


Zukunft für alle Jugendlichen: „Ehrendienst" in der Armee?

Die CDU, mit ihren Plänen, den Ersatzdienst auf 21 Monate zu verlängern, will damit, so Heiner Geißler, „die Gewissenprüfung in die Herzen der jungen Leute verlegen". Schöne Worte, aber offener redet er, wenn er von einem „Handikap" spricht, das geschaffen werden muß, damit die Gewissensentscheidung auch ernsthaft sei. Ein halbes Jahr länger als die Wehrdienstzeit, das soll also die jungen Pazifisten abschrecken, soll sie doch noch in die Armee zwingen.

Der CSU ist das allerdings noch zu wenig. Erst neun Monate mehr Ersatzdienst leisten als Wehrdienst, nämlich zwei volle Jahre, wollen sie als Kriterium für eine echte Gewissensentscheidung gelten lassen.

Die SPD hat jetzt angekündigt, ihren noch unter der alten Koalition mit der FDP ausgehandelten Kompromiß, nämlich 19 Monate Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer, ins Parlament zu bringen.

Nun hat Regierungssprecher Dieter Stolze schon gesagt, es sei gar nicht sicher, ob die Regierung über solche Fragen überhaupt in nächster Zeit berate. Aber egal, ob die jetzige Verfahrensweise mit den berüchtigten Gewissensprüfungen, den unwürdigen Verhandlungen weitergeführt wird, oder das Kriterium die Bereitschaft zu drei, sechs oder neun Monaten Zusatzdienst ist —, so wird das Problem nicht gelöst werden. **Die wachsende Anzahl junger Leute, die in dieser Armee, der Bundeswehr, als Teil der aggressiven NATO-Atomstreitmacht nicht mitmachen wollen, egal ob aus religiösen, ethischen oder politischen Gründen, verdienen unsere Solidarität.**

Nach Bekanntgabe der Pläne aus Bonn, hat der DGB schon von einem „nicht vertretbaren Fehlgriff" gesprochen und erklärt, einer Politik, die einer Bestrafung von Kriegsdienstverweigerern gleichkomme, werde man entschieden entgegentreten. Hoffen wir, daß der DGB mit den vielen Jugendverbänden und Organisationen sich aktiv für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer einsetzt.

Aus Mitteln des Wehretats:

Giftgasforschung an der Uni

GÖTTINGEN. — Nach Anschuldigungen, die Anfang Oktober der Studentenverband MSB-Spartakus gegen die Göttinger Universität erhoben hatte, sahen sich der Universitätspräsident Professor Norbert Kamp und weitere Wissenschaftler der Hochschule gezwungen, eine Pressekonferenz durchzuführen.

Die Vorwürfe allerdings, Giftgasforschung an der Uni, Zusammenarbeit mit Kriegsforschungsinstituten und Teilfinanzierungen aus dem Wehretat, konnten sie nicht entkräften. Im Gegenteil, jetzt liegen Beweise auf dem Tisch.

Zunächst einmal ging es um die Frage, ob überhaupt mit Kampfstoffen in der medizinischen Abteilung der Uni gearbeitet wurde. *„Nur zur Gegenmittelforschung"* hieß es dazu. Konkret läuft das in den Instituten für Pharmakologie und Toxikologie und der Abteilung Neuropharmakologie. Es kam aber auch heraus, daß es zum Beispiel Lieferungen des Kampfstoffes Soman an die Universität gegeben hat. *„In sehr kleinen Mengen"* hieß es von den Wissenschaftlern. So klein, daß eine der Lieferungen, 200 bis 400 mal, ausgereicht hätte, die gesamte Bevölkerung Göttingens, immerhin 130000 Menschen, auszurotten.

„Nur Gegenmittelforschung" hört sich zunächst mal ganz gut an. Tatsache ist aber auch, daß seit sieben Jahren die Wissenschaftler keine Forschungsergebnisse mehr veröffentlicht haben. Man habe zwar viel geforscht, aber noch keine wirksamen Gegenstoffe entwickeln können. Was heißt das anderes, als daß die Militärs „grünes Licht" für Soman haben, daß sie wissen, dagegen gibt es heute keine Abwehr, keinen Schutz.

Bewiesen ist jetzt auch die Zusammenarbeit der Göttinger Universtität mit dem Kriegsforschungsinstitut Fraunhofer, das zum größten Teil direkt für die Bundeswehr und das Verteidigungsministerium arbeitet.


ABS-Übung bei der Bundeswehr.

Die Fraunhofer-Stiftung erhält Gelder aus dem Wehretat, hat nachweislich Beziehungen zur US-Army und arbeitet auch mit einem Institut zusammen, das im Auftrag des israelischen Kriegsministers Sharon forscht.

Es ist bekannt, daß diese Armeen, sowohl der USA als auch Israels, schon viele Erfahrungen mit Kampfgaseinsätzen gemacht haben.

Die Göttinger Universität arbeitet konkret zusammen mit dem Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Aerosolforschung in Hannover. Mindestens zwei Mitarbeiter des Uni-Instituts für Toxikologie und Pharmakologie werden von Fraunhofer bezahlt, daneben gäbe es, so hieß es auf der Pressekonferenz, verschiedene „Sachleistungen". Wie groß der Anteil dieser Zuwendungen am Gesamtetat der beteiligten Institute ist, wurde verschwiegen. **Klar aber ist, daß hier, wenn auch auf Umwegen, Gelder aus dem Wehretat an die Wissenschaftler, bzw. Institute fließen, die widerum sicherlich auch eine Gegenleistung für die Geldgeber bringen.**

Auf deutsch:

Pharmakologie = Wissenschaft von den Arzneimitteln.
Toxikologie = die Lehre von den Giften und ihren Wirkungen.
Neuropharmakologie = die Erforschung der Wirkung von Medikamenten auf das Nervensystem, besonders am Gehirn.
Aerosol = schwebestoffhaltiges Gas.
Antidot = Gegenmittel.
(nach: dtv-Lexikon)

358 statt 108 Pershing 2?

Amerikanische Abrüstungs-Algebra

Mehr als dreimal soviel Pershing-2-Raketen, wie in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, wenn die Genfer Abrüstungsverhandlungen scheitern, werden zur Zeit in den USA produziert.

Wozu? Zur Stationierung in Westdeutschland, wie in Washington unverblümt zugegeben wird.

Der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 hat als „Gegengewicht zur Bedrohung durch die sowjetischen SS 20" die Aufstellung von 108 Pershing-2-Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen in der BRD angedroht, falls die Abrüstungsverhandlungen in Genf zu keinem Ergebnis führen. Selbst diese gefährliche friedensbedrohende Grenze ignorieren die US-Militärs.

Nach Unterlagen des Beschaffungsprogramms des Pentagon haben die Militärs nicht 108, sondern 385 Pershing 2 gefordert. Gerechtfertigt wird diese Bestellung mit ganz neuen Rechenspielen, die wie folgt aussehen.

Erstens gehen die US-Generäle davon aus, daß die Zahl 108 für die Zahl der Abschußrampen, der Laffetten oder wie der Militärsprachgebrauch ist, der „Launcher", gilt. Diese 108 Abschußrampen werden nun in verschiedene, militärische Einheiten eingeteilt. Zunächst in die Kampfeinheit **Batterie.** Eine Batterie verfügt über 9 Launcher —, aber über 13 Raketen mit atomaren Sprengköpfen. So kommen schon — rein rechnerisch — auf eine Abschußrampe 1,4 Raketen. 108 mal 1,4 macht schon mal 156 Atomraketen.

Zeitens werden je vier Batterien zu einem **Battaillon** zusammengefaßt, und ein **Battaillon** wiederum braucht je zehn „Ersatzraketen für Training und Ersatzteilbeschaffung". Da in der Bundesrepublik drei Battaillone aufgestellt werden sollen, kommt man auf 156 plus 3 mal 10 „Ersatzraketen", also 186 Pershing 2.

Damit sind die Rechenkünstler aus dem Pentagon aber noch nicht am Ende ihrer Raketen-Rechnerei. Weil die Abschußrampen, die Lauchner ja wieder verwendbar sind, brauchen sie auch Raketen für einen zweiten Abschuß.

Da für einen einmaligen Einsatz der Rampen insgesamt schon 186 Raketen errechnet wurden, ist es nur logisch, für einen möglichen zweiten Gebrauch der Rampen nochmals 186 Raketen dazuzubestellen.

Somit kommen die Mittelstreckenmathematiker auf 372 Pershing 2, eben fast soviel wie jetzt in Washington geordert wurden.

Der US-Europa-Experte Leon Sigel mutmaßt wohl nicht zu unrecht, daß die Reagan-Administration hier „ein Waffensystem vorantreibt, für das es keine politische Autorisierung gibt."

Sicher kann man auch annehmen, daß der „Wind von rechts" aus Bonn den US-Militärs den Rücken stärkt, und sie davon ausgehen, daß — sind einmal Pershing 2 stationiert — die Zahl keine so große Rolle mehr spielt. Wie sicher sich die Kriegsplaner in Washington sind, daß ihre Raketen aufgestellt werden, zeigt auch, daß mittlerweile schon ganz offen alle Stationierungsorte gehandelt werden.

Nach einer Veröffentlichung des Magazin „Stern" sind das folgende Orte: 36 Pershing 2 (bzw. Abschußrampen!) gehen nach Schwäbisch-Gmünd (Bismarck-Kaserne und Hardt-Kaserne). 36 gehen nach Neu-Ulm (Wiley-Barracks). 27 gehen nach Neckarsulm (Artillerie-Kaserne). 9 gehen nach Heilbronn (Badnerhof-Kaserne).

Und selbst für den Fall, daß der NATO-Doppelbeschluß nicht durchkommt haben die Militärs vorgesorgt. In einem solchen Fall würden sie natürlich keine einzige Pershing 2 stationieren. **Aber dafür die Pershing 2 RR.** Das bedeutet, Pershing 2, Reduced Range, also „eingeschränkte Reichweite".

Dazu braucht von der „normalen" Pershing 2 nur eine Stufe abgetrennt zu werden, die die Reichweite von jetzt 1800 km auf 740 km reduziert. Kein Geheimnis ist allerdings auch, daß die zweite Stufe relativ leicht wieder angebaut werden kann.

So wird ganz schnell wieder aus der Kurzstreckenrakte Pershing 2 RR die Mittelstreckenrakete Pershing 2.

Und daß diese Pläne ganz ernsthaft verfolgt werden, hat erst vor kurzem der Leiter der nuklearen und chemischen Waffenabteilung des Pentagon, General Niles J. Fulwyler bestätigt: „Die Pershing 2 RR würde dann in Deutschland stationiert, wenn es uns nicht erlaubt werden sollte, die Mittelstreckenversion aufzustellen...

Spitzelei ohne Grenzen

Im Frühjahr 1974 hörte der Verfassungsschutz die beiden Privattelefone des Schriftstellers Günter Wallraff drei Monate lang ab. Angeblich bestand der Verdacht des Kontakts zu Terroristen. Das Oberverwaltungsgericht Münster erklärte diesen Lauschangriff dieser Tage nachträglich für rechtens, nachdem Wallraff, der erst 1979 von der Aktion unterrichtet wurde, dagegen Klage erhoben hatte.

In diesem Prozeß wird der erste Gerichtsentscheid wegen einer Abhörsache gefällt, ein Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung also. Ein Verfahren, in dem es auch darum geht, was sich der Verfassungsschutz alles erlauben kann. Wenn die damalige Aktion „rechtmäßig" gewesen sei, so fragte Wallraffs Anwalt Holtfort, „wo sollen dann noch die Grenzen für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes liegen?" Eine berechtigte Frage; die Grenzen sind nicht in Sicht.

Was wurde damals als Begründung für den Lauschangriff angeführt, zu dem der damalige Bundesinnenminister Genscher seine Zustimmung gab? — In der Straße, in der Wallraff damals wohnte, sei das RAF-Mitglied Marianne Herzog verhaftet worden; ein V-Mann des Verfassungsschutzes will beobachtet haben, daß Wallraff zusammen mit Margit Schiller „unter konspirativen Umständen" eine gemeinsame Zugfahrt unternommen habe; in einem „Terroristen-Notizbuch" habe sein Name gestanden. Um mit dem letzten Vorwurf anzufangen: Es stellte sich heraus, daß Genscher und die zuständige parlamentarische Kommission (die „G-10-Kommission") die Abhöraktion genehmigt hatten, ohne das Notizbuch selbst in Augenschein genommen zu haben. Außerdem fanden sich dort viele Adressen bekannter Personen und Institutionen, die mit der RAF wahrlich nicht das Geringste zu tun haben, so der Zeitschrift „Stern" und des Verwaltungsgerichts Karlsruhe.

Die „Information" des V-Mannes konnte Günter Wallraff durch ein eindeutiges Alibi entkräften — er war zur fraglichen Zeit zu einem Interview beim „Vorwärts". Und Marianne Herzog ist bestimmt auch noch durch andere Straßen gegangen ...

Ziemlich offensichtlich handelt es sich hier um den Versuch, sich Gründe zu verschaffen, um einen mißliebigen Schriftsteller abhören zu können; eine Gefahr, der sich offenbar jeder aussetzt, der den Herrschenden nicht in den Kram paßt.

In erster Instanz hatte Wallraff auch Recht erhalten; die Oberverwaltungsrichter aber waren nun anderer Meinung. Ihr Urteil, gegen das Wallraff allerdings noch vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen will, bedeutet freie Bahn für die staatlichen Schnüffler.

Interessant ist noch die offizielle Beschuldigung, mit der die Genehmigung des Lauschangriffs gerechtfertigt werden sollte: „Verdacht des Hochverrats". Indem das Verwaltungsgericht dem jetzt entsprach, gab es gleich ein Urteil über die Tätigkeit der RAF ab, das in einem Verfahren gegen angebliche RAF-Mitglieder niemals gesprochen wurde. Der Rechtsvertreter der Bundesregierung erklärte den Umstand, daß RAF-Leute nie wegen Hochverrats angeklagt wurden, mit Gründen „politischer Opportunität". Gegen Wallraff mußte der Vorwurf auch deshalb herhalten, weil nach damals geltendem Recht allein der Verdacht auf Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" für die Abhöraktion nicht ausgereicht hätte; das jedenfalls sagte Rechtsanwalt Holtfort. Seine Beurteilung des Vorgehens Genschers: „klare Rechtsbeugung".

Amnesty-Jahresbericht

Vor kurzem legte die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international ihren neuen Jahresbericht vor. Darin geht sie auch auf die Situation von politischen Gefangenen in der Bundesrepublik ein, wobei sie besonders die Haftbedingungen angreift. Wir dokumentieren hier diesen Teil des Berichts im Wortlaut. Der gesamte Bericht ist als Taschenbuch im Fischer-Verlag erschienen.

Amnesty international war trotz der ausdrücklichen Bereitschaft der Behörden zu Verbesserungen weiterhin besorgt über die Haftbedingungen von Personen, die politisch motivierter Verbrechen verdächtigt wurden oder wegen solcher Verbrechen verurteilt waren. Amnesty international stellte fest, daß die lange Isolation von Gefangenen (ob in Einzelheit oder in Kleingruppen) zu ernsten gesundheitlichen Schäden geführt hat (vgl. Jahresberichte 1980 und 1981). Diese Feststellung wurde von den Behörden nie bestritten. Sie wurde durch medizinische Gutachten über Ilse Schwipper untermauert, die amnesty international 1981 zugingen. Ilse Schwipper war angeblich Mitglied der Bewegung 2. Juni und wartete unter der Anklage des gemeinschaftlichen Mordes auf ihren Prozeß. Der Neurologe und Psychiater Prof. Dr. Detlef Cabanis wurde vom Landgericht Berlin beauftragt, ihre Verhandlungsfähigkeit zu untersuchen. Die von ihm festgestellten Symptome stimmten völlig mit den 1979 von amnesty international in anderen Fällen beobachteten Ergebnissen überein (vgl. „amnesty internationals Arbeit zu den Haftbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland für Personen, die politisch motivierter Verbrechen verdächtigt werden oder wegen solcher Verbrechen verurteilt sind"). Zu diesen Symptomen zählten niedriger Blutdruck, Kreislaufstörungen, Konzentrationsmangel und in diesem Fall vor allem schwere Depressionen. Ein Gefängnisarzt stellte weiter fest, daß Ilse Schwipper an einer tiefen „Erschöpfungsdepression" litt, „welche die Haftfähigkeit erheblich in Zweifel zieht". Seit ihrer Verhaftung 1974 war Ilse Schwipper unter unterschiedlichen Haftbedingungen festgehalten worden, unter anderem etwa vier Jahre lang in Kleingruppenisolation. In seinem Bericht zog Dr. Cabanis eine Verbindung zwischen Ilse Schwippers Symptomen und den Haftbedingungen sowie „einer fast siebenjährigen Untersuchungshaft".

Amnesty international wandte sich immer wieder in dieser Frage an die Behörden und erhielt eine relativ ausführliche Antwort in einem Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Justizminister und -senatoren der Länder, des Justizministers von Niedersachsen, vom 23. Dezember 1981. In diesem Brief wurde zugegeben, daß Gefangene entweder in kleinen Gruppen in Hochsicherheitstrakten oder allein festgehalten wurden. Es wurde jedoch betont, daß selbst Gefangene in Einzelhaft bis zu einem gewissen Grad Kontakt mit anderen Häftlingen haben durften, wenn auch aus Sicherheitserwägungen unter strenger Bewachung. Einige der Gefangenen lehnten Kontakte mit anderen unter diesen Umständen ab. Diese Bedingungen könnten nicht als Isolation bezeichnet werden. Anschließend schrieb der Justizminister, ihm sei über irgendwelche auf die Haftbedingungen zurückzuführenden gesundheitlichen Schäden von Gefangenen „nichts bekannt".

Ein weiteres Anliegen von amnesty international war im Berichtsjahr die wachsende Anzahl von Personen, die strafrechtlich verfolgt wurden aufgrund von Meinungsäußerungen, die nach Auffassung der Behörden den Tatbestand der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" im Sinne von Paragraph 129a des Strafgesetzbuches erfüllten (vgl. Jahresbericht 1981). Am 6. Februar 1981 fällte das Oberlandesgericht Stuttgart ein Urteil, das zwar nicht zu Freiheitsstrafen führte, in den Augen von amnesty international jedoch einen Präzedenzfall für eine zu extensive Auslegung des Gesetzes schuf. Die Angeklagten hatten zur Unterstützung von im Hungerstreik befindlichen Gefangenen ein Transparent entrollt, auf dem die „Zusammenlegung und freie Selbstbestimmung von Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF)" gefordert wurde und ein roter, fünfzackiger Stern abgebildet war. Das Gericht befand, daß das „eigentliche", „wahre" Ziel die Unterstützung der terroristischen Vereinigung gewesen sei, auch wenn die geäußerten Meinungen sich nur auf die unmittelbaren Forderungen der Hungerstreikenden bezogen. Das Urteil stützte sich also nicht auf die tatsächlichen Äußerungen der Demonstranten, sondern auf ein „eigentliches Ziel", das das Gericht in ihren Äußerungen zu erkennen glaubte. Die Angeklagten, denen die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach Paragraph 129a des Strafgesetzbuches vorgeworfen wurde, worauf ein Höchststrafmaß von fünf Jahren steht, wurden zu Geldstrafen von je 600 DM verurteilt. Amnesty international war der Überzeugung, daß die Argumentation des Stuttgarter Gerichts im Widerspruch stand zu einer Äußerung, die der Bundesjustizminister im April 1981 gegenüber amnesty international machte. Darin hieß es, „daß eine Strafverfolgung allein wegen der Unterstützung des Hungerstreiks und der mit ihm verbundenen Forderungen nicht in Betracht kommen kann" (vgl. Jahresbericht 1981). Amnesty international verfolgte die Fälle von rund 50 Angeklagten, denen in einer Reihe von Gerichtsverfahren aus ähnlichen Gründen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" zur Last gelegt wurde: Die meisten Verfahren waren Ende 1981 noch in der Schwebe.

Amnesty international verfolgte den Fall von zehn Personen, die in der Nacht vom 4. zum 5. April 1981 auf Autobahnschilder Parolen zur Unterstützung der hungerstreikenden Gefangenen gesprüht haben sollen. Sie wurden nicht nur wegen Beschädigung der Schilder, sondern auf Grund dieser Parolen auch der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" angeklagt. Die Beschuldigten wurden mehrere Wochen lang in Haft gehalten und dann bis zu ihrem Prozeß freigelassen, der Ende 1981 noch nicht stattgefunden hatte.

Kriegsdienstverweigerer, deren Anträge auf Anerkennung von den verschiedenen Prüfungsausschüssen abgelehnt wurden, erhielten weiterhin Gefängnisstrafen. Amnesty international betrachtete sie als gewaltlose, politische Gefangene. Horst-Dieter Mrass wurde am 16. September 1981 vom Schöffengericht Oldenburg zu acht Monaten Haft verurteilt. Die 63 Tage, die er bereits bei der Bundeswehr unter Arrest verbracht hatte, wurden auf das Strafmaß angerechnet. Thomas Hansen, dessen abgelehnter Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer sich auf moralische und politische Erwägungen gründete, wurde vom Schöffengericht Oldenburg am 24. August 1981, zu zwei Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Der Richter stellte fest, Thomas Hansen sollte vom weiteren Militärdienst befreit werden. Er wurde jedoch ein zweites Mal einberufen. Als er den Wehrdienst wiederum verweigerte, verurteilte ihn dasselbe Gericht am 7. Oktober 1981 zu sechs Monaten Haft. Das Ergebnis von Thomas Hansens Berufung lag amnesty international noch nicht vor, doch war zu erfahren, daß er ein drittes Mal einberufen und wiederum wegen Wehrdienstverweigerung angeklagt wurde.

Der Pazifist Bernhard Willeke erwartete seinen Prozeß wegen Desertation und Gehorsamsverweigerung für 1982. Sein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer war von einem Prüfungsausschuß, vor dem er am 14. Mai 1979 erschienen war, abgelehnt worden. Daraufhin lehnte Bernhard Willeke es ab, sich einer weiteren Prüfung seines Gewissens zu unterziehen.

In ihrer Stellungnahme zur DDR, in der amnesty international besonders die hohe Zahl der politischen Gefangenen anprangert, geht die Organisation auch auf unsere verhafteten Genossen ein. Der betreffende Absatz lautet:

„Etwa zehn pro-albanische Marxisten-Leninisten wurden im März 1981 festgenommen. Man nahm an, daß sie im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung von Schriftmaterial angeklagt wurden, in dem Kritik an dem in der DDR praktizierten Sozialismus geübt wurde. Dazu gehörten eine Zeitung namens „Roter Morgen" und Flugblätter zu verschiedenen Themen, zum Beispiel zur Wehrerziehung in den Schulen. Zwei von ihnen, der 29jährige Mechaniker Manfred Wilhelm und der 27jährige Mathematiker Andreas Bortfeld, wurden als gewaltlose politische Gefangene von amnesty international adoptiert."

Machtwechsel in Bonn Die schwarze Reaktion am Ruder



Widerstand tut jetzt not

Versammlung Was bedeutet der Regierungswechsel in Bonn? Was ist zu tun? — *Volksfront* Bundesgeschäftsstelle Mariahilfstr. 31 5100 Aachen Tel.: (0241) 36362

Mit diesem schönen Plakat ruft die *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zum Widerstand gegen den verschärften reaktionären Kurs auf, den die neue Bonner Regierung steuert. Es kann beim Bundesvorstand der *Volksfront* (Mariahilfstraße 31, 5100 Aachen, (0241) 36362) bestellt werden.

Keine Pension für „Extremisten"?

In Bayern wird die Verfolgung politisch unliebsamer Lehrer weiter ausgebaut. Die Berufsverbieter haben es jetzt auch auf schon pensionierte Beamte abgesehen.

Friedrich Konrad war Hauptschullehrer in Altdorf bei Nürnberg. Er ist DKP-Mitglied, was ihm bereits 1974 ein Disziplinarverfahren eintrug. Damals verhinderte eine breite Solidarität seine Entlassung. Jetzt, als Pensionär, halten ihn die Behörden wohl für leichter angreifbar. Mit ihrem Angriff soll gleichzeitig exemplarisch die Berufsverbotspraxis ausgeweitet werden.

Bei der Landtagswahl in Bayern hatte der frühere Lehrer für die DKP kandidiert. Obwohl bereits außer Dienst, wird ihm dies jetzt als „Dienstvergehen" angelastet. Auch ein pensionierter Staatsdiener, so erklärte der Vizepräsident der Bezirksregierung von Mittelfranken, Elmar Schuegraf, dürfe sich nicht „gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik" stellen.

Die geplante Konsequenz: Friedrich Konrad wird die Streichung seiner Ruhestandsbezüge angedroht, falls das eingeleitete Vorermittlungsverfahren ein Dienstvergehen erkennen lasse, das in einem vergleichbaren Fall bei einem aktiven Beamten „die Entfernung aus dem Dienst gerechtfertigt wäre". Weitere Folge einer solchen Maßnahme: Konrads Familie würde der Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung verlieren.

Im Kampf gegen diesen Anschlag hat Friedrich Konrad unsere Solidarität.

Wochenendseminar der KPD

Auch 1983 finden wieder Wochenendseminare der KPD zur Einführung in den Marxismus-Leninismus statt. Für die Teilnahme sind keinerlei Vorkenntnisse nötig. An den Seminaren können auch Nichtparteimitglieder teilnehmen. Unkostenbeitrag: 35,— Mark pro Person und Seminar. Anmeldungen bis spätestens drei Wochen vor Seminarbeginn an W.-J. Herzog, Bothmerstr. 25, 3000 Hannover 81.

Auf den Seminaren werden folgende Themen behandelt:

- **Klassen und Klassenkampf. Die Klassen in der Bundesrepublik.**
- **Einführung in die politische Ökonomie.**
- **Über den Imperialismus, insbesondere den westdeutschen Imperialismus.**
- **Über den Staat und die Notwendigkeit der Revolution.**
- **Was bringt uns der Sozialismus?**
- **Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die kommunistische Partei.**

Termine

15. — bis 21. Januar
28. März — bis 3. April
(das ist die Woche vor Ostern mit Ferien in den meisten Bundesländern).
5. — 10. April
12. — 17. September
3. — 9. Oktober

Außerdem bieten wir in diesem Jahr *neu* drei Seminare für türkische Genossinnen und Genossen mit geringen oder gar keinen deutschen Sprachkenntnissen an:
14. — 20. Februar
6. — 12. Juni
5. — 11. Dezember

ANMELDUNG

Ich möchte in der Zeit vom bis 1983 an einem Wochenendseminar der KPD teilnehmen. Von dieser Anmeldung kann ich bis spätestens drei Wochen vor Beginn eines Seminars zurücktreten.

Name______________________

Vorname______________________

Anschrift______________________

Tel.______________________

Beruf bzw. Berufsausbildung______________________

Alter______________________

Volkskorrespondenz

Freundschaftsfest in Heilbronn

Liebe Genossen!

Am 2. Oktober führte der Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit im Heilbronner Stadtteil Böckingen ein Deutsch-Ausländisches Freundschaftsfest durch.

Wie ich Euch schon geschrieben habe, besteht der Arbeitskreis seit Anfang dieses Jahres und ist bis jetzt durch Stände und einige Veranstaltungen an die Öffentlichkeit getreten. Er besteht zum großen Teil aus Menschen, die zum ersten Mal politisch aktiv sind.

Als wir an die Vorbereitung unseres Festes gingen, waren doch einige von uns sehr skeptisch. Wir haben dann alle möglichen Organisationen zur Vorbereitung des Festes eingeladen. Durch die Sommerferien lief das alles allerdings recht langsam an, so daß sich der Zweifel wieder verbreitete. Dadurch, daß wir aber beharrlich daran weiter arbeiteten, bekamen wir aber allmählich doch immer mehr Unterstützung, so daß zum Schluß ein ganz ansehliches Programm zusammen kam.

Morgens ein Fußballturnier mit verschiedenen deutschen und ausländischen (Türken, Spanier) Mannschaften, das nach anfänglichen Schwierigkeiten allen Spielern gefallen hat. Der Siegermannschaft wurde ein Pokal überreicht.

Am Nachmittag führten die Falken ein Kinderprogramm durch, mit Clowns, verschiedenen Spielen und Pflastermalen. Das hat den Kindern, die vor allem aus dem Wohngebiet kamen, Türken, aber auch vielen Deutschen, viel Spaß gemacht. Während dieser Zeit wurden auch Info-Stände durchgeführt, und an aufgestellten Tischen und Stühlen konnten sich die Älteren unterhalten, sowie essen und trinken. Das Nachmittagsprogramm wurde im Freien in der Böckinger Fußgängerzone durchgeführt.

Abends machten wir eine Kulturveranstaltung im, wie sich herausstellte, viel zu kleinen Gewölbekeller.

Akteure waren eine jugoslawische Folklore- und Singegruppe, die gleich zu Anfang für sehr viel Stimmung sorgte.

Nach einer kurzen Rede des Arbeitskreises trat dann die Green-peace-Band auf, während deren Auftritt die DGB-Jugend Sketche und Gedichte zum Ausländerproblem vortrug. Den Abschluß bildete eine türkische Folkloregruppe, die am Schluß noch einmal Stimmung machte.


Auch die Kinder hatten ihren Spaß beim Heilbronner Freundschaftsfest.

Über 200 Besucher erlebten einen begeisternden Abend mit einem breiten Programm. So etwas muß, wenn möglich, in noch breiterem Rahmen wiederholt werden, das war anschließend die einhellige Meinung der Anwesenden. Selbst die, die unserer Arbeit eher skeptisch gegenüberstanden (vor allem weil bekannt ist, daß die *Volksfront* einen starken Einfluß im Arbeitskreis hat), waren vom Erfolg angetan.

Dieses Fest hat unsere Arbeit wieder einen Schritt weiter gebracht. Wir haben jetzt Kontakt zu allen größeren ausländischen Nationalitäten in Heilbronn. Wir haben auch einige neue Mitarbeiter, bzw. Unterstützer für unsere Arbeit gewonnen. Auch die IG Metall hat ihr Interesse an unserer Arbeit bekundet. Sie hat auch unsere Einladung an alle Metallbetriebe geschickt.

Ich glaube, darauf können wir eine gute Arbeit für ein besseres und gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und Ausländern aufbauen, um vor allem auf kommunaler Ebene Verbesserungen zu erreichen.

Gruß Werner

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Le

Ausländer sollen bleiben

Liebe Genossen!

Ich habe gerade euren Artikel „'Türken raus' — bald offizielle Regierungspolitik?" gelesen (1. Teil, RM) und möchte euch einige meiner Gedanken dazu mitteilen.

Hinter der ganzen offiziellen „Ausländerpolitik" nicht nur der CSU/CDU/FDP, sondern auch der SPD (Norbert Gansel, SPD-MdB für Kiel: „Arbeitsplätze natürlich vorrangig an Deutsche vergeben") kommt eine Philosophie zum Vorschein, die sich enger Verwandschaft zu den Nazis rühmen kann.

Die Nazis betrieben eine extrem aggressive Politik gegenüber Juden und Sintis, die seit vielen Generationen in Deutschland lebten, deutsch sprachen, zum großen Teil deutsche Schulen besucht hatten und, vor allem die Juden, einen großen Beitrag zur deutschen Kultur beigetragen hatten. Sie waren Deutsche, aber die Nazis bezeichneten sie als Fremdkörper und richteten ein grausiges Massaker unter ihnen an. (Natürlich kann man die heutige Politik gegen die sogenannten Ausländer nicht mit diesen Morden vergleichen, das wäre eine unzulässige Verniedlichung der Verbrechen der Nazis, aber eine Verwandtschaft im Denken ist vorhanden.) Auf der anderen Seite riefen die Nazis Menschen, deren Familien seit vielen Generationen zwischen anderen Völkern lebten und mit deren Kulturen verwachsen waren, wie die Juden mit den Deutschen, und die teilweise kaum deutsch sprachen, als **Deutsche** „heim ins Reich".

Und was erleben wir heute? Da schreien Leute laut und schämen sich nicht einmal dafür: „Wenn wir nichts tun, gibt es im Jahre 2000 sieben Millionen Ausländer in unserem Land". Aber mit diesen sieben Millionen meinen sie auch die Kinder und Enkel jener, die einst als billige und willige Arbeitskräfte gerufen wurden; meinen sie auch jene, die akzentfrei deutsch sprechen und das Land ihrer Eltern höchstens einmal im Urlaub gesehen haben.

Auf der anderen Seite strömen jährlich, gelockt vom höheren Lebensstandard, Zehntausende aus Osteuropa nach Deutschland, können meistens nicht mehr deutsch, als ein anatolischer, andalusischer oder cantabrischer Landarbeiter, aber bekommen ohne Umschweife einen deutschen Paß. Ich möchte ihnen dieses Recht nicht streitig machen, aber dann bitte auch einen für jeden unserer „ausländischen" Kollegen, die sich hier die Knochen kaputt schuften für den Profit „unserer" Kapitalisten! Es wäre vielleicht ganz nützlich, wenn ihr zu diesem Thema mal was schreiben könntet, vor allem mit wichtigen Zahlen, um das ganze ein bißchen zu untermauern.

Zum Schluß möchte ich noch ein bißchen Kritik zu unserer Zeitung loswerden. Eine kommunistische Zeitung sollte sich u.a. auch durch journalistische Sorgfalt auszeichnen, die ich im RM leider oft vermisse. So fehlen z.B. oftmals Quellenangaben (bei Zitaten und auch bei Informationen). In Berichten aus Kiel sind schon wiederholt Fehlinformationen gewesen.

Im Kommentar zur Wahl in Bayern schreibt ihr, daß die Wahlbeteiligung höher war, was meines Wissens nicht stimmt.

Außerdem finde ich, bringt ihr viel zu wenig Analysen, was mir am Artikel „Genschers Position hart angeschlagen" (RM, 41 vom 15.10.) mal wieder auffiel. Dieser Artikel hätte auch in der „Frankfurter Rundschau" stehen können. Mich als Kommunisten interessiert doch nicht das Parteienklüngel und auch nicht deren interne Kämpfe. Mich interessieren die Kräfte, die dahinterstecken. Mich interessiert, welche Fraktion der Bourgeoisie aus welchen Gründen welche Politik unterstützt.

Rot Front
Wolfgang

PS.: Daß ihr für die fehlerhafte Berichterstattung aus Kiel nichts könnt, ist mir klar, aber vielleicht läßt sich von euch aus da was ändern.

(Na, ihr Kieler, was sagt ihr dazu? Vielleicht setzt ihr euch mal direkt in Verbindung — ihr kennt euch doch. Übrigens freuen wir uns auch über konkrete Richtigstellungen. — RM)

Von Frauen und Männern

Betr.: Leserbrief der Genossinnen von Siemens/Witten

Liebe Genossinnen,

ich habe euren Brief im RM gelesen, in dem ihr den Genossen Redakteur kritisiert, weil er von euch als Genossen gesprochen hat, obwohl ihr doch Genosinnen seid. Vielleicht war besagter Redakteur gar kein Redakteur, sondern eine Redakteurin, die es ihrerseits pflegt „Genossen" zu sagen (wie ich üblicherweise auch) und damit sowohl die weiblichen wie die männlichen Mitkämpfer meint? —

Doch Spaß beiseite, gerade bei diesem Thema sollten wir Frauen die Säbel nie in der Scheide stecken lassen, sonst kommt da noch ein Dahergelaufener an und sagt, Frauen gehören an den Herd, ohne von uns auf der Stelle malträtiert zu werden.

Ich bin auch der Meinung, bevor wir Frauen wirklich gleichberechtigt in der Gesellschaft sind, sollte **man** zuerst einmal alle aus Jahrhunderten überbrachten, die Frauen diskriminierenden Sprachbarrieren wegräumen. Ich gehe sogar davon aus, daß **man** dies bereits tut, denn wo ich hinhöre, in Parteien, in der Gewerkschaft, im Betrieb und sogar bei Stellenanzeigen spricht man heute, die Damen und Herren, die Kolleginnen und Kollegen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Ich kann daran jedenfalls sehen, daß **man** auf dem Gebiet der Emanzipation der Frau wirklich zu Vorleistungen bereit ist. Gerade gestern abend im Fernsehen, sagte der neue Bundeskanzler Kohl: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Lande, wir sagen ihnen ganz klipp und klar, wo es jetzt längsgehen wird." Ich habe gedacht, siehste, der meint auch mich, ich Mitbürgerin habe die Mitverantwortung, dafür zu sorgen, daß unser Land wieder in Schwung kommt. Ha, endlich denkt man auch mal an uns Frauen, die ja schließlich bei den geplanten Einsparungen, den Preissteigerungen und der zunehmenden Arbeitslosigkeit die Hauptlast zu tragen haben.

Es ist natürlich äußerst bedauerlich, daß dieser Sprachgebrauch in unserer Partei noch nicht ganz durchgängig ist. Aber ich habe mir gedacht, daß ihr Frauen bei Siemens/Witten eine so hervorragende Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit macht, eine Arbeit an der sich so mancher Männerbetrieb noch alle zehn Finger nach lecken kann, daß vielen Genossen in der Partei gar nicht mehr auffällt, daß ihr ja nur Frauen seid. Nehmt das man/frau nicht so tragisch, bald ist ja 5. Parteitag und da können wir ja dann dafür sorgen, daß sich auch bei uns in der Partei in dieser Frage etwas ändert. Bei den „Grünen" und den Demokratischen Sozialisten, oh Verzeihung, bei den „Grüninnen" und „Grünen" und den Demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten (puh, ein Glück, daß unsere Partei eine Frau ist) gibt es Parität in den Vorständen. Da kann man/frau dann unabhängig von Standpunkt, Sachkenntnis und sonstiger Qualifizierung mitmachen, Hauptsache das Geschlecht stimmt. Das ist doch ein wirklicher Fortschritt. Die Männer bolzen sich da um Standpunkte und Ansichten, Linie und Politik, während wir Frauen majestätisch ihre Plätze einnehmen können.

Die Zukunft jedenfalls gehört uns Frauen, das ist doch wohl klar. Da werden wir den Mackern mal zeigen, was eine Harke ist.

Mit revolutionärem Gruß
eine Genossin aus Lübeck

Solidarität?

Darf ich auch mal?

Die Kapitalisten, auch Reagan, wenn auch weit vom Schuß, haben viel Lob für die Solidarität in der Volksrepublik Polen. Für moralische Unterstützung sorgen der Klerus, mit dem Oberhaupt dem Papst. Die Kirchenverbände organisieren die Geschenktransporte. Vieles mehr spricht dafür, daß der Katholizismus sich für die Solidarität einsetzt. Walesa durfte sogar vor dem Papst niederknien, ist das nicht Klasse? An einen Friedenspreis sollte auch gedacht gewesen sein, von welcher Seite sollte nicht schwer zu erraten sein. Die Unruhen, die die Solidarität trotz vorheriger Warnungen durchführten, forderten traurigerweise auch Menschenleben. Dies hätte verhindert werden können.

Der bessere Weg wäre gewesen, mit voller Kraft in die Produktion einzusteigen, denn das Land Polen war und ist eine Kornkammer, es muß nur aktiv bearbeitet werden. Aber die Unruhestifter wollten ganz was anderes. Vom religiösen Wahn angeheizt, sollte Polen zum Kapitalismus verwandelt werden. Die Kapitalisten hätten sich eins ins Fäustchen gelacht. Damit hätten sie ihre übliche Handlungsweise anbringen können, aber bei allem Gebetsrummel ist das fehlgeschlagen. Im übrigen, was von den Kapitalisten gegenüber der Arbeiterklasse gelobt wird, war schon immer eine faule Sache. So muß man es auch mal sehen.

Mit freundlichem Gruß
Willi K.

Sauer über die MG

Liebe Genossen!

Schon seit langem sind wir sauer über die Leute von der Marxistischen Gruppe! Ihr Auftreten erinnert uns doch sehr an die EAP. Viel Geld scheinen sie ja zu haben! Hier in Bremen finden dauernd große Plakataktionen und Veranstaltungen statt. Ihre Flugblätter gipfeln meisen in Kollegenbeschimpfungen. Als Wesentliches greifen sie hier den Betriebsrat von Vulkan an! Dabei ist der noch einer der wenigen guten und kämpferischen Kollegen!

Bis vor kurzem habe ich noch immer vertreten, man muß mit ihnen diskutieren, weil sie oft auch durch ihre interessanten Themen Leute kriegen. Mittlerweile meine ich aber, daß man diesen Typen bei Störungen auf Versammlungen etc. ruhig „etwas" massiver entgegentreten sollte!

Da wir uns da nicht ganz sicher sind (z.B. sind es Agenten?), fänden wir es ganz gut, wenn ihr mal im „Roten Morgen" einen Artikel mit einer Einschätzung über sie abdrucken könntet.

Vielen Dank im voraus und
Rot Front

Werftzelle Bremen

(Wir werden uns bemühen, sobald es uns möglich ist, dazu Stellung zu nehmen. — RM)

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

I.) Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD:

Unbekannt, DM 125,—; LBV HH-Unterelbe, 583,—; KPD Wiesbaden, 200,—; P.M., Tübingen, 70,—; D.K., Hamburg, 200,—; KPD Tübingen, 100,—; LBV Westfalen-Lippe, 263,—; W.J.H., Hannover, 23,62; LBV Ruhr, 2000,—; J.E., Peine, 50,—; W.F., Heilbronn, 200,—; W. u. E.A., Müden, 100,—. Insgesamt **3914,62 DM.**

Damit sind bisher für den 5. ordentlichen Parteitag der KPD 97221,10 DM an Spenden bei uns eingegangen.

II.) Für unsere verfolgte Genossen in der DDR ging eine Spende von J.V., Frankenthal über 100,— DM ein.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**


Stuttgart

„Gegen Arbeitslosigkeit, soziale Demontage, Ausländerfeindlichkeit und Rüstungswahnsinn"



Hannover



Kiel



Stuttgart



Stuttgart


Stuttgart

DGB-Sprecher schlugen scharfe Töne an

„Klammheimlich die Brieftaschen der Reichen gefüllt"

Die Töne, die auf den DGB-Kundgebungen vom vergangenen Wochenende von den offiziellen Rednern angeschlagen wurden, waren teilweise ungewöhnlich scharf und radikal.

In Kiel sagte Karl-Heinz Janzen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall:

„Die kleinen Leute verteidigen, was sie haben. Das wird als Anspruchs- und Besitzdenken verteufelt. Die Großverdiener sahnen ab. Das wird als Investitionsförderung und Leistungsanreiz verharmlost.

Man sollte auch mal auf die Sprache achten. Wenn Arbeitslose ihre rechtlichen Möglichkeiten nutzen — sie haben im Regelfall keine Alternative — dann wird das als Mißbrauch an der Versichertengemeinschaft angeprangert. Die Unternehmer treiben Subventionsschwindel. Das wird als Mitnehmereffekt abgetan.

Die Reichen können angeblich nichts mehr leisten, weil sie zuwenig verdienen. Die Armen wollen angeblich nichts mehr leisen, weil sie zuviel verdienen."

In Hannover sagte Lothar Zimmermann, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB:

„Massive Arbeitszeitverkürzung muß her. Runter mit der wöchentlichen Arbeitszeit! Runter mit dem Rentenalter, damit die jungen Menschen endlich in Arbeit kommen! Dazu wird ein erster Schritt die 35-Stunden-Woche sein."

In Stuttgart erklärte der baden-württembergische DGB-Landesvorsitzende Siegfried Pommerenke:

„Wir müssen dazu beitragen, daß der DGB Bestandteil der Friedensbewegung wird. Wir müssen die Kette der wahnsinnigen Vor- und Nachrüstung aufbrechen, von der wir wissen, daß sie uns alle in Richtung Abgrund zerrt. Schluß mit dem Wettrüsten in Ost und West! Weg mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979! Wir werden die Stationierung von Atomraketen weder in Baden-Württemberg noch anderswo zulassen!"

Ebenfalls in Stuttgart erklärte die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies:

„Wenn die Regierung mit Volldampf in die 50er Jahre zurückstartet, sollte sie sich bewußt sein, daß die 50er Jahre für die Arbeitnehmer Kampfjahre waren."

Eine Politik, „die die geistig-moralische Erneuerung predigt und klammheimlich die Brieftaschen der Reichen füllt", werde von den Arbeitern und Angestellten nicht hingenommen.

Der Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Steinkühler sagte:

Die Gewerkschaften als Interessenvertreter der abhängig Beschäftigten werden sich gegen jede Regierung wenden, die sich zur „Reparaturanstalt für ein System" mache, in welchem „Krisenbewältigung durch Stärkung der Profitbedingungen für Unternehmer, Rationalisierung auf Knochen der Arbeitnehmer, Entlassungen, Massenarbeitslosigkeit und Gefügigmachen der Gewerkschaften" betrieben würde.

Steinkühler erinnerte auch an die Stuttgarter DGB-Demonstration vom 7. November 1981 gegen die Sparpolitik der SPD/FDP-Koalition, die teilweise auf heftige Kritik „aus den eigenen Reihen" gestoßen sei und sagte dann in diesem Zusammenhang: Der gewerkschaftliche Widerstand werde heute weitergeführt, auch wenn er jetzt die „auf sehr anrüchige Weise an die Regierung gelangte Kohl-Genscher-Koalition" treffe.

Parolen auf den DGB-Demonstrationen

Daimler-Kollegen — Ausländer und Deutsche — fordern: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Hände weg vom Weihnachtsgeld, sonst gibt's Krach auf dieser Welt

Arbeiter, Schüler und Studenten — gemeinsam für Löhne, BAFöG und Renten

Wir haben uns genug geschunden — wir brauchen jetzt 35 Wochenstunden

Heraus zu den DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Lohnstopp-Pläne!

Bremen

4. November. Abmarsch: 16.30 Uhr, Bürgerweide, 17.00 Uhr Teerhof (für Teilnehmer, die mit Bussen und PKW kommen). Schlußkundgebung: 18.00 Uhr, Domshof.

Hamburg/Schleswig-Holstein

Hamburg, 6. November: Abmarsch: 10.00 Uhr, Adolf-Schönfelder-Straße und Moorweide. Kundgebung: 12.30 Uhr, Karl-Legien-Platz.

Saarland

Saarbrücken, 6. November: Abmarsch: 10.00 Uhr, Kongreßhalle, Saarbrücken. Kundgebung: 11.00 Uhr, St.-Johanna-Markt.

Westberlin

15. November. Nähere Einzelheiten im nächsten RM.

Der Faschismus fällt nicht vom Himmel Aktueller denn je: (III. Teil)

DER FALL KURT A. BECHER

Im letzten „Roten Morgen" haben wir unter anderem dargestellt, wie der heutige Getreidegroßhändler und damalige SS-Obersturmbannführer Kurt A. Becher gemeinsam mit Adolf Eichmann und dem zionistischen Funktionär Kastner die Vernichtung der ungarischen Juden betrieben hat.

Bechers blutiger Name ist in zahllosen ungarischen Familien unvergessen. Ein Einzelschicksal von vielen: Dr. Billitz

Das Kapitel Ungarn im Verbrecherleben des Kurt A. Becher ist noch nicht abgeschlossen. Wir müssen noch über das ungeheure Ausmaß sprechen, in dem Becher das Land Ungarn ausraubte. Das größte Beutestück, das Kurt A. Becher in Zusammenarbeit mit den Zionisten und Eichmann aus der Todesangst der reichen Juden Ungarns herauspreßte, war der Manfred-Weiß-Konzern. Mit 40000 Beschäftigten produzierte dieser Konzern von der Nadel bis zum Flugzeug hauptsächlich Rüstungsgüter. Deshalb waren die Nazis so erpicht darauf, gerade diesen Konzern voll in die Hand zu bekommen. Die Betriebe gehörten einem jüdischen Familienverband, der etwa 60 Menschen umfaßte. Becher stellte sie vor die Alternative: Deportation oder Unterschrift jedes einzelnen Eigentümers unter vier Verträge, durch die die SS zum Besitzer des Konzerns erklärt wurde.

Nach dieser Transaktion tauchten alle Manager des Konzern, sofern sie nicht bereits von der Gestapo verhaftet worden waren, unter. Einen aber zwingt Becher, als Geisel in Ungarn zu bleiben: Dr. Billitz. Er muß unter Bechers Aufsicht den Konzern weiterführen. Die Geschichte dieses Mannes, Dr. Billitz, soll hier erzählt werden, als ein Beispiel für die zahllosen verbrecherischen Einzeltaten, aus denen sich das Leben Kurt A. Bechers zusammensetzt:

Im Oktober 1944 rückt die Einschließung Budapests durch die Rote Armee in immer bedrohlichere Nähe.

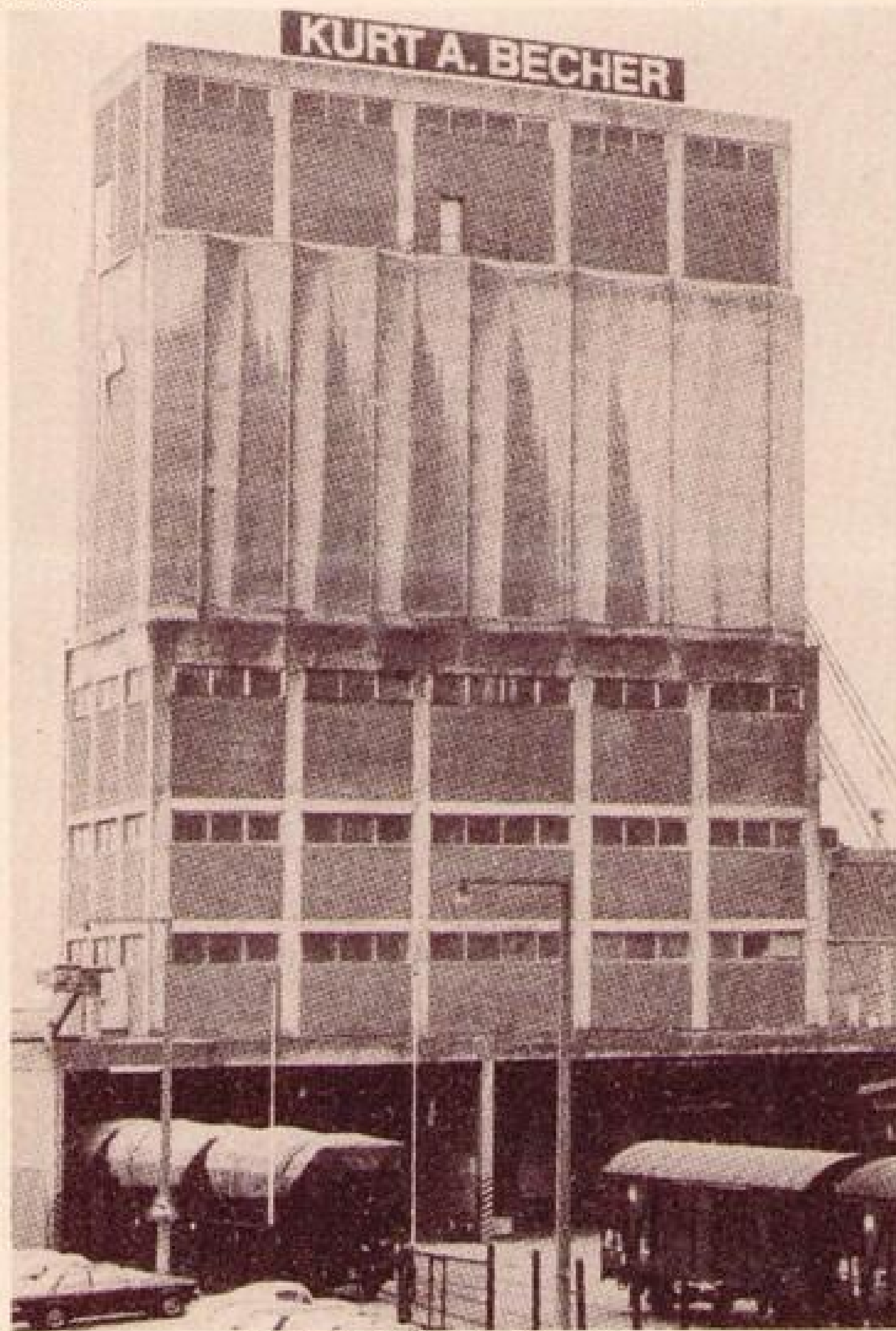
In dieser Situation wird Becher zum Leiter des deutschen Ausräumungskommandos ernannt mit dem Auftrag, alles, was nicht niet- und nagelfest und was für Deutschland kriegswichtig ist, aus Ungarn nach Österreich und Deutschland zu verschleppen.

Also gibt Becher Befehl, sämtliche Fabriken, Rohmaterialien und Warenbestände des Manfred-Weiß-Konzerns und dazu noch die Belegschaft von 40000 bis 45000 Mann aus Ungarn hinauszuschaffen nach Deutschland.

Zusammen mit der Belegschaft sabotiert Dr. Billitz diesen Befehl. Kurz vor dem endgültigen Einschluß Budapests setzt sich Becher nach Wien ab — aber nicht allein. Er zwingt Billitz unter Waffengewalt, mit ihm abzureisen. Der völlig gesunde Billitz stirbt am 12. Januar 45 auf mysteriöse Art im Kreise seiner SS-Bewacher, unter den Augen Bechers, an einer „Art Flecktyphus". Aber in ganz Wien gibt es keinen weiteren Fall von Flecktyphus. Dagegen gibt es zahlreiche Hinweise in Zeugenaussagen, die alle Emmenegger gesammelt hat, daß Billitz mit einem Bakterienserum vergiftet wurde. Mit Billitz verschwindet sein Aktenkoffer, mit wichtigen privaten Geschäftspapieren über seine Beteiligung an Fabriken in Südamerika und über ein beträchtliches Bankkonto in der Schweiz.

Nach Bechers Raubzug durch Ungarn: zigtausende Kinder sterben an Hunger

Lenken wir vom Einzelschicksal zurück auf das Schicksal des ganzen ungarischen Volkes, sofern Kurt A. Becher daran mitwirkte.



Becher-Betrieb in Bremen

Im Rahmen seines letzten Auftrags in Ungarn ging es nicht allein darum, den gesamten Manfred-Weiß-Konzern nach Deutschland zu verpflanzen, was nur z. T. glückte. Es ging tatsächlich darum, **ganz Ungarn** auszurauben. Und dies ist Becher im wesentlichen gelungen. Lange nach dem Krieg erst hatte die neue ungarische Regierung die nötigen Unterlagen und Zeugenaussagen parat, um zu beweisen, daß unter Bechers Räumungskommando vom Oktober 44 bis zum März 45 insgesamt 1167 Eisenbahnzüge mit 55000 voll beladenen Güterwagen, darunter 18800 Waggons mit Stahl und Maschinen, der Rest beladen mit Halbprodukten, Medikamenten und Lebensmitteln, dazu 63900 PKW, LKW und Motorräder, 1227 Lokomotiven, 3839 Eisenbahnpersonenwagen, 43741 Güterwagen und 370 Donauschleppkähne, auf 79 Kähnen 2900 Werkzeugmaschinen aus dem Manfred-Weiß-Konzern, aus Ungarn nach Deutschland weggeschleppt wurden. Dazu kamen noch 605000 Pferde, Rinder und Schweine"

Der Wert dieser Güter wird von der damaligen ungarischen Regierung mit 3 Milliarden Dollar beziffert.

Das Land ist wirtschaftlich ruiniert. Nur 10 Prozent aller ungarischen Fabriken können im ersten Friedensjahr die Produktion wieder aufnehmen. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Krankheiten, Seuchen und eine unwahrscheinlich hohe Kindersterblichkeit.

Doch wo landete dieser Reichtum Ungarns? In späteren Aussagen gibt Becher zu, daß er einen großen Teil der demontierten ungarischen Werke z. B. mit den Messerschmidt-Werken verschmolzen habe. Das meiste ging nach Bayern und Österreich.

Bechers Raubzug erstreckte sich aber nicht nur auf Fabriken usw., er erstreckte sich auch auf die ungarischen Devisenbestände und Goldvorräte und sogar auf die ungarischen Museen, die dadurch zahllose, kostbarste Gemälde, z. B. von Raffael, Rembrandt, Dürer und anderen verlor. Nach Bechers Raubzug blieben ratzekahle Wände zurück — und bis zum heutigen Tag hat Ungarn seine Kunstschätze nur zum kleinsten Teil zurückerhalten. Die Spuren verlieren sich im Salzkammergut.

Nach 3 Jahren Haft im Kriegsverbrechergefängnis in Nürnberg von den Amerikanern als „Mitläufer" eingestuft.

Bechers Karriere als Alt-Nazi ist 1945 zu Ende. Aber wie wir alle wissen, ist es ihm gelungen, zwar nicht auf der Stelle, aber doch alsbald, wie ein Phönix aus der Asche wieder aufzuerstehen. Die Frage ist, wie das möglich war!

Es gibt genügend Tatsachen, aus denen sich sehr interessante Hinweise über die entscheidenden Verbindungen entnehmen lassen, die bei dieser Wiederauferstehung eine Rolle spielen.

Doch bevor wir versuchen, eine Antwort zu entwickeln, muß der Wahrheit halber festgestellt werden, daß Kurt A. Becher verschiedentlich **moralisch** verurteilt worden ist. Diese moralischen Verurteilungen finden statt:

zu Beginn der Nürnberger Prozesse:

1946 gewinnt der erste Vernehmer Kurt A. Bechers, der amerikanische Hauptmann Richard Gutman aus den Verhören den Eindruck, daß es sich bei Becher um einen Kriegsverbrecher handelt.

1946 im April steht sein Name noch auf der Kriegsverbrecher-Liste der Alliierten „wanted by United States for murder", gesucht wegen Mordes, heißt es da.

1947 heißt es auf derselben Kriegsverbrecher-Liste darüber hinaus: „Kurt A. Becher, gesucht wegen Quälerei, begangen in Budapest und Mauthausen."

In der Schweiz:

1952 wird gegen Becher eine Einreisesperre verhängt, die bis zum heutigen Tag gültig ist.

In Israel:

1955 und 1958 wird im Grünewald-Prozeß in Jerusalem aufgedeckt, welche Rolle sowohl Kastner als auch Eichmann und Becher spielten. In beiden Urteilen dieses Prozesses wird Becher als Kriegsverbrecher bezeichnet, „nicht nur", wie die Richter übereinstimmend erklärten, „in der technischen Bedeutung des Wortes, sondern in seiner wirklichen und schrecklichen Bedeutung".

1961 wird Becher als Zeuge zum Eichmannprozeß geladen, aber er erscheint nicht, weil ihm der Generalstaatsanwalt Gideon Hauser **kein freies Geleit** zusichert.

Und schließlich **in Holland:**

Vermutlich in den 60er Jahren verweigert Holland dem inzwischen reich und mächtig gewordenen Getreidehändler Becher die Eröffnung einer Filiale seiner Firma auf holländischem Boden.

Moralische Verurteilungen also gibt es. Niemals aber wird Becher vor ein Gericht gestellt, niemals wird er juristisch verurteilt und endgültig hinter Gitter gesetzt. Warum nicht?

Der neue Wind aus Amerika

Von 1945 bis 1948 befindet sich Kurt A. Becher im Gewahrsam der amerikanischen Militärbehörde. Was die Amerikaner noch 1946 und 1947 von Becher halten, wissen wir: „wanted for murder". Dies ist aber nur die offizielle Haltung gegenüber Kurt A. Becher. Obwohl die ungarische Regierung in denselben Jahren 1946 und 1947 immer dringlichere Auslieferungsbegehren an die Amerikaner richtet, weil sich die schwerwiegendsten Beweise für Bechers Untaten in Ungarn häufen, behalten die Amerikaner Becher in ihrer Hand. Statt ihn zu verurteilen, statt ihn Ungarn auszuliefern, breitet Amerika immer mehr, geradezu schützende Hände über Becher aus.

Mitte 1947 erscheint Dr. Reszo oder Rudolf Kastner in Nürnberg, um Kurt A. Becher einen Persil-Schein auszustellen. Kastner hat ein starkes persönliches Motiv, dies zu tun. In seiner, Kastners ungarischen Heimatstadt, ist nicht nur schwerwiegender Verdacht gegen ihn aufgekommen, sondern die dorthin aus dem KZ zurückgekehrten Juden, die den Holocaust überlebten, haben ihn in Abwesenheit vor einem Volksgerichtshof als Kriegsverbrecher und Nazi-Kollaborateur verurteilt. Diese Tatsache wird auch in Palästina, seiner neuen Heimat, bekannt. Kastner kann seine enge Verbindung mit Becher nicht mehr leugnen, also bleibt ihm nur, den Spieß umzudrehen und Becher als den Mittelpunkt aller angeblichen Judenrettungsaktionen hinzustellen. Nur durch diesen Trick, glaubt er, wird es ihm gelingen, sich aus der Becher-Schlinge zu ziehen. Und tatsächlich: Der von Kastner für Becher entwickelte Persil-Schein, von dem für Kastner das eigene Überleben abhängt, diese „Judenretter"-Version über Becher kommt tatsächlich durch bei den Amerikanern.

Als Becher daraufhin in Nürnberg aus dem Angeklagtenflügel in den Zeugenflügel überwechselt, bricht unter den übrigen SS-Schergen in den Zellen des Nürnberger Gefängnisses ein großes Gebrüll aus: „Becher als Judenretter! Ausgerechnet Becher! Ausgerechnet der wird für die Amerikaner das weiße Schaf in der schwarzen SS."

Während den Spießgesellen Bechers in Nürnberg diese unglaubliche Geschichte noch so vorkommt, als wüßten die Amis nicht so ganz, was sie tun, sind Becher und Kastner für die Amerikaner tatsächlich schon Schachfiguren in ihrer neuen imperialistischen Weltpolitik. Kurz darauf, 1948, wird der zionistische Staat Israel gegründet. Er wird von Anfang an mit massiver Unterstützung der USA errichtet, die sich hier ein Sprungbrett in den Nahen Osten schafft. Kastner ist Zionist, wie man ihn sich besser nicht wünschen kann. Solche Männer kann das imperialistische Amerika dort unten gut gebrauchen. Und Becher in Deutschland?

Am 8. September 1949 teilt die Rechtsabteilung der amerikanischen Militärregierung der ungarischen Regierung offiziell mit, daß künftig keine Deutschen mehr nach Ungarn ausgeliefert werden könnten. Auch dieses Datum ist bemerkenswert, denn einen Tag später erlebt die Welt die Geburt der Bundesrepublik, dieses deutschen Teilstaates von Amerikas Gnaden, den die amerikanischen Imperialisten als Sprungbrett in Richtung Osten ausbauen wollen. Auch in diesem Staat kann man die Bechers wieder gut gebrauchen, und Kurt A. Becher ist eben nur als einer der ersten unter all den Kriegsverbrechern in den Genuß des neuen Windes aus Amerika gekommen. Auch die anderen, ob sie noch in Nürnberg einsitzen oder nicht, wird man sich als Fachleute für imperialistische Politik im neuen Deutschland, Westdeutschland, heranzuziehen wissen.

Darum läßt sich der Faschist Becher gerade in Bremen nieder

Becher macht diesem Vertrauen, das die USA in ihn setzen, alle Ehre. Nach seiner Haft in Nürnberg läßt er sich nicht etwa in seiner Heimatstadt Hamburg nieder — da sie im britischen Sektor liegt —, sondern in Bremen, das eine **amerikanische** Enklave im britischen Sektor ist. Hier — unter dem Schutz der Amis — kauft er sich in eine alteingesessene Firma ein und wuchert mit den alten Pfunden aus der Nazi-Zeit. Bald kann er einen Rechtsanwalt mit 100000 Mark pro Jahr bezahlen, der ihm alle alten Querelen aus dieser Zeit geschickt vom Halse hält. Die Bremer Kaufmannschaft akzeptiert ihn, wenn auch mit einem gewissen Widerwillen, der allerdings mehr auf seine Eheskandale in dieser Stadt als auf seine braune Vergangenheit zurückzuführen ist.

Becher unterhält Niederlassungen in aller Welt: in Hamburg, Frankfurt, München, Berlin, in Antwerpen, Paris, London, New York und Sao Paulo — wie gesagt, nur in Holland nicht.

An der New Yorker Weizenbörse ist er einer der größten deutschen Abnehmer für den amerikanischen Weizen.

In regen Handel kam er auch mit Israel, bis öffentliche Proteste den zionistischen Staat zwangen, die offiziellen Handelsbeziehungen mit Becher wieder einzustellen.

Ausgedehnt dagegen ist seit langem sein Handel mit Argentinien. Wen wundert es, wenn er gerade dort über ausgezeichnete Beziehungen verfügt.

All dies ist tatsächlich nicht verwunderlich, wenn man weiß, über welchen Weg der Vogel aus der Asche kam. All dies paßt ins Puzzle.

Einer der größten Ausbeuter des ungarischen Volkes von heute: Kurt A. Becher

Was nicht paßt, ist folgendes: Auch mit Ungarn und der Sowjetunion hat Becher über seine Firma Albert Johann Meyer umfangreiche Geschäfte gemacht. Als Ende der 50er Jahre die Russen und Ungarn erkannten, wer der Drahtzieher hinter der Firma Albert Johann Meyer ist, brachen sie die Beziehungen ab.

Aber Becher hörte nie auf sich damit zu brüsten, daß er gerade mit diesen Ländern — trotz des offiziellen Bruchs — weiterhin Handel treiben würde. Karla Müller-Tupath, die Autorin des neuesten Renners in Bremen, hat jahrelang als Sekretärin für Becher gearbeitet. Sie enthüllt in ihrem Buch, daß Bechers Prahlereien leider der Wahrheit entsprechen.

Er handelt — so schreibt sie — in den 60er Jahren „vor allem mit Ungarn, dem er über Albert Johann Meyer Honig und Paprika abkaufte. Verdeckt und diskret; denn im ungarischen Justizministerium lag noch der Haftbefehl auf Bechers Namen.

Aber die Zeit heilt Wunden... Inzwischen ist Becher Teilhaber des ungarischen Monopolunternehmens, das weitgehend den Agrarhandel mit der Bundesrepublik bestimmt: **Monimpex** Bremen GmbH. An allem, was das Land an Gutem und Leckerem zu bieten hat, ist Becher am Verkaufserlös beteiligt. Aber diese Tatsache wird in Ungarn auch nicht publik gemacht; das weiß außer wenigen Eingeweihten niemand", soweit Karla Müller-Tupath.

Dies ist genau der heimliche Grund, weshalb gewisse Antifaschisten in ihrem Bemühen gegen den **Alt**Nazi Becher so halbherzig bleiben, weshalb sie an den ganzen Becher nicht so recht heran wollen. Becher ist eben voll und ganz einer mit ungebrochener Karriere. Er tanzt auf allen kapitalistischen und imperialistischen Hochzeiten, die sich ihm bieten. So einer findet seine Beziehungen heutzutage eben auch unter den neuen Herren Ungarns. Und eben diese Tatsachen sprechen nicht für das sogenannte System des „realen Sozialismus".

Disziplinierung der Opposition in Polen

Militärjunta will Arbeitsdienst einführen

Die polnischen Militärs verstärken ihre Bemühungen, den anhaltenden Widerstand gegen ihr Regime zu brechen und die illegale Gewerkschaft Solidarność zu vernichten. Nach der Verabschiedung des neuen Gewerkschaftsgesetzes vor wenigen Wochen,gehen die Militärs jetzt an die Einrichtung eines Arbeitsdienstes nach faschistischem Muster.

Künftig müssen sich alle Männer zwischen 18 und 45 Jahren registrieren lassen, wenn sie länger als drei Monate arbeitslos sind. In sogenannten Not- und Katastrophenfällen können diese Personen bis zu 60 Tagen hintereinander zu öffentlichen Arbeiten herangezogen werden. Wer einer solchen zwangsweisen Arbeitszuteilung nicht nachkommt, muß mit einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren rechnen. Und der Verstoß gegen die Registrierungspflicht kostet immerhin noch drei Monate Gefängnis.

General Jaruzelski hat diese neue Zwangsmaßnahme mit einer Fülle bombastischer Worte begründet. Sie soll eine Kampagne gegen „Parasiten und Millionäre" einleiten. „Dem auf Kosten anderer Lebenden, dem Spekulanten und dem Profitmacher muß das Leben in Polen schwergemacht werden." Nun sind aber auch im Lande Jaruzelskis die Millionäre und Profitmacher gemeinhin nicht arbeitslos. Weder diejenigen, die als hohe Partei-, Staats-, oder Wirtschaftsfunktionäre Reichtümer an sich raffen, noch die Eigentümer von Privatbetrieben werden also unter das neue Arbeitsdienst-Gesetz fallen. Und nicht einmal gegen „Arbeitsscheue" ist es gerichtet.

Was mit diesem Gesetz tatsächlich bezweckt wird, kann man sich leicht ausrechnen, wenn man weiß, daß Tausende von Solidarność-Aktivisten nach der Verhängung des Kriegsrechts entlassen und in keinem Betrieb mehr eingestellt wurden. Diese Arbeiter können also künftig dienstverpflichtet werden. In „Notfällen" — beispielsweise bei einer erneuten Zuspitzung der Klassenkämpfe — ist es den Militärs dann möglich, solche Kollegen zur Zwangsarbeit in irgendwelche entlegenen Gebiete abzukommandieren.

Dieses neue Gesetz zeigt deutlich, daß sich das Regime Instrumente schaffen will, um auch nach einer möglichen Aufhebung des Kriegsrechts weiter die elementarsten Rechte der Arbeiter außer Kraft setzen zu können. Ähnliches gilt auch für das neue Gewerkschaftsgesetz, in dem die von der Solidarność erkämpften Rechte keinen Platz mehr haben.

Letzte Woche veröffentlichte die polnische Presse zum ersten Mal ein Musterstatut für die neuen vom Regime kontrollierten Gewerkschaften. Daraus wird ersichtlich, daß die Militärs in übler Form versuchen, die Notlage der polnischen Werktätigen für ihre reaktionäre Gewerkschaftspolitik auszunutzen. Denn die neuen Regime-Gewerkschaften sollen unter anderem Urlaubs- und Kindergartenplätze verteilen, Wohnungen zuweisen oder Kredite vergeben — natürlich nur an Mitglieder. Unter solchen Bedingungen wird sich der von Solidarność proklamierte Boykott der neuen Gewerkschaften wohl kaum durchhalten lassen.



Arbeiterproteste in Polen.

Strom, Heizöl und Benzin werden rationiert

Kalte Zeiten in Jugoslawien

Einem schlimmen Winter sehen die Werktätigen in Jugoslawien entgegen: Durch die von der Bundesregierung in Belgrad verfügten drastischen Einschränkungen bei der Energieversorgung wird in vielen jugoslawischen Häusern buchstäblich der Ofen ausgehen.

Maßnahmen, wie die Reduzierung der öffentlichen Straßenbeleuchtung auf die Hälfte, das Verbot von Sportveranstaltungen unter Flutlicht oder die Einschränkung des abendlichen Fernsehprogramms wären noch zu ertragen. Aber schon jetzt gibt es laufend Stromabschaltungen, die selbst in der Hauptstadt ganze Stadtviertel bis zu sechs Stunden lang von der Versorgung mit Elektrizität abschneiden. Wer da mit Strom heizt, ist schlecht dran. Aber den Familien mit Ölheizung wird es nicht besser gehen. Denn Heizöl wird in diesem Winter überhaupt nicht eingeführt. Und die Belgrader Regierung erklärte zu diesem Beschluß nur zynisch, die Menschen müßten sich eben nach anderen Heizquellen umsehen.

Auch Benzin ist jetzt rationiert worden. Pro Auto sollen monatlich nur noch 40 Liter abgegeben werden. Wobei in einigen Regionen selbst diese Menge noch unterschritten wird. In Kosova beispielsweise dürfen nur Funktionäre die 40 Liter tanken; in Kroatien gibt es für „normale" Autofahrer nur 12,5 Liter. Von diesen Maßnahmen sind nicht nur private Autofahrer betroffen, auch für die Landwirtschaft gelten Kürzungen bei der Zuteilung von Brennstoffen. Und Auswirkungen zeigen sich inzwischen auch in der Industrie: Wegen mangelnder Energieversorgung mußten beispielsweise im Stahlwerk Skopje drei von fünf Hochöfen gelöscht werden.

Den Hintergrund für all diese Maßnahmen bildet die für viele Länder Osteuropas typische Ausprägung der kapitalistischen Krise. Wie Polen oder Rumänien ist auch Jugoslawien bis an die Grenzen des Staatsbankrotts verschuldet. Mit 20 Milliarden Dollar stehen die Titoisten im — zumeist westlichen — Ausland in der Kreide. Damit hat Jugoslawien eine Pro-Kopf-Verschuldung, die sogar noch höher liegt als in Polen. Bislang hat Belgrad die Zinsen pünktlich gezahlt. Aber die Geldgeber im Westen sind natürlich nicht blind für die katastrophale wirtschaftliche Lage in Jugoslawien. Deswegen nehmen auch ihre Versuche zu, die Belgrader Regierung unter Druck zu setzen und sie zu rigorosen Sparmaßnahmen zu zwingen.

Nach den oben beschriebenen Maßnahmen auf dem Energiesektor schrieb denn auch das „Handelsblatt": Es „sollte in besonderer Weise hervorgehoben werden, daß die jugoslawische Bundesregierung mit größter Entschlossenheit und wie man sieht, auch mit entsprechender Härte dafür eintritt, weiterhin glaubwürdig zu bleiben." Durch die jetzt verfügten Rationierungen können die Öleinfuhren drastisch gesenkt und dadurch Devisen eingespart werden, die dann für die weitere pünktliche Tilgung der Schulden bei den westlichen Großbanken verwendet werden können. So haben die Titoisten dort ihre „Glaubwürdigkeit" zurückgewonnen; und ein 500-Millionen-Dollar-Kredit, den man ihnen noch vor wenigen Monaten verweigerte, wird nun nach den von der Belgrader Regierung beschlossenen Maßnahmen — wohl bald freigegeben werden.

Für die jugoslawischen Werktätigen stehen aber nicht nur wegen der Einschränkungen der Energieversorgung harte Zeiten bevor. Fieberhaft sucht das Regime auch nach anderen Möglichkeiten, um die immer größer werdenden Folgelasten der kapitalistischen Krise auf die arbeitenden Menschen abzuladen. So beklagte Innenminister Stane Dolanc kürzlich die mangelnde Produktivität in den Betrieben. Das ist nichts neues; nicht nur die jugoslawischen Führer erklären die Ursachen der Krise gerne mit der Faulheit der Arbeiter. Dolanc fügte aber jetzt hinzu, daß die Haltung derjenigen, die nicht genug arbeiten würden, „objektiv auf Konterrevolution hinausläuft". Das ist eine massive Drohung gegen die Arbeiter, wie man sie in dieser Form nur aus Polen kennt.

Und auch der Hebel zur Bestrafung der „objektiv konterrevolutionären" Arbeiter ist offenbar schon gefunden. Künftig soll nämlich das „Gesetz über die Vereinigte Arbeit" — früher als eine der großen Errungenschaften des sogenannten Selbstverwaltungs-Sozialismus gefeiert — wieder streng angewandt werden. Dieses Gesetz sieht vor, daß die Löhne der Arbeiter in einem Betrieb in dem Maße erhöht werden, wie das Einkommen des Betriebs selbst wächst. Weil aber die meisten jugoslawischen Betriebe längst keine Gewinne mehr ausweisen, würde die rigorose Anwendung dieses Gesetzes — bei galoppierender Inflation — auf einen Lohnabbau hinauslaufen.

Aber dieser Angriff zielt natürlich nur gegen die Arbeiterklasse, nicht gegen das Heer der Bürokraten, Funktionäre und Manager. Für die gelten andere Gesetze. So haben sich beispielsweise vor wenigen Wochen die Parteifunktionäre in Gouji Milanovac ihre Gehälter gleich um ein Drittel heraufgesetzt. Ihre für jugoslawische Verhältnisse durchaus logische Begründung: Die Wirtschaftsdirektoren in der Region würden wesentlich mehr verdienen als die Parteifunktionäre. Und da wäre es doch nur gerecht, mit einer saftigen Gehaltserhöhung nachzuziehen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





Nur durch anhaltenden Druck der israelischen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit konnte der Begin-Regierung die Zusage abgezwungen werden, eine Kommission zur Untersuchung der Massaker in den beiden palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila einzurichten. Vor dieser Kommission hat jetzt Kriegsminister Sharon ausgesagt. Er gab zu, daß die faschistischen Mörder auf direkte Anweisung der Israelis in die Lager eingedrungen waren. Es gab sogar einen Beschluß der Begin-Regierung vom 15. Juni, der den Terrorbanden die „Säuberung" der beiden Lager übertrug. Von den Massakern allerdings will Sharon nichts gewußt haben. Aber das ist eine Lüge, die längst entlarvt wurde: Drei Tage lang haben die Mordbanden in den Lagern gemordet, und bereits am ersten Tag waren die israelische Besatzerarmee und ihre Kommandeure genau im Bild darüber, was in Shatila und Sabra geschah.

Zum Gedenken der Opfer von Schatila und Sabra Bruno Eck:

Sieg Heil, Menachim Begin!

Sieg Heil, Menachim Begin!
Menachim Begin, Shalom
in Schatila und Sabra
läuft keiner vor dir mehr davon

Die Erde war nicht ihr Eigen
Eigen war nur ihr Leben und Blut
Auf der endlos langen Reise
zum verruchten West-Beirut.

Verfolgt, beraubt, geschunden
schweigt still, wenn die Erde weint!
Die, die keine Heimat fanden
liegen jetzt für immer vereint.

Sieg Heil, Menachim Begin
Mörder Menachim, Shalom!
Paläste, die triefen vom Blute,
Knesset und Pentagon.

In Sabra und Schatila ist es nun still
dort singen die Mütter ein Lied
das ist ganz leis,
so furchtbar leise,
das ist ein Blumen und Wiegenlied.

Die Wiegen gefüllt mit schwarzem Blut
Kinderaugen und Blüten zerbrochen.
Die Erschlag'nen singen dem Schlächter ein Lied
den ew'gen Fluch hineingesprochen.

Schatila und Sabra!
Flammenschrift an den Wänden!
Geschrieben mit dem Blut der Erschlag'nen
mit zerbroch'nen Kinderhänden.

Die Toten, die sind längst nicht tot!
Die fangen erst an zu leben,
wortlos die Schande und der Fluch,
daß die Steine davor erbeben.

Hure für das Pentagon!
Die ihre Lust in der Hölle sucht!
Der Tod ist für euch zu schade!
in alle Ewigkeiten verflucht!

Shalom heißt Raketen und Bomben!
Shalom, das zerstörte Beirut,
das Blut von Schatila und Sabra
das fordert euer Blut.

Sieg Heil, Menachim Begin,
Hure Menachim, Shalom!
Für dich und deine Schlächter
in Knesset und Pentagon.

(Aus: „Roter Rebell", Nr. 10)

In Krankenhäusern und Werkskantinen:

1a Eselskoteletts und Känguruhsteaks*

*** mit Salmonellen**

MAINZ. — Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Mainz ist ein Riesenskandal aufgedeckt worden. Betrügerische Fleischhändler, Veterinärärzte und Importfirmen haben seit Anfang 1980 große Mengen, zum Teil befallenes Esel-, Känguruh-, Antilopen-, Pferde- und Blauschaffleisch in großen Mengen als Wild-, Rind- und Schweinefleisch verkauft.

So wurden z. B. aus Schlachthöfen in Brasilien, Marokko, Uruguay, Kanada und den USA rund eine Million Kilogramm Esel-, Maulesel- und Pferdefleisch in die Bundesrepublik eingeführt. Bekannt ist, daß mindestens zwei beamtete Veterinärärzte aus dem Saarland solchen Lieferungen Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausstellten, und die Ware anschließend nach einigen Umwegen als Rind- und Schweinefleisch Großverbrauchern angeboten wurde.

Sechs Tonnen „Bullenfleisch ohne Knochen", das die Volkswagenwerke in Wolfsburg kauften und in den Kantinen verarbeiteten, stammten, wie jetzt nachzuweisen war, von Eseln.

250000 Tonnen Känguruhfleisch, das in Australien nur zu Hundefutter verarbeitet wird, kam durch die wunderbaren Wandlungen der Betrüger als Rind- und Schweinefleisch — manchmal sogar als Wild- — und Wildedelfleisch auf die Teller.

Eine Hamburger Importfirma machte sogar doppelten Reibach. Sie kaufte 140000 Kilogramm Fleisch von chinesischen Blauschafen und Antilopen. Dazu noch 180000 Kilo Känguruhfleisch. Da sie ihre Lieferungen noch gegen Salmonellenbefall versichert hatte, und das Fleisch prompt verdorben war, kassierte sie zunächst mal hohe Prämien. Trotzdem tauchte das vergammelte Fleisch mit Papieren später im Handel als Rind- und Schweinefleisch auf.

Gegen 15 Gangster wird ermittelt. Gegen acht ist Haftbefehl erlassen worden, erst sechs sitzen hinter Gittern. Es muß wirklich ein gutes Geschäft sein, der Handel mit den exotischen Fleischwaren, mindestens sechs Millionen Mark sollen dabei nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Mainz 'rum gekommen sein.



Daß sich die Händler dabei eine goldene Nase verdienten, zeigt auch das Beispiel eines Verhafteten, der sofort seinem Gefängniswärter 100000 Mark in bar für eine Fluchtchance geboten hat.

Wenn's in der Kantine mal wieder „zum Kotzen" schmeckt, vielleicht liegts am importierten „Wildedelfleisch"...

Aus fernen Landen — frisch auf den Mittagstisch!

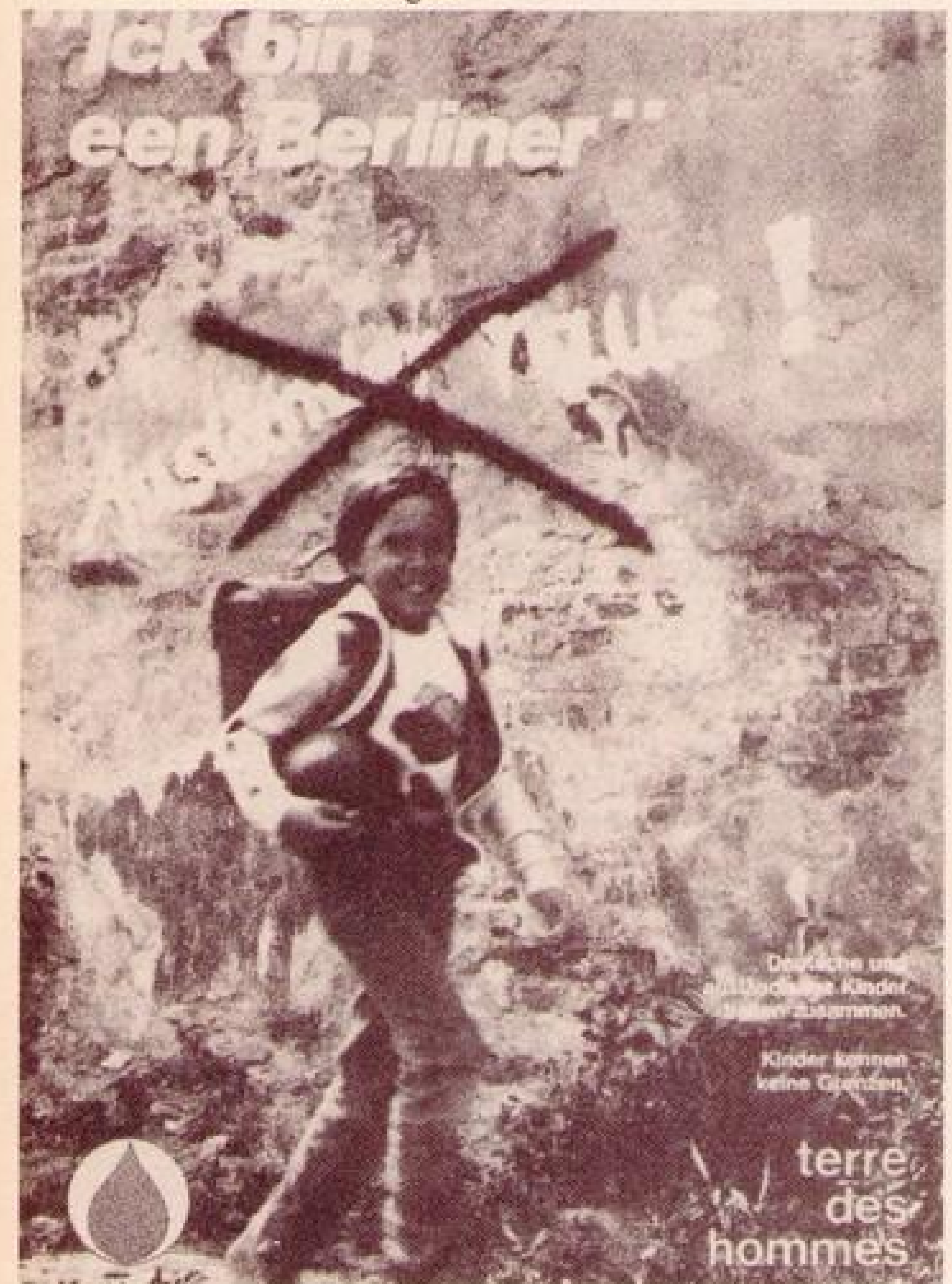
Die Post bleibt sauber

Hans Matthöfer ist SPD. Hans Matthöfer war mal Minister, zuletzt für die Post, bis er und seine Mannschaft von den ganz Schwarzen aus ihren Sesseln geschubst wurden. Als wohlerzogener Mann ging er nicht ohne sicherzustellen, daß seine Amtsräume auch nach dem Geschmack seines Nachfolgers einen ansehnlichen Eindruck machen. Und dieser wird es ihm sicher danken, daß er eine Verunstaltung der Postämter durch — man denke! — geradezu *ausländerfreundliche* Parolen zu verhindern wußte.

Ist schon ein starkes Stück, diese Geschichte: Da kam doch das internationale Kinderhilfswerk Terre des hommes auf die Idee, ihn um dan kostenlosen Aushang von Plakaten zu bitten, auf denen sich gerade solche Parolen fanden! Dies zeigten nämlich ein türkisches (!!) Kind (!), das lachend (haben *wir* heutzutage etwa noch was zum Lachen?!) vor einer anständigen deutschen Mauer im anständigen deutschen Berlin einhergeht; der auf der Mauer befindliche Schriftzug „Ausländer raus" ist rot (!!!) durchgestrichen und durch ein aus dem Zusammenhang gerissenes und zudem mundartlich verfälscht wiedergegebenes Zitat eines verstorbenen amerikanischen Präsidenten ersetzt, das offenbar diesem Kind als Gedanke untergeschoben werden soll. Hat man es überhaupt gefragt? Denkt es etwa wirklich so? Wer ist denn dieses Kind, Name, Anschrift, wann geboren und warum — müßte doch irgendwo gespeichert sein...; auf die Spitze getrieben wird das ganze noch durch den äußerst tendenziösen Text „Deutsche und ausländische Kinder halten zusammen — Kinder kennen keine Grenzen" (hier soll wohl auch noch die Unwissenheit der Kinder mißbraucht werden!). Wenn das der neue Chef Schwarzer Schilling gesehen hätte! Und der Ärger mit dem Wiederabmachenlassen!

Aber nix da. Mit Hans läuft das gar nicht erst. Der hat sich gleich hingesetzt und seiner Sekretärin einen Brief diktiert, in dem drinsteht, warum das aber schon gar nicht geht: Der Aushang zeigt „eindeutig politische Tendenzen", die Post aber ist „zur strikten politischen Neutralität verpflichtet"; „die Deutsche Bundespost darf sich *nicht einmal dem Verdacht* aussetzen, als identifiziere sie sich mit den Aussagen in solchen Plakaten." Ist doch auch wahr: Nachher schreiben all die Ausländerfeinde keine Briefe mehr und bestellen ihr Telefon ab. Dann müssen die Gebühren erhöht werden. Und wer muß die Kosten tragen? Wir und ihr! Ich und du! Und willst *du* das? Na? Na also!

Schönen Dank also, Hans. Eigentlich schade, daß du jetzt so gar kein Minister mehr bist. Aber vielleicht haben die Neuen doch noch irgendwo einen Platz für dich, vielleicht haben sie in all der Bonner Hektik deine Verdienste bloß vergessen. Vielleicht muß man sie ihnen nur in Erinnerung rufen. Wie wärs? Ruf doch mal an...



Ein Irrtum, leider...

Linksputsch in Spanien? Die KP Spaniens (ML) vor der Machtübernahme? — Davon kann, wie man weiß, leider noch keine Rede sein. Eine Madrider Polizeieinheit aber hielt vor etwa drei Wochen die Zeit der Revolution für gekommen. Denn plötzlich ertönten aus dem Radio revolutionäre Lieder, wurden wichtige Punkte des Programms der spanischen Kommunisten über den Äther verbreitet.

Da Spaniens Polizisten gelernt haben, schnell zu handeln, da sie überdies ständig in der Erwartung kommunistischer Umstürze leben,(denn wer putscht schon in Spanien? Na eben!), verloren sie keine Zeit. Für sie stand fest: Der Sender war besetzt. Das Signal zum Aufstand sollte gegeben werden. Also nichts wie hin und drauf auf die Besetzer!

Die Ankunft der Polizei löste wiederum bei den Programm-Machern erhebliche Verwirrung aus. Aber schließlich konnte das Geschehen aufgeklärt werden: Es handelte sich nicht um die Ausrufung der Revolution, sondern um eine legale Wahlsendung der KPS(ML). Daß so etwas erlaubt sein könnte, liegt offenbar außerhalb der Vorstellungskraft der Polizei, was einen angesichts der bekannten politischen Verhältnisse in Spanien kaum verwundern kann.

Möge der Tag nicht weit sein, an dem die Sorge der spanischen Polizei und ihrer Auftraggeber ihre Rechtfertigung erfährt!

Mutter von tausend Toten

Maggie Thatcher, Großbritanniens „eiserne Lady" (die Englands Stahlarbeiter schon länger mal einschmelzen wollten), hat einen neuen Beinamen erhalten: „Mutter von tausend Toten". Sie soll darüber nicht sehr begeistert sein.

Einer ihrer Verehrer und Kavaliere (von denen eine solche Frau natürlich viele hat), der konservative Unterhausabgeordnete Tim Eggar, wollte denn auch diese Schmach nicht auf seiner Lady sitzen lassen. Er wandte sich empört an den Generalstaatsanwalt, und der soll nun die Strafverfolgung derjenigen aufnehmen, die sich diesen Namen ausgedacht haben.

Es ist die Pop-Gruppe „Crass", und die Behörden werden sich beeilen müssen, wenn der umstrittene Name nicht überall die Runde machen soll. Denn er ertönt auf Schallplatten, von denen kurz nach der Pressung bereits mehr als 20000 Stück verkauft waren, in einem Lied, das sich gegen den britischen Falkland-Feldzug wendet.

„Obszön" nennt Tim Eggar dies Lied mit dem Titel „Wie fühlt man sich als Mutter von tausend Toten?". Es heißt darin: Du wolltest niemals Frieden oder eine Lösung, von Anfang an lechztest du nach Krieg und Zerstörung (...) Eiserne Lady, dein Herz ist aus Stein (...) es war deine Entscheidung, daß diese Jungen geschlachtet wurden."

„Obszön"? Ist dies gar „die teuflischste, unflätigste und obszönste Platte aller Zeiten"? Tim Eggar behauptet es. Andy Palmer von Crass ist anderer Meinung. „Es war eine bewußte Attacke gegen die Regierung. Wir kritisieren die Mentalität, die junge Männer in den Krieg einfach schicken kann. **Die Mentalität des Krieges ist viel obszöner, als wir jemals sein können."**

Recht hat er. Es wäre an der Zeit, daß sich die britischen Stahlarbeiter diese blutige Lady mal wirklich vornehmen würden...



Die „Mutter von tausend Toten" mit ihrem Kriegsminister Nott

Tüchtig und geschäftstüchtig

Die folgende,interessante Meldung entnahmen wir dem Magazin „konkret":

Wie fast alle prominenten Fernsehköpfe verdient sich auch Claus Hinrich Casdorff gern mal was nebenbei. Der Moderator und stellvertretende Chefredakteur des WDR-Fernsehens verdingt sich zum Beispiel bei den Öl-Multis. So hielt er im Herbst 1980 vor leitenden Angestellten der Deutschen Shell einen Vortrag über Wirtschaft und Fernsehen, und jüngst leitete er ein Schulungsseminar der BP. Dabei hat er vor allem, wie die Konzern-Zeitung „BP dabei" mitteilt, „Tips aus seiner journalistischen Trickkiste" gegeben, schließlich ging es um „Verhaltensstrategien" in der Öffentlichkeitsarbeit. Wenn Casdorffs WDR-Kollegen bei der nächsten Ölpreis-Recherche nicht weiterkommen, kann das also an der Trickkiste ihres stellvertretenden Chefredakteurs liegen. „Herr Casdorff", sagt Shell-Sprecher Hanky, „ist ein sehr tüchtiger und auch geschäftstüchtiger Mann."

Tips

Samstag, 6. November
19.30 Uhr, ZDF
Die Pawlaks. In der 7. Folge von Wolfgang Staudtes Familienserie aus der Geschichte des Ruhrgebiets geht es unter anderem um einen gescheiterten Streik und ein Zechenunglück.

***

Sonntag, 7. November,
20.15 Uhr, ARD
Europa unterm Hakenkreuz. 4. Teil: Nürnberg. In der fränkischen Stadt veranstalteten die Nazis ihre pompösen „Reichsparteitage"; nach dem Sieg über den Faschismus trat hier das Gericht der Anti-Hitler-Koalition zusammen.

***

Montag, 8. November,
20.15 Uhr, WDR III
Der Zyklop. Schauspiel von Roberto Ciulli nach dem Stück von Euripides, das einen Stoff aus der griechischen Mythologie behandelt: Der einäugige Riese Polyphem wird vom Kriegsheimkehrer Odysseus überlistet und geblendet. Aufführung des Theaters an der Ruhr, Mühlheim.

***

Montag, 8. November,
23.00 Uhr, ARD
Nimm die 10000 Francs und verschwinde. Mahmoud Zemmouri behandelt in seinem Spielfilm das Schicksal einer Gastarbeiterfamilie, die in ihre algerische Heimat zurückkehren muß, nachdem der Vater seinen Arbeitsplatz in Paris verloren hat.

***

Dienstag, 9. November,
21.20 Uhr, ZDF
Holocaust: Die Tat und die Täter. Lea Rosh geht in ihrem Film der Frage nach, warum nur ein winziger Teil der NS-Verbrecher von der BRD-Justiz zur Rechenschaft gezogen wurde.

***

Dienstag, 9. November,
22.05 Uhr, ZDF
Ohne Betäubung. 1978 hat der polnische Regisseur Andrzey Wajda („Der Mann aus Eisen") diesen Film über einen Journalisten gedreht, der in eine Konfrontation mit dem Regime gerät.

***

Donnerstag, 11. November,
20.15 Uhr, WDR III
P.S. DDR-Regisseur Roland Gräf erzählt in seinem Film, der ihm viel Ärger mit der Kulturbürokratie eintrug, die Geschichte eines Jugendlichen, der im Heim aufgewachsen ist und auch weiter am Rande der Gesellschaft bleibt.

***

Donnerstag, 11. November,
23.00 Uhr, ARD
Die Eroberung der Zitadelle. Spielfilm von Bernhard Wicki nach der gleichnamigen Erzählung von Günter Herburger.

***

Freitag, 12. November,
22.45 Uhr, WDR III
Ortserkundung. „Linkskurve"-Mitarbeiter Jörg Aufenanger und Anne Linsel stellen den „Turm" vor, eine Künstlergruppe, die sich unmittelbar nach dem Krieg in Wuppertal zusammengefunden hatte.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 44, 5 Kasım 1982 | Yıl: 16 | 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

Stuttgart'ta 150000 işçi yürüdü. **1945 yılından bu yana ilk olarak Baden-Württemberg Eyaleti'nin Stuttgart şehrinde geçen hafta sonunda en büyük kitlesel işçi yürüyüşü yaşandı. DGB Baden-Württemberg Eyalet örgütü bir yıl önce de sosyal-liberal koalisyon hükümetinin sosyal hakları kısıtlama politikasına karşı bir yürüyüşe çağrı yapmıştı. Geçen yıl düzenlenen bu yürüyüş çağrısına 70 bin kadın ve erkek işçi uydu. Bu yıl Kohl Hükümeti'nin sosyal hakları tamamen kısıtlama, çılgınca silahlanma, yabancı düşmanlığı rotasına ve işsizliğe karşı DGB'nin Stuttgart'ta düzenlediği yürüyüşe ise 150 bini aşkın yerli ve yabancı işçi katıldı.**

Stuttgart'ta, Hannover'de ve Kiel'de

Yüz binlerce işçi sosyal hakların kısıtlanmasına karşı yürüdü

Geçen hafta sonunda işsizliğe, sosyal hakların kısıtlanmasına, çılgınca silahlanmaya ve yabancı düşmanlığına karşı düzenlenen sendikal protesto gösterilerinde gene büyük bir başarı kaydedildi. Sadece Stuttgart'ta 150 bin kadın ve erkek, yerli ve yabancı işçi arkadaş alanları doldurdu. Hannover'de aynı içerikle düzenlenen DGB yürüyüşüne ise 50 bine yakın işçi katıldı. Böylece son iki hafta içinde yapılan yürüyüşlerin toplam sayısı 450 bini buluyor.

Geçen hafta sonunda 1945 yılından bu yana Stuttgart'ta en büyük yürüyüş yapıldı. DGB Baden-Württemberg Eyalet örgütünün *"İşsizliğe, sosyal hakların kısıtlanmasına, yabancı düşmanlığına ve çılgınca silahlanmaya karşı"* şiarı altında düzenlediği bu yürüyüşe katılmak için sabahın erken saatlerinde işçiler şehire akın ettiler. Üç koldan harekete geçen 150 bin işçi ve emekçi büyük mitingin yapıldığı Schlossplatz'a doğru ilerledi.

Ayrıca aynı gün Hannover'de de aynı içerikle düzenlenen DGB yürüyüşüne 50 bine yakın bir kitle katıldı. Bu da Hannover'de savaştan sonra düzenlenen en büyük kitle gösterisiydi. Bu yürüyüş ise "İş bulunmalı, sosyal hakların kısıtlanması önlenmeli" şiarı altında düzenlenmişti.

Öte yandan Kiel'de ise 6 Kasım'da Hamburg'ta yapılacak DGB Nordmark Bölgesi mitingine bir hazırlık eylemi olarak düzenlenen yürüyüşe yaklaşık 3 bin sendikacı katıldı.

Böylece Kohl-Strauss-Genscher hükümetinin sosyal hakları tamamen kısıtlama politikasına karşı son iki hafta içinde düzenlenen yürüyüşlerin toplam sayısı 450 bini bulmaktadır. 1945 yılında girişilen sınıf çatışmalarından bu yana bu çapta sendikal alanda siyasi protesto eylemleri düzenlenmemişti. Ayrıca şimdiye değin yapılan yürüyüşler henüz bir başlangıçtı. Daha Hamburg, Saarbrücken, Bremen ve Batı Berlin'de yapılacak yürüyüşler ise henüz önümüzde durmaktadır. Bu yürüyüşlere katılacak işçi ve emekçi yığınlarının sayısını da tahminen hesaplayacak olursak, böylece siyasi içeriklli düzenlenen eylemlere toplam olarak yarım milyonu aşkın bir katılım olmaktadır.

Geçen hafta sonunda düzenlenen yürüyüşlerde de işçi ve emekçi arkadaşlar sermayenin ve onun hükümetinin bunalımın faturasını işçi sınıfının ve emekçi halkın üzerine yıkma rotasını kabul etmediklerini dile getiren mücadeleci pankartlar ve flamalar taşıdılar. Örneğin bunalımın faturasını zenginler ödemelidir diye yazılı pankartlara sık sık rastlanabiliyordu. İşyerlerinin yok edilmesine ve gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı kararlı direniş talepleri ileri sürülüyordu. Ve ayrıca sosyal hakların çılgınca silahlanmanın lehine kısıtlandığı da belirtiliyordu. Bunların yanı sıra taşınan bir çok pankartın ve flamanın üzerinde ise yabancı düşmanlığını yeren, sermayenin ve siyasi gericiliğin saldırılarına karşı yerli ve yabancı işçilerin birlikte mücadele sürdürmesi gerektiğini talep eden sloganlara rastlanabiliyordu.

DGB mitinglerinde resmi konuşmacılar kısmen sert, hatta alabildiğince aşırı bir dille sermayeye ve hükümet politikasına karşı eleştiriler yönelttiler. Bu konuşmalar arasında DGB Baden-Württemberg Başkanı Pommerkenke'nin şu sözleri de dikkati çekiyordu: "12 Aralık 1979 tarihli NATO İkili Kararı geri alınmalıdır!"

Toptan çıkışlar yaygınlaşıyor

Patronlar, binlerce işçinin çıkışını vermek istiyorlar

Federal Almanya ve Batı Berlin çapında yok edilen işyerlerinin sayısı her geçen artıyor. Şu an özellikle taş kömürü ocaklarında ve çelik sanayisinde binlerce işyeri yok edilmek isteniyor. Ancak çıkışlar sadece bu iki sanayi dalıyla da sınırlı kalmamaktadır. Diğer iş kollarında da, çıkış haberleri birbirini izliyor. Örneğin Bavyera'daki Agfa-Gevaert fotograf malzemesi tekeli işyerini kapatarak binlerce işçiyi sokağa atmak istiyor. Gerek bu işletmede gerekse de diğer işletmelerde işyerlerini korumanın biricik silahı kararlı direnişe geçmektir.

Agfa-Gevaert tekeli ilk planda fotograf tekniği bölümlerini kapatmak istiyor. Şu an 3800'ü Bavyera'da olmak üzere, bu tekelde 9 bin işçi çalışıyor. Tekel Yönetim Kurulu Münih'teki kamera işletmesini kapatarak 3200 işyerini yok etmeyi planlamaktadır. Ayrıca Yönetim Kurulu Portekiz'in Coimbra şehrindeki işletmede ise 600 işçinin işten atılacağını açıkladı.

İşyerlerini kapatma planı Denetleme Kurulu'nda bulunan "işçi temsilcilerinin" oylarına karşı alındı. Bunun ardından "işçi temsilcileri" ise İG Metall ile birlikte Münih'te yetkilileri bu kararı geri almaya çağırdı ve bu kararın sosyal olmadığını, kanuna aykırı olduğunu, çünkü tüzüğe uyulmadığını ileri sürdüler.

Agfa Yönetim Kurulu işyerlerini korumanın ancak diğer işletmelerin kapatılmak istenen tesisleri satın almasıyla söz konusu olabileceğini açıkladılar. Ama bu ihtimalinde büyük olmadığını ileri sürdüler. Öte yandan işyeri işçi temsilciliği ile bir sosyal plan anlaşmasının yapılması için görüşmeler başladı. Bilindiği gibi sosyal planlar ancak işyerlerinin yok edilmesine hizmet etmekteler.

Bu durumda işçi arkadaşların işyerlerini korumalarının tek doğru yolu bir kurtarıcıyı beklemek değil, kendisinin mücadeleye atılmasıdır. Aksi takdirde üç beş kuruşluk sosyal plan anlaşması ile işyerlerinin yok edilmesine göz yumulmuş olur.

Tüm işyerlerinin korunması için mücadele! Bu mücadele şiarı hem Münih'te hem de çıkışların verildiği diğer şehirlerde yankısını bulmalıdır! Şimdi süresiz grev ve işyeri işgalleri her tarafta uygulanan bir mücadele metoduna dönüştürülmelidir. Bu mücadelelerde işçilerin diğer işletmelerdeki işçi arkadaşların ve sendikaların açıkca desteğine ihtiyaçları var.

İsrail'in Beyrut katliamındaki sorumluluğu giderek açığa çıkıyor

KUDÜS. — Her geçen gün açığa çıkan gerçekler, eylül ayında Lübnanlı falanjistlerin Beyrut'taki Filistin göçmen kamplarında tezgahladığı katliamın ortamını İsrail siyonistlerinin hazırladığını gösteriyor.

İsrail Savaş Bakanı Sharon ard arda yalanlarını sıralamaya devam ediyor. O ilkin 18 Kasım'da tezgahlanan kitle katliamının haberini 24 saat sonra aldığını ileri sürmüştü. Buna karşılık Lübnan'ı işgal altında tutan İsrail birliklerinin tüm generali Drori ise 17 Eylül'de bir takım "düzensizliklerin" olduğu yönünde haberler duyduğunu belirtti. Ancak olayı araştıran Komisyon'a ise Sabra'daki bir panzer birliğinin komutanı olan üsteğmen Avi Grabowsky 17 Eylül günü sabahleyin bulunduğu mevzisinden Sabra kampında Falanjistlerin kadınları, çocukları ve erkekleri zorla götürdüklerini ve beş kişiyi öldürdüklerini gördüğünü açıkladı. O ayrıca bu olaylar için panzer birliğinden çeşitli şahısları şahit olarak gösterdi. Ve bu olaylar üzerine tabur komutanını saat 9.00'da haberdar ettiğini belirtti. Ve buna karşılık tabur komutanının ise kendisine şunları söylediğini açıkladı: "Biliyorum, bunlar oldukça kötü, ama biz müdahale etmeyeceğiz!"

Öte yandan Grabowsky'nin tugay komutanı ise "biz olayı biliyoruz ve üzerinde duracağız" şeklinde cevap veriyor. Ayrıca İngiliz ve Amerikalı doktorlar ise katliama 16 Eylül'de girişildiğini tasdiklemekteler.

Böylece Beyrut'taki Sabra ve Şatilla Filistin göçmen kamplarında girişilen vahşice katliamın elebaşılarının, başını Begin'in çektiği İsrail rejiminin olduğu her geçen gün daha da açığa çıkıyor. Bunun için de şimdi Begin siyonistlerinin dünya kamuoyu nezdinde teşhir edilmesi için protestolar yükseltilmeli ve siyonist katilleri hâlâ destekleyen Bonn Hükümeti'nden yardımlarını durdurmasını talep etmeliyiz. Filistin halkı ve onun öncüsü FKÖ ile dayanışmamızı güçlendirmeliyiz.

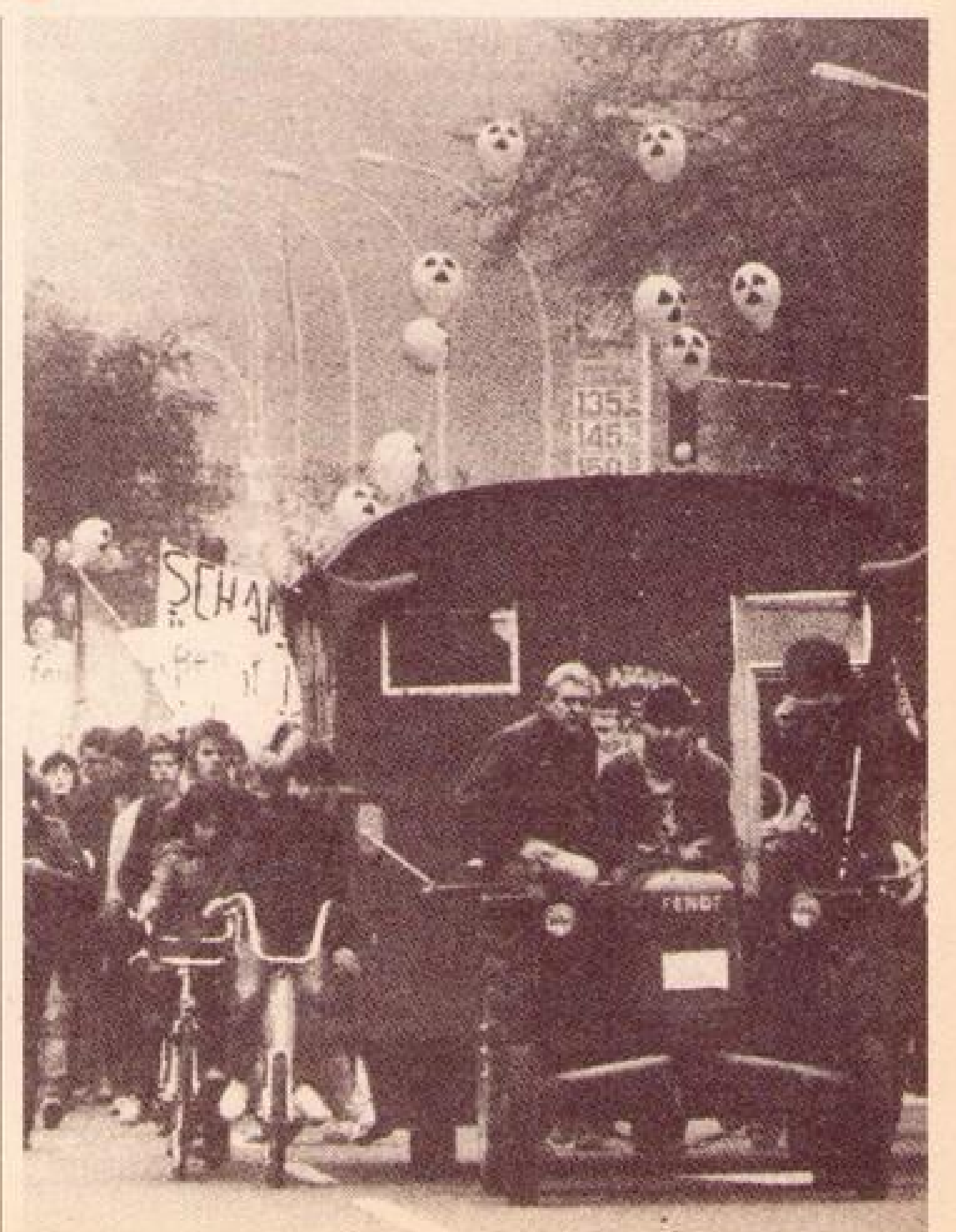
8 000 kişi nükleer artıklarının depolanmasını protesto etti

SALZGİTTER. — Radyoaktif artıkların Salzgitter'deki Konrad tunç maden ocağı alanında depolanmak istenmesi üzerine geçen cumartesi günü bir protesto yürüyüşü düzenlendi. 8000 kişinin katıldığı bu yürüyüşe polis birlikleri vahşice saldırarak bir çok kişiyi yaraladılar. Braunschweig Tahkikat Komisyonu'nun açıklamasına göre 29 yürüyüşçü göz altına alındı. Pazartesi günü öğlene kadar 7 kişi hakkında tutuklama kararı çıkartıldı.

Atom artıklarının depolanmasına karşı sabahleyin Sazgitter-Kebenstedt'te bir miting yapıldı. 3000 kişinin katıldığı bu mitingten sonra diğer atom santralı karşıtları ile birleşen yürüyüş kolu nükleer artıkların depolanmasının planlandığı Kondrad maden ocağı alanına doğru harekete geçti. Burada devletin her zaman atom santralleri tesislerinin korunması için seferber ettiği polis birlikleri ile sert çatışmalar oldu. Bir yandan atom artıklarının depolanması için yeni tesisler yapılırken, diğer yandan ise yeni Bonn Hükümeti'nin atom programına uyulacağının altı da çizilmektedir.

Kapitalistlere kâr getiren, bizim hesabımıza finanse edilen ve yaşamımız için bir tehlike oluşturan bu atom programına karşı direniş dün olduğu gibi bugün de gereklidir.

Karsruhe'deki Federal Alman Nükleer Araştırma Merkezi gelecek yılın ilk baharında seri denemelerin yapılacağını açıkladı. Bu denemelerin sonucunun ne olması gerektiği bugünden sorumlular için açık: "Nükleer santrallerde atomların erimesi sonucunda ortaya çıkan kazaların bile çevre için hiç bir ağır tehlikesi olmadığını ispatlamak!" Buna karşılık "Washington Post 1.11. 1982 tarihli sayısında" ABD'de nükleer denetim makamı NRC'nin yaptığı bir araştırmaya göre ise bu tür kazaların 100 binden fazla insanın hayatına mal olacağını yazmaktadır.



4. Bölüm

Koalisyon ortakları arasında yapılan anlaşmalara bakıldığında, ilticacıların F. Almanya'da nasıl bir muameleye tabi tutulması öngörüldüğü açığa çıkmaktadır. Ve biz yabancılara karşı atmak istediği adımlarda olduğu gibi sığınmacılara karşı öngördüğü önlemlerinde de gene hükümet şirin yüzünü göstermek için "insancıl" adımlardan bahsediyor. Örneğin "şehirlerde sosyal izoleye ve gettolaşmaya karşı durma"yı kendisine görev saydığını ileri sürüyor yeni hükümet. Ancak bu iki yüzlü sözlerin altında yatan gerçeğin ne olduğuna biz yabancılara karşı alınan kararlar bölümünde değinmiştik.

Yeni hükümet iltica davası süresince sığınmacılara çalışma hakkının tanınmamasını ve sosyal yardımının ise esas itibariyle giyim eşyası ve yiyecek maddesi olarak verilmesini ön görüyor. İşte koalisyon açıklamalarının ana noktasını bunlar oluşturuyor. Çalışma hakları ellerinden alınmakla ve sosyal yardımın para olarak verilmemesi ile bir yandan ilticacıların yaşamı çekilmez hale getirilirken, diğer yandan ise onların Almanlarla ilişkiye geçmelerinin önüne set çekilmiş oluyor. Çünkü parasız ancak bir kaç metre gidebilirsin.

Yeni hükümet sığınmacıları kamplara doldurmayı ve iaşeyi ortak kullanmalarını öngörüyor. Bunun sonucunda da toplumdan tamamen tecrit edilmiş kamplar ve sığınmacı gettoları ortaya çıkmaktadır. Hükümetin bu adımı halkın sığınmacılara karşı ön yargılarının artmasını sağlayacağı gibi aynı şekilde halkın ilticacılara karşı sistemli bir şekilde kışkırtılmasını da kolaylaştırmaktadır. Çünkü sığınmacıların dilini, kültürünü bilmeyen halk böylece özellikle onların hangi insanlık dışı şartlar altında yaşadıkları üzerine de hiç bir şey öğrenememektedir. Bu tür **iltica gettoları** şu an Baden-Württemberg'te var.

Ve bu gettolarda devlet makamları her zaman toplumla bağları alabildiğince sınırlandırılmış olan bu insanları kamuoyundan habersiz olarak istediği muameleye tabi tutabilir ve onları geri gönderebilirler. Hükümetin bu adımı aynı zamanda militan faşist gruplarının iltica yurtlarına daha da yoğun bir şekilde saldırmalarını, katliamlara girişmelerini teşvik etmektedir.

Tüm bu gerçekler ışığında faşistlerin organlarından biri olan "Deutsche National-Zeitung" (DNZ) sevincini şu şekilde dile getirmesinde şaşılacak bir şey yoktur: ***"Yeni CDU/CSU-FDP Hükümeti yabancılar politikasına ilişkin olarak bir çok noktada Özgürlükçülerin talepleri ile tam bir uygunluk içeren program kararlaştırdı."*** (DNZ, sayı 41, 8 Ekim 1982). Özgürlükçüler olarak kendilerini "Deutsche National-Zeitung"un sahibi Frey'in "Alman Halk Birliği", "Deutsche Volks-Union" adlı grubun taraftarları adlandırıyorlar. Bu grup Naziler arasında sayısal olarak şimdi en güçlü olan gruptur. DNZ gazetesi ise bu faşist grubun yayın organıdır. Bugün faşistlerin de Kohl Hükümeti'nin biz yabancılara karşı aldığı kararlara duydukları memnuniyeti dile getirmeleri, onun hangi yönde ilerlediğinin, kiminle aynı görüşleri paylaştığının en açık belirtisidir.

Polonyalı ilticacıların farklı uygulamaya tabi tutulmasının amacı

Şimdi bir de çeşitli ülkelerden gelen sığınmacılara karşı uygulanan farklı uygulamalara göz atalım. Eğer sığınmacılar Doğu Bloku, yani sözde sosyalist, özünde ise sosyal faşist birer diktatörlük olan ülkelerden geliyorlarsa, o zaman farklı muamele görmekteler. Daha 1966 yılında yapılan Federal İçişleri Bakanları Konferansı'nda Doğu Bloku ülkelerinden gelen sığınmacıların iltica talepleri kabul edilmese dahi sınırdışı edilmemeleri kararlaştırıldı. Tabi ki farklı uygulama sadece bununla sınırlı kalmamaktadır. Bu ülkelerden gelen sığınmacıların iltica istemleri farklı kıstaslara göre değerlendirilmektedir. Buna karşılık Türkiye'den gelen Kürt ya da Türk sığınmacıları ise daha da değişik kıstaslara göre ele alınmaktalar. Çünkü Doğu Bloku ülkelerinden gelen sığınmacıları, Batı Alman emperyalist burjuvazisi ve onun Bonn'daki siyasal temsilcileri siyasi bir tasarruf olarak ele alıyorlar. Nitekim "altın batı", "yüksek refah" propagandasına kanan ve görüldüğü kadarıyla da genellikle ekonomik nedenlerden ülkesini terk eden her sığınmacıyı kamuoyuna sözde komünist olan Doğu Bloğu ülkelerindeki sistemin insanlık düşmanı ve iflas belgesi olarak lansetmektedir Batı Alman burjuvazisi. Hiç kuşkusuz kapitalistler sözde sosyalist eylemde ise sosyal faşist bir diktatörlük olan Doğu Bloğu ülkelerini "sosyalist" olarak göstermede bilinçli bir amaç gütmektedir. Bu da Batı'daki işçi sınıfının ve emekçi halkın "sosyalizme karşı tepkisini geliştirmekten, onu sosyalizmden alıkoymaktan başka hiç bir şey değildir. CDU/CSU Hükümeti'nin bu propagandayı daha da usta ve yoğun bir biçimde kullanacağı açık olan bir gerçektir.

Bu gelişmeleri daha iyi kavrayabilmek için bir kaç rakam vermek yerinde olacaktır. Daha 1981 yılında özellikle yoğun bir siyasi baskı ve takibe uğrayan Türkiyeli anti-faşist ve demokratların, sendikacıların ve komünistlerin sığınma talepleri azalmıştır. Örneğin 1979 yılında 51493 sığınmacı iltica isteminde bulunmuştur, bunlar arasında 13246 Türkiyeli sığınmacı yer almaktadır. 1980 yılında iltica isteminde bulunan 107818 yabancının 57913'ünü, yani yüzde 53,7'sini Türkiyeliler oluşturmaktadır. Buna karşılık 1980 yılının ilk yarısından itibaren Türkiye'den gelen sığınmacıların sayısında giderek bir azalma baş göstermiştir. 1980 yılı sonunda sadece 1259 Türkiyeli sığınma isteminde bulunmuştur. Buna karşılık 1981 yılında ise sadece 6302 Türkiyeli sığınma isteminde bulunmuştur. Bu da 1980'e göre yüzde 89,1 gerilemedir! Ocak 1982 yılında iltica talebinde bulunan Türkiyelilerin sayıları yüzde 7,9'a düştü.

Bir yandan Türkiye'den gelen ilticacıların sayıları giderek azalırken, diğer yandan ise Polonya'dan gelen ilticacıların sayısında büyük bir artış kaydedildi. 1981'in ilk yarısında 2415 Polonyalı iltica talebinde bulunmuştu. Fakat buna rağmen 1980 yılının ilk yarısından sonra giderek azalmaya başlayan iltica cı sayısı 1982 yılına girişte yüzde 20,1 daha düştü. Yoğun bir siyasi baskı ve takibe uğrayan Türkiyeli ilticacıların, parmakla bile sayılabilecek sadece küçük bir kısmının iltica talebi kabul edilmekte, geri kalanı ise geri gönderilerek faşist cuntanın eline teslim edilmektedir. Buna karşılık Doğu Bloğu ülkelerinden, özellikle de Polonya'dan gelen sığınmacıların iltica talepleri reddedilse dahi burada kalabilmekteler. Eski İçişleri Bakanı Baum bu konuda şöyle diyordu: *"Onları hiç birimiz geri göndermek istemiyoruz."* Bu durumda artık "ülkenin barındırma kapasitesinin dolduğundan" bahsedilmiyor.

Polonyalı sığınmacılar üzerine yaptığımız bu açıklama bizim asla Polonya'da gerçekten siyasi takibe uğrayanlar, örneğin Solidarnoćś sendikası taraftarlarının burada iltica hakkı elde etmelerine karşı çıktığımız yönünde anlaşılmamalıdır. Biz bu açıklamalarla daha ziyade Batı Alman tekelci burjuvazisinin ve onun siyasal temsilcilerinin Doğu Bloğu ülkelerinden gelen insanların özgürlükçü, insancıl ya da benzeri kıstaslardan hareketle değil, tam tersine belirli bir siyasi amacı güttüklerinden dolayı iltica hakkını kabul ettiklerini, iltica hakları reddedilse dahi burada kalmalarına olanak tanıdıklarını göstermek için yaptık. Güdülen siyasi amacın bir ürünü olarakta Türkiye'den ya da Batı Bloğu içerisinde yer alan diğer ülkelerden gelen ilticacılara, iltica hakkı çok zor şartlarda tanınmakta, tanınmayanlar ise derhal sınırdışı edilmekte. Ki bu da bir çok örnekte görüldüğü gibi ölümle bile sonuçlanmaktadır.

CDU/CSU'nun ve yeni Federal Hükümet'in yabancılar politikası üzerine

"Yabancılar dışarı" resmi hükümet politikası mı olacak?

Bir önceki sayıda yayınladığımız yazımızın üçüncü bölümünde yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin eşit sosyal, ekonomik ve siyasi haklar uğruna mücadeleyle birleştirilmesi gerektiğini vurguladık. Ve biz yabancıların eşit hakları elde etmemizle burjuvazinin işçi sınıfını bölme adımının zorlaşacağını belirttik. Bunun için de partimiz KPD'nin yabancıların eski vatandaşlık haklarını korumaları temelinde otomatik olarak Alman vatandaşlığına alınma talebini ileri sürdüğüne işaret ettik. Bunun yanı sıra yeni hükümetin iltica hakkına da yoğun bir saldırı düzenlediğine ve bu hakkı tamamen ortadan kaldırma amacını güttüğüne değinerek ilticacılara karşı almak istediği önlemlerin kapsamının ne olacağı sorusunu yöneltmiştik.

CDU/CSU iltica hakkını tamamen tasfiye etmek istiyor

SPD-FDP koalisyon hükümeti özellikle de CDU/CSU tarafından yöneltilen eyaletlerinde zorlamaları sonucunda iltica hakkını sertleştirme yönünde ard arda kararlar aldı. Örneğin ilticacılar için 2 yıl çalışma yasağı koydu, hatta çeşitli eyaletler 1 DM gibi gülünç bir ücret karşılığında onları çalışmaya zorladılar. CDU/CSU tarafından yönetilen eyaletler ise tüm sığınmacıları iltica kamplarına doldurarak sosyal yardımın para şeklinde değil, maddi olarak verilmesi yönünde bile adım attılar. İltica talebi reddedilenin itiraz etme hakkı zorlaştırıldı vs. saymakla bitmeyecek iltica hakkını kuşa çeviren kararlar alındı. Ayrıca Türkiye vb. ülkeler için vize konuldu. Tüm bu önlemlerin sonucunda Federal Almanya'da siyasi iltica talebinde bulunma alabildiğince zorlaştırıldı. Örneğin Türkiye'den buraya gelmek isteyen birisi vize almak zorunda bırakıldı.

İltica davalarının hızlandırılması ve sertleştirilmesi yönünde Federal Hükümet'in aldığı önlemlerin ve vize uygulamasının bir ürünü olarak 1981 yılında Türkiye ve Bengaldeş'ten gelen ilticacıların sayılarında yüzde 89'luk bir gerileme oldu. 1980 yılı ortalarına kadar bir artış kaydeden Türkiyeli ilticacıların sayısı alınan yeni önlemlerden ötürü düştü. Çünkü artık Federal Almanya'ya girme oldukça zorlaştırılmıştı. Ayrıca buraya geldikten sonra iltica hakkının kabul edilmeyeceği açıkca ortada olan bir şeydi. Ve bunun yanı sıra insanlık dışı yaşam koşulları vs. ilticacıların sayılarının giderek azalmasına yol açtı. Bunu Türkiye'ye indirgeyecek olursak faşist cuntanın başa gelmesinden sonra yurt dışına çıkışın zorlaştırılmasından ötürü siyasi takibe uğrayanların gelmesi ihtimali denilebilir ki hemen hemen hiç yoktu .

1959 yılından bu yana iltica talebinde bulunan 375 bin kişiden 60 bininin bile iltica talebi kabul edilmiş değildir. Bu da Federal Almanya'daki iltica hakkının ne denli kuşa çevrildiğinin en açık belirtisidir.

Geçmişte SPD-FDP koalisyon hükümetinin aldığı kararları yeterli görmeyen CDU / CSU Hükümeti iltica hakkını tamamen ortadan kaldırmayı ve bu hakkın demokratik bir hak olarak kalmasını önlemeyi amaçlıyor.

Devamı gelecek sayıda!

Heilbronn'da Alman—Yabancı Dostluk Şenliği

Sevgili yoldaşlar!

2 Ekim'de Yabancı Düşmanlığına karşı Birlik Heilbronn'un Böckingen semtinde bir Alman-Yabancı Dostluk Şenliği yaptı.

Daha önce size yazdığım gibi, Birlik bu yılın başından beri var ve şimdiye değin masa açarak ve bir kaç toplantı yaparak kamuoyu ile temasa geçti. O büyük çoğunlukla ilk olarak aktif bir şekilde siyasete atılan insanlardan oluşuyor.



Şenlikte yerli ve yabancı çocuklar da birlikte eğlendiler.

Şenliğimizi hazırlamaya başladığımızda henüz içimizden bazıları oldukça karamsardılar. Sonra tüm mevcut örgütleri şenliğin hazırlanmasına çağırdık. Yaz tatilinden dolayı tüm çalışmalar çok ağır yürüyünce karamsarlık gene yayılmaya başladı. Ancak biz inatçı bir tarzda çalışmaları sürdürünce, daha fazla destek görmeye başladık. Bunun sonucunda ortaya tamamen net bir program çıktı.

Sabahleyen çeşitli Alman ve yabancı (Türk, İspanyal) takımları futbol turnuvası yapıldı. Başlangıçta bir takım zorluklar ortaya çıkmasına rağmen, turnuva tüm oyuncuların beğenisini kazandı. Turnuvayı kazanan takıma bir kupa verildi.

Öğleden sonra Falken'ler bir çocuk programı yaptılar. Bu programda paskallar, çeşitli oyunlar ve kaldırıma resim yapma yer alıyordu. Bu, özellikle de semtte oturan çocukların, Türklerin, tabi ki bir çok Almanın da çok hoşuna gitti. Bu süre içinde tartışma köşesi kurduk ve yerleştirdiğimiz masaların başında yaşlılar sandalyelere oturarak konuştular, yediler ve içtiler. Öğleden sonra programa Böckingen yaya geçitinde devam edildi.

Akşam üzeri bir kültür gecesi yaptık. Sonra gecenin yapıldığı yerin çok küçük olduğu açığa çıktı.

Yugoslav foklör grubu ve bir müzik grubu başta çoşkuyu oldukça yükseltti.

Birliğin yaptığı kısa bir konuşmadan sonra Greenpeace-Band topluluğu gösteri yaptı. Bu esnada DGB Gençliği ise yabancılar sorunu üzerine skeç gösterisi yaptı ve şiir okudu. Kapanışı, tekrar çoşkuyu olağanüstü bir şekilde bir kez daha yükselten Türk foklör grubu yaptı.

200'ü aşkın seyirci zengin programa sahip olan çoşkulu bir akşamı yaşadılar. Şenliğe katılanların tümü bu tür bir şeyin mümkün olduğunca daha geniş bir çerçevede tekrarlanması gerektiği görüşünü paylaştılar. Çalışmalarımıza karşı karamsar olanlar bile (çünkü her şeyden önce Birlik'te *Volksfront'un* geniş bir etkisinin olduğu biliniyor) başarıdan etkilendiler.

Bu şenlik çalışmalarımızı bir adım daha ileriye götürdü. Şimdi Heilbronn'da yoğun bir şekilde oturan yabancı milliyetlerin hepsiyle ilişkimiz var. Ayrıca çalışmalarımıza katılmak ya da bunları desteklemek isteyen kişileri de kazandık. İG Metall bile çalışmalarımıza ilgi duyduğunu belirtti. O ayrıca çağrı bildirilerimizi tüm metal işletmelerine gönderdi.

İnanıyorum ki şimdi tüm bunların ardından özellikle yerel alanda ilerlemeler kaydetmek amacıyla Alman ve yabancıların daha iyi ve eşit bir şekilde birlikte yaşamları için olumlu çalışma sürdürebiliriz.

Selamlar, Werner



Bu hafta TV'de

6 Kasım, Cumartesi
Saat 19.30, ZDF
***Pavlakslar.** Uzun zamandan beri gösterilen, Wolfgang Staudt'un Ruhr bölgesi tarihinden aile dizisinin 7. bölümünde diğer şeylerin yanı sıra başarısızlıkla sonuçlanan grev ve kömür ocağı kazası ele alınmaktadır.*

7 Kasım, Pazar
Saat 20.15, ARD
***Gammalı haç altında Avrupa.** Hitler faşistleri üzerine olan dizinin 4. bölümünde Nürnberg şehrindeki gelişmeler konu edilmektedir. Bu şehirde geçmişte Naziler gösterişli "parti kongrelerini" yapıyorlardı; faşizme karşı zafer elde edilmesinin ardından ise bu şehirde Anti-Hitler Koalisyonu'nun mahkemeleri faşistleri yargıladılar.*

8 Kasım, Pazartesi
Saat 23.00, ARD
***Al 10000 Frank'ı defol.** Bu filmde Mahmoud Zemmouri, Paris'te babalarının işyerini kaybetmesinden sonra vatanları Cezayir'e geri dönmeye zorlanan bir göçmen işçi ailesinin başından geçenleri konu ediyor.*

9 Kasım, Salı
Saat 21.20, ZDF
***Holocaust: Suç ve suçlular.** Lea Rosh bu filminde, Nazi katillerinden neden sadece bir kaçının Federal Alman Adliyesi tarafından sorguya çekildiklerini ele alıyor.*

Hannover'de KPD Toplantısı

"Büyük sermayenin istediği hükümete hayır!"

12 Kasım, saat 20.00'de
Hannover-Linden
Gaststätte Glenewinkel,
Kötnerholzweg 6

Krupp, ilkin 3000 işçiye çıkış vermek istiyor.

Sosyal planda yabancı düşmanlığı körükleniyor

BOCHUM. — Krupp tekeli 6 bin işçinin çıkışını vereceğini açıkladı. Bunun üzerine Yönetim Kurulu ile Merkezi İşçi Temsilciliği arasında görüşmeler başladı. Geçen hafta Merkezi İşçi Temsilciliği ilk planda 3000 işçinin çıkışının verilmesini öngören bir "alternatif" planı onayladı. İG Metall üyesi olan Çalışma Müdürü Otmar Günther'in hazırladığı bu plan, yabancı özellikle de biz Türkiyeli işçilerin altı ay "parasız izin" almasını öngörüyor.

Krupp Stahl AG Yönetim Kurulu'nun sosyal planı 55 yaşından yukarı olan işçilerin erken emekli olmalarını öngörüyor. Tabi ki bu durumda yüklerin büyük bir bölümü erken emekliye ayrılanların sırtına bindirilmektedir. Örneğin erken emekliye ayrılmalarının birinci yılında çalıştıkları dönemde aldıkları ücretlerini yüzde yüz alacaklar. 2. ve 3. yılda ise noel parası ödenmeyecek ve ücretlerin yüzde 90'ını, 4. ve 5. yılda ise yüzde 80'ini alacaklar. Ayrıca burada da noel parası ödenmeyecek. Bunun yanı sıra ödenecek erken emeklilik maaşları ücretlerin yükseltilmesine göre ayarlanmayacak. Fiyat artışlarının sabit kalmadığı tartışma götürmez bir gerçektir. Böylece bunun sonucunda, fiyat artışlarını her yıl yüzde 5 üzerinde hesaplayacak olursak, beş yıl sonra bugün erken emekliye ayrılan arkadaş sadece şimdi aldığı ücretin yüzde 58,5'ini almış olacak. Bu da işçi arkadaşların emeklilik maaşlarında bir azalmaya yol açmaktadır

Otmar Günther'in hazırladığı bu "alternatif" plan çırakların da işe alınmasına karşı çıkmakta. Şimdiye değin çıraklık süresini bitiren her gençle altı aylığına bir sözleşme yapılıyordu ve bu 6 aylık dönemden sonra işe alınıp alınmayacağı üzerine karar veriliyordu. Fakat şimdi bu sosyal planda altı aylık sürenin sona ermesinden sonra hiç bir çırak işe alınmak istenmiyor. Tabi ki işlerine kesinkes son verilecek çıraklara hiç tazminatta verilmemesi öngörülüyor. Böylece yeni bir işyeri bulma ihtimalleri oldukça az olan çıraklar da işsizler ordusunun safına itilmiş olmaktalar.

Krupp Yönetim Kurulu ile Merkezi İşçi Temsilciliği arasında yapılan sosyal plan anlaşmasına bakıldığında ilk planda verilecek tazminatların oldukça yüksek olduğu görünmektedir. Ancak gerçek hiçte öyle değil. Örneğin işletmede 6 yıldır çalışanlara 10 bin DM, 12 yıldır çalı- üzerinde olan her yıl için ise 1000 DM vermek istiyorlar Krupp kapitalistleri. Ancak bu tazminatları alan her işçi artık bir yeni işyeri bulma olanağının hemen hemen hiç olmadığını unutmamalıdır. Ayrıca sosyal planda işçinin çıkışını kendisi verdiği taktirde işsizlik parası durumunun ne olacağı üzerine bir şey söylenmiyor. Bilindiği gibi bir işçi kendisi çıkışını verdiği takdirde 8 hafta boyunca işsizlik parası alamıyor ve bu süre zarfında sigortasızdır da, yani gerek işsizlik gerekse de emeklilik ve hastalık sigortası primlerini kendisinin kendi cebinden ödemesi gerekiyor. Bu da tazminat almak amacıyla çıkış veren işçinin hem işyerini kaybedeceği, hem de iki ay işsizlik parası alamayacağı ve bu süre zarfında işsizlik, emeklilik ve hastalık sigortası primlerini kendisinin ödemesi gerektiği demektir. Peki nerede kalıyor bu sosyal planın "alternatif" yanı?

Ancak ne varki Krupp kapitalistlerinin sosyal planının bir alternatif oluşturmadığı bununla da sınırlı kalmıyor, şu an Krupp'ta yaklaşık olarak 8 bin Türkiyeli işçi çalışıyor. Krupp yabancı, özellikle de biz Türkiyeli işçilere 6 ay parasız izin alma, tatillerini Türkiye'de yapmak isteyenler için ise gidiş-dönüş masraflarının bir kısmını karşılama teklifini yapıyor. Krupp Yönetim Kurulu'nun teklifine kaba bir gözle yaklaştığımızda ne kadar cömertce (!) bir teklif olduğu görünmektedir. Hatta bazı Alman işçi arkadaşlarımız şimdiden "bizim izin masraflarımızın bile karşılanacağı" (!) yönünde söylentiler yapmaktalar. Ancak onlar Krupp tekelinin bu planının ardında hangi gerçeğin yattığını görmüyorlar. Altı ay parasız izin! Türkiye'ye gidiş-geliş masrafları karşılanacak! Ya peki bu 6 ay içinde ne ile yaşayacak yabancı işçi arkadaş diye kimse sormuyor?

Hele hele Krupp'ta en ağır ve pis işlerde düşük ücretle çalışan biz Türkiyeli işçi arkadaşlar böylesi bir izin yapabilir miyiz? Kim karşılayacak altı ay boyunca bizim izin masraflarımızı? Ayrıca bu süre zarfında emeklilik, hastalık ve işsizlik sigortası primlerini kim ödeyecek? Bunların hepsi şu an açık.

Planı hazırlayanlar bu gerçekleri çok iyi biliyordular. Böylece Krupp patronları işyerlerinin yok edilmesinin ve çıkışların sorumluları olarak bizi göstermeye çalışıyorlar. Örneğin bugün "bu teklif"ten sadece bir kaç yabancı işçi arkadaş yararlanacak olursa, o zaman Krupp patronları "yabancı işçiler daha ağır önlemler almamızın sorumlusudurlar" demeye yeltenme cüretini bile göstereceklerdir. Bu tür propagandalarla Alman sınıf kardeşlerimiz yabancı, özellikle de biz Türkiyeli işçilere karşı kışkırtılmak isteniyor. Bu şekilde Krupp Yönetimi yerli ve yabancı işçiler arasına düşmanlık tohumları ekmek ve birliği bölmek istiyorlar. Çünkü ancak bu şekilde Krupp yönetimi işyerlerini yok edebilir; ister yerli, isterse de yabancı olsun, hepimizi sokağa atabilir. Biz kendi içimizde birbirimizi işyerlerinin yok edilmesinin sorumlusu tutmaya yönelirken, patronlar ise gönül rahatlığı içinde planlarını gerçekleştirmeye çalışacaklardır. Ancak sorunun bu aşamaya varmasına izin vermemeliyiz.

Bizi birbirimize düşürmeyi ve mücadele cephesini bölmeyi amaçlayan bu planın mimarı bir faşist ya da aşırı bir sağcı biri değil, aksine İG Metall Çalışma Müdürü olan O. Günther'dir. Bu adice ve alçakca plana karşı tüm sendikacılar saf tutmalıdırlar.

Önümüzdeki dönemde Krupp Yönetiminin Alman işçilerini bize karşı daha da yoğun kışkırtmaya yöneleceğini, hatta bu koroya bazı sendika ağalarının bile katılacağını göz önünde bulundurmalıyız. Biz bu kışkırtmalardan etkilenerek Alman sınıf kardeşlerimize tavır almamalı, aksine onlara patronun bu adice planının amacının bizi bölmek olduğunu ve son tahlilde ise hepimizin sokağa atılmasını amaçladığını açıklamalıyız. Bugün yabancı, özellikle de biz Türkiyeli işçiler çıkarılsak bile işyerlerinin garanti altına alınamayacağına ve bunun için de birlikte patronun planlarına karşı mücadele etmemiz gerektiğine işaret etmeliyiz.

Bugün işçilerin birliğini bölmeyi amaçlayan adice planını bize "alternatif" olarak satmaya çalışan O. Günther İG Metall saflarına bile layık değil. Onun için Kohl Hükümeti kabinesinde yabancı düşmanı politikasının uzmanlığını yapmak tam uygun görevdir. Çünkü onun sözümona alternatif planı, en azından yabancılar sorununda DGB'nin ve İGM'in tüzüğü ve kararları ile çelişmektedir. Bu anlamda da bu tür kişilere sendika safında kalmalarına izin verilmemelidir. Bugün ücretsiz izin alması gereken birisi var ise, o da O. Günther olmalıdır, üstelikte ömür boyu!

Son tahlilde adım adım 6 bin işyerinin yok edilmesini amaçlayan sosyal plana karşı bizim yegane alternatifimiz işyerlerimizi tavizsizce korumak olmalıdır. Bu mücadelenin başarısı da ancak ve ancak yerli ve yabancı işçilerin ortak direnişi ile söz konusu olabilir. Öyleyse yerli ve yabancı işçiler tek sınıf, tek mücadele cephesine!

Yeni Federal Çalışma Bakanı CDU'lu Norbert Blüm izlediği politikasını sendikaların alkışlamasını sağlayacağına kendisi bile inanmıyor. Çünkü bu politika sendikalara, DGB sendikasına karşı yoğun ve bilinçli bir provokasyona yöneliktir.

Nitekim Çalışma Bakanı, İG Metall üyesi olarak kendisini sendika dostu gösterme gereğini bile görmedi. Ki bir çok kişi onun bir sendikacı olarak sendikaların lehine adım atacağını beklemişti. Ancak ne varki o daha koltuğuna oturur oturmaz sendikaları karşısına aldı ve ücretlerin dondurulması çığlıklarını attı. Ve bunun üzerine İG Metall dergisi "metall"ın Blüm'ün provokasyonuna cevap olarak onun kont Lambsdorf'un "örnek öğrencisi" olarak kapak sayfasına portresini çizmesinde şaşılacak hiç bir şey yoktur.

SENDİKALARA KARŞI YENİ KAMPANYA

İG Metall dergisinin bu adımı aşırı bir eleştiri değildi. Çünkü, pekâlâ burjuva basınında bile Blüm'ün, meslektaşları Lambsdorf ve Stoltenberg ile düzenli olarak yaptığı sabah kahvaltılarından kendisini sağ bir rotaya çekmelerine izin verdiğini yazıyor. Fakat bunlara karşı hiç bir şey söylemeyen Blüm "metall" eleştirisine ateş püskürerek, sözcüsü Ludger Reuber'e bu eleştirinin "sol faşizmin en ağır türü" olduğunu dedirtti. Hatta o bununla da yetinmeyerek bu hafta yapmak istediği sendika muhabirleri görüşmesine İGM dergisi başyazarının katılmasını reddetti.

Ve ayrıca o sorunu DGB tarafından sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya karşı düzenlenen yürüyüşlerin, sendikalardaki çoğunluğun görüşünü dile getirmediğini Müsteşarı Vogt'a söylettirme noktasına kadar vardırdı. Bakan meslektaşı CDU Genel Sekreteri ve yeni Federal Aile Bakanı Geisler ise, DGB "işçilerin çoğunluğunun çıkarlarına aykırı bir politika" izlemekten kaçınmalıdır dedi. Sendika üyelerinin çoğunluğunun yöneticilerinin aksine Bonn'daki yeni hükümetin politikasını "desteklediklerini" açıklama küstahlığını bile gösterdi.

Tamda CDU içinde "sol kanadı" oluşturdukları ileri sürülen Kohl kabinesindeki bu figürler her olanaktan yararlanarak sendika hareketine karşı doğrudan saldırıya geçmeye çalışıyorlar.

Yeni hükümetin bakanlarının sendikalara yaptıklara bu savaş ilanını asla küçümsememeli, anlamsız birer açıklama olarak ele almamalıyız. Çünkü açıklamalarla belirli bir amaç güdülmektedir. Nitekim bu bayların son haftalarda yaptıkları kışkırtma sloganlarını bir sıraya dizdiğimizde, o zaman CSU Başkanı Strauss ve Genel Sekreteri Stoiber'in iki yıl önce "sendika sorunu" üzerine başlattıkları sonsuz tartışmaları yeniden canlandırmaya yönelik olduğunu görürüz.

O zamanda gene DGB'nin emekçilerin çoğunluğunu temsil etmediği söylendi ve o "sosyalist yönelimi olan bir sendika" olarak damgalanmak istendi. Tabi ki Strauss ve Genel Sekreteri Stoiber bir yandan bunları söylerken, diğer yandan sosyalizmin faşizmin sadece özel bir biçimi olduğunu da sözlerine eklemekten geri kalmadılar. Yeri gelmişken bir kez daha şunu söylemeliyiz ki CSU'nun başındakiler "sendikalar sorununun çözümü" için çoktan bir strateji hazırlamıştılar: DGB sendikalarının bölünmesi, gerekirse sendika ismini taşıyan ya da taşımaya layık olan işçilerin ve hizmetlilerin her türlü çıkarlarının temsilciliklerini tamamen yok etme perspektifinden hareketle, şimdi bunları zayıflatılmasına hizmet edecek Strauss'un uydusu sarı sendikaları kurmak.

Şimdi Bonn'daki hükümet değişikliğinden sonra açıktan açığa bu stratejiyle bağ kurulmaktadır. İki yıl önce Strauss "tüm mevcut araçlarla sınıf mücadelesinin toplu sözleşme anlaşmazlıklarına ve işyerlerine taşınması önlemelidir" diyordu. Ancak görüldüğü kadarıyla büyük sermayenin ideal hükümeti içinde bugünkü şartlarda bu hedefe artık sosyal ortaklık siyasetinin eski metodları ile varılamayacağı hakkında tam görüş birliği mevcut. O halde sendikalara karşı açıktan açığa savaşı ilan etmek gerekir! Ancak bugün bu yönde atılan adımlar henüz sadece bir başlangıçtır. Bugün hiç bir sendikacının bu stratejinin şayet kararlı bir direnişle bozguna uğratılmazsa — 1980 yılında Strauss "çizdiği plan çerçevesinde" sendikaların "kesin çözümünü" sağlamaya yönelik olduğundan hiç bir şüphesi olmasın!

Schweinfurt'ta ve Stuttgart'ta

İşçiler SKF patronunun çıkış planına karşı uyarı grevi yaptılar

SCHWEİNFURT. — 14/15 Ekim'de Schweinfurt'taki ve Stuttgart-Bad Cannstatt'daki SKF bilya fabrikalarında işçiler kendiliğinden işi bırakarak patronun çıkış planına karşı uyarı grevine gittiler.

14 Ekim'de Schweinfurt SKF işletme yönetimi işçi temsilciliğine merkezi İsveç'te bulunan tekel yönetiminin gelecek yılın sonuna kadar 2000 işçinin çıkışını vermek istediğini bildirdi. Bunun üzerine Schweinfurt'ta bulunan üç SKF işletmesindeki aktif sendikacılar hemen harekete geçtiler. İG Metall sendika temsilciler kurulu işletme yönetiminin planlarının açıklanmasının ardından üç SKF işletmesinden işçi arkadaşları seferber etti. İşi bırakan işçiler İşletme İdaresi'nin önüne kadar yürüdüler. Direnişe geçmelerin bir sonucu olarak işçiler 19 Ekim için olağanüstü bir işyeri toplantısının planlanmasını sağladılar.

Bu eylemden bir gün sonra ise Stuttgart-Bad Cannstatt'taki SKF işletmesinden de işçiler işi bırakarak çıkış planına karşı direnişe geçtiler.

İşçilerin direnişi sonucunda planlanan olağanüstü işyeri toplantısı 19 Ekim'de yapıldı. Bu toplantıda işçilerin kini oldukça kabarıktı. Aralarında şimdiye değin hiç bir konuşmaya katılmamış arkadaşların da yer aldığı 40 işçi konuştu. Tüm konuşmalarda işçi arkadaşlar sert bir dille İşletme Müdürü Westphal'ı ve Amerikalı rasyonalleştirme uzmanı Hire'yi eleştirdiler. Ayrıca bunların ikisinin konuşması işçiler tarafından yuhalandı. İşyeri toplantısı yedi saatten fazla sürdü! İşçilerin çıkış planına karşı tepkileri alabildiğince kabarıktı ve bu onların işyerlerini korumak için mücadele etmeye hazır olduklarını gösteriyordu.

Sosyal hakların kısıtlanmasına, işyerlerinin yok edilmesine, işsizliğe ve yabancı düşmanlığına karşı DGB yürüyüşlerine katılalım

Hamburg ve Nordmark bölgesi

6 Kasım'da Hamburg'ta. Yürüyüş, saat 10.00'da Adolf-Schönfelder-Str.'de ve Moorweide'de olmak üzere iki koldan hareket edecek ve saat 12.30'da mitingin yapılacağı Karl-Legien-Platz'a doğru ilerleyecek.

Saarland

6 Kasım'da, Saarbrücken'de. Yürüyüş saat 10.00'da Saarbrücken Kongresshalle'de başlayacak. Miting ise saat 11.00'de St.-Johanna-Markt'ta yapılacak.

Batı Berlin

15 Kasım'da.

Frankfurt'ta işsizler kongresi:

"İşsiziz, ama savunmasız değiliz!"

FRANKFURT. — 2-5 Aralık tarihleri arasında "İşsiziz, ama savunmasız değiliz!" şiarı altında Frankfurt'ta ilk Batı Alman işsizler Kongresi yapılacak.

Şu an Batı Almanya ve Batı Berlin'de 200'e yakın işsizler komitesi var. Bu komitelerin merkezi bir çatı altında birleştirilmesi aralık ayında yapılacak bu kongrenin amacından birini oluşturuyor. Kongre Koordinasyon Komitesi "birleşmeyi, bir çok görüş ayrılıklarına rağmen" gerekli görüyor, çünkü "işsizliğe, işsizlik parasının kısıtlanmasına, gerçek ücretlerin düşürülmesine, sosyal yardımın sınırlandırılmasına ilticacıların ve sosyal yardım alanların zorla çalıştırılmasına birlikte karşı durmak gereklidir."

Ekonomik sistemimizde işsizlik sürekli bir sorundur. İşsizliğe karşı mücadele yerine işsizlere karşı mücadele edilmektedir" şeklinde içinde bulunduğumuz durumu kongreyi hazırlama görevini yüklenenlerden biri tanımladı. İşyerlerinin yok edilmesine karşı sürdürülmesi gereken direniş biçiminden tut, tek tek işsizlerin sorunlarının ele alınmasına kadar her türlü sorun kongrenin gündemini oluşturuyor. turuyor.

Kongrenin çalışmalarına ilgi duyan herkes şu adrese başvursun: Mainzer Landstr. 124, 6 Frankfurt/a. Main, tlf: (0611) 735639

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formulu doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**

Baden-Württemberg'te

Polis yabancı işçi yurtlarına baskınlar düzenledi

CDU/CSU'nun başa gelmesinin hemen ardından yabancı, özellikle de biz Türkiyeli işçilere saldırılar, evlere baskınlar, haklarımızın kısıtlanlanması yeni bir hız kazandı. CDU tarafından yönetilen Baden-Württemberg Eyaleti'nde şimdi Bonn'da biz yabancılara karşı izlenen katı çizginin somut bir pratiği yaşandı. 13 Ekim gecesi ve 14 Ekim'de sabahın erken saatlerinde Baden-Württemberg İçişleri Bakanlığı'nın emri üzerine makinalı ve ağır silahlarla donatılmış polis birlikleri yabancıların oturdukları evlere ve yurtlara büyük bir baskın düzenlediler.

"Kaçak işçileri" (!) yakalama amacıyla İçişleri Bakanlığı'nın talimatı üzerine eyalet çapında 179 eve ve 160 işçi yurduna, özellikle de büyük inşaatların yurtlarına baskın yapıldı. Baskınlar esnasında yurtlar ya da evler kuşun dahi uçamayacağı bir şekilde kuşatıldı. Bu baskınlarda 7300 yabancı işçi ve emekçi pasaport kontrolünden geçirildi. Akrabalarının evlerinde misafir olarak kalanlar, pasaportları yanlarında olmayan herkes karakola götürüldü. Polis bu baskınlar esnasında 229'u Karlsruhe ve yakın çevresinden olmak üzere toplam 443 yabancı işçi ve ailesini göz altına aldı.

Yabancı işçi ve emekçilerin kaldıkları evlere ve yurtlara yapılan büyük baskının ardından açıklama yapan Baden-Württemberg İçişleri Bakanlığı Müsteşarı Robert Ruder çoğunluğunu Türkiyelilerin oluşturduğu yabancılara karşı gerekli yasal önlemlerin alınacağını ve geçersiz oturma izinleri olan tüm yabancıların sınırdışı edileceğini belirtti.

Polisin düzenlediği bu baskınlarda paniğe kapılarak yanında kimliği bulunmayan yabancıların kaçmaması ya da "kaçarken vurulmamış olması" mucize bir olaydır. Pekâlâ bu baskında, daha doğrusu bilinçli provakasyonda kimlikleri yanlarında olmayanlar kaçabilir ve polis kurşunlarına kurban gidebilirdiler.

Bu "başarılı" eylemin ardından basına açıklama yapan Eyalet İçişleri Bakanlığı gelecekte de bu tür baskınların düzenleneceğini ilan etti. Yabancıların "buluştukları belirli merkezlerin" kontrol edileceğini açıkladı.

Baskının gerçek amacı ne idi?

Birincisi bu baskınlar Strauss, Kohl ve Genscher Hükümeti'nin yabancı, özellikle de biz Türkiyeli işçi ve emekçilere karşı uygulamak istediği yabancı düşmanı politikanın henüz bir başlangıcıdır. Nitekim Baden-Württemberg'te düzenlenen bu baskından bir gün önce Kohl Hükümeti Federal Parlamento'da "sınırsız ve denetimsiz göçleri önlemek" amacıyla yeni yabancılar politikasının acil programın bir parçası olduğunu açıkladı. Bu açıklamadan bir gün sonra Baden-Württemberg'te yabancı işçilerin kaldıkları evlere, yurtlara baskınların düzenlenmesi tesadüfi değildi.

İkinci olarak ise krizin nispeen bugünkü kadar derin olmadığı ortamda göz yumulan "yasa dışı" işçi göçü önlenmek isteniyor. Bunun için de krizin giderek derinleştiği bir ortamda "kaçak işçi avları" birbirlerini izler. Bu da Baden-Württemberg'te düzenlenen baskının diğer bir amacıydı. Kapitalistlerin ve onların siyasi temsilcilerinin şimdiye değin "yasa dışı" işçi göçüne göz yummaları tesadüfi bir olgu değildir. Çünkü gerçekten "yasa dışı" işçilerin gelmesi ve çalıştırılması önlenmek istenseydi, o zaman hükümet yıllarca buna göz yummazdı. Nitekim "kaçak işçiler" yıllardan beri vardır. Kapitalistler kaçak işçileri isteyerek çalıştırmaktalar. Çünkü bunlar ucuz işgücü demek olan göçmen işçiler içinde ayrı bir ucuz iş gücünü oluşturuyorlar. Ve bu da kapitalistlerin işine yaramaktadır. Kapitalistler bunlar için ne sigorta ne işsizlik ne de benzeri primleri ödemekteler. Ve onları daha da düşük ücretle çalıştırmaktalar. Demek ki "kaçak işçi" varsa bunun biricik sorumlusu kapitalistler ve onun temsilcisi hükümetlerdir. Kapitalist konjünktürün yükseldiği dönemlerde göz yumulan "kaçak işçiler", krizin derinleştiği, kitlesel işsizliğin arttığı dönemde ise ilk önce geri gönderilmekteler. Çünkü onları geri göndermek oldukça kolaydır.

Baden-Württemberg'te girişilen bu baskının diğer bir amacı ise yabancılar, özellikle Türkiyeli işçiler arasında yıldırma yöntemine baş vurarak ve göz dağı vererek bizim bir kısmımızın kendiliğinden bu ülkeyi terk etmemizi sağlamaktır.

Bu saldırılar sonucunda yılan ve korkuya kapılan içimizden bazılarımız kendiliğinden geri dönme kararı vermeye kadar yönelecektirler. Bu da Alman tekelçi burjuvazisinin işine yarayacaktır. Çünkü böylece geri dönenlere hiç bir ödeme yapmayacağı gibi, kazandıkları sosyal hakların da üzerine yatacaktır. Kısacası, Baden-Württemberg'te düzenlenen bu baskınla iki şeyin birden gerçekleştirilmesi amaçlanıyor, diğer bir deyişle bir taşla iki kuş vurmak isteniyor, yani hem "kaçak işçileri" avlamak hem de yabancı işçileri yıldırarak geri dönmelerini sağlamak.

Baden-Württemberg Eyaleti'nden önce Kuzey Ren Vestfalye Eyaleti'nde Eyalet İşçileri Bakanlığı'nin emri üzerine polisler çeşitli yurtlara ve evlere baskın düzenleyerek pasaport kontrolu yapmış, 200 Türkiyeli işçiyi göz altına almış ve 64'ünü ise sınır dışı etmiştiler. Ancak bugün CDU/CSU hükümetinin izlediği yabancı düşmanı politikanın bir sonucu olarak bu baskınların daha da artacağı tartışma götürmez bir gerçektir.

Baden-Württemberg Eyaleti'nde bir yıldırım harekatı şeklinde "yasa dışı işçileri" arama gerekçesiyle işçi yurtlarına ve yabancıların kaldıkları evlere girişilen bu baskınları İG Metall sendikası ile Yabancılar Merkezi protesto ettiler. Aynı şekilde Baden-Württemberg İG Metall Başkanı Franz Steinkühler, bu olayı Eyalet Başkanına telgraf çekerek kınadı.

Bugün Baden-Württemberg'te girişilen bu baskınlara karşı sessiz kalmamalı, protestolarımızı yükseltmeliyiz. Ve sendikalarımızın bu baskınlara karşı sessiz kalmamalarını sağlamalıyız. Aynı zamanda polisin baskınlarından yılarak yabancı işçilerin haklarını burada almadan geri dönmelerinin yanlış olacağını, haklarımızı almanın gerektiğini açıklamalı ve bunun için de yerli ve yabancı işçilerin aynı mücadele cephesinde yer alarak savaşmaları gerektiğini vurgulamalıyız.

(„Razzia gegen ausländische Arbeiter")



Faşist cunta Anayasası ile zorbalığı yasallaştırmak istiyor.

Faşist cunta Anayasa tasarısına eleştiriyi yasakladı

23 Eylül'de faşist cuntanın kuklası "Danışma Meclisi" Anayasa tasarısını kabul etti. Daha sonra tasarı beşli çeteden oluşan Milli Güvenlik Konseyi'ne sunuldu.

Kendilerinin çizdikleri sınırlar dahilinde profesörler tarafından hazırlanan Anayasa tasarısını beşli çete bir kez dah gözden geçirdi. Halkın gözünü boyamak amacıyla, sanki bu tasarı bağımsız bir komisyon tarafından hazırlanmışcasına bir iki önemsiz değişiklik yaptı. 20 Ekim'de kesin şeklini alan Anayasa açıklandı.

Toplanma, dernek kurma, sendikal faaliyet sürdürme, fikir belirtme vs. hak ve özgürlüklerin izine bile rastlanamadığı, sadece sınırlamalarla ve yasaklarla dolu Anayasa tasarısı 7 Kasım'da "halk oylamasına" sunulacak.

Bu Anayasa tasarısında tüm yetkiler Cumhurbaşkanına verilmekte ve bunun yanı sıra bazı yetkiler ise Cumhurbaşkanlığı Konseyi'nde toplanmaktadır ki, bunlarda bugünkü beşli çeteden başka kimse olmayacaktır.

Anayasa tasarısının kesin biçimini almasından sonra beşli çetenin başı Kenan Evren ve diğer Konsey üyeleri sözümona Anayasa'yı tanıtma amacıyla yurt gezilerine çıktılar. Bu gezilerin biricik amacı halkı Anayasa Taslağı'na evet demeye zorlamaktır.

Ayrıca faşist cunta halkın oylamaya katılmasını teşvik etmek için bu tehdit gezilerinin yanı sıra iki tip broşür, afiş vb. yayınlar çıkardı. Bunun yanı sıra her gün radyo, televizyonda ve basında Anayasa'nın propagandası yapılmaktadır.

Faşist cunta, 24 Ekim'de Anayasa Taslağı'na her türlü eleştiri yasağını koyduğu gibi, aynı şekilde Kenan Evren'in Anayasa'yı tanıtma, daha doğrusu tehdit gezilerinde yaptığı ve yapacağı konuşmaların eleştirilmesini de yasakladı.

Öte yandan faşist cuntanın Anayasa'sını eleştiren ve 7 Kasım'da bu Anayasa'ya hayır denmesini talep eden bildiriler ve kartpostallar dağıtan 50 kişiyi faşist cunta bir kaç gün önce İstanbul'da tutukladı.

Faşist diktatörlüğün yasallaştırılmasından başka hiç bir anlam taşımayan bu Anayasa'ya halkın hayır demesinden öcü gibi korkan faşist cunta her türlü yasaklamalarının yanında, ağzını açıpta bir iki kelime ile Anayasa'yı eleştiren herkesi bile tutuklamakta, hapise atmaktadır. Çünkü o çok iyi biliyor ki, halkın Anayasaya hayır demesi kendisini istemediğinin bir ifadesi olacaktır.

Mannheim İdari Mahkemesinin kararı:

"İşkence görme siyasi takibi oluşturmamaktadır"

Federal Almanya'da iltica yasasına yapılan saldırılar halkasını her geçen gün bir yenisi izlemektedir. Bu yönde son olarakta Mannheim'deki Baden-Württemberg İdari Mahkemesi yeni bir adım attı. Kürt anti-faşisti Hasan Aksoy'un davasına bakan Mahkeme insanlık dışı bir karar alarak Federal Almanya'daki iltica yasasının ne denli kuşa çevrildiğini ortaya koydu.

Türkiye'de uzun bir tutukluluk süresinden sonra serbest bırakılan Hasan Aksoy Türkiye'yi terk ederek Federal Almanya'ya gelip iltica talebinde bulundu.

Ancak kısa bir zaman geçmeden iltica talebi reddedilince Mannheim'deki Baden-Württemberg İdari Mankemesi'ne itirazda bulundu. İdari Mahkeme iltica talebini reddetti ve temyize gidilmesi yolunu kapalı tuttu.

İltica isteğini reddeden İdari Mahkeme başlıcı gerekçe olarak şunu göstermekte: *"İşkence görme ve hakarete uğrama Türkiye'de genel bir olaydır (...)".* Bunun için birisinin bu tür bir baskıya maruz kalacağı gerçeği ona iltica hakkı tanımak için yeterli bir neden değildir diyor İdari Mahkeme heyeti.

Federal Almanya'da iltica talebinin kabulü için şimdiye değin bir kişinin ülkesinde siyasi düşüncesinden ötürü devlet tarafından takibe uğradığını ispatlaması şartı aranıyordu. Ancak görüldüğü gibi bir kişinin siyasi düşüncesinden dolayı işkence göreceği ya da başka türlü hakarete uğrayacağı yönünde tereddütlerin olmasını yeterli görmüyor İdari Mahkeme heyeti. Bu da Federal Almanya'daki iltica yasasının ne denli kuşa çevrildiğinin en açık bir belgesidir.

Bugün Federal Almanya'da iltica isteminde bulunan Türkiyelilerin küçük bir kısmına, yani parmakla sayılabilecek bir kesimine iltica hakkı tanınmaktadır ki bu da çok şartlarda mümkün olabilmektedir. Çünkü gerek Federal Hükümet gerekse de Federal Mahkemeler şimdiye değin Türkiye'de işkencenin faşist cunta tarafından değil, tek tek kişiler tarafından uygulandığını ileri sürdüler. Bunun sonucunda mahkemeler Türkiye'de siyasi düşüncesinden dolayı takibe uğrayan bir dizi anti-faşistin iltica istemini geri çevirdi ve Türkiye'de faşist cuntanın can güvenliğini sağladığını ileri sürdüler. Ancak gerçeklerin böyle olmadığı açığa çıkınca, şimdi de Türkiye'den gelen ilticacıların istemlerinin geri çevrilmesi için başka yollar aranıyor. Çünkü bugün Federal Alman devleti faşist cuntanın en büyük siyasi ve maddi destekçilerindendir. Ve onun ayakta kalması Batı Alman emperyalistlerinin de çıkarınadır.



CDU/CSU ilticacıların hepsini kamplara doldurmak istiyor.

Mannheim İdari Mahkemesi dehşet yaratıcı kararında şöyle demekte: *"Devlet güvenliğini sarsmakla suçlu görüldüklerinden dolayı haklarında tahkikat sürdürülen solcu Kürtlerin işkence görmesi' veya benzeri hakarete uğraması genelde siyasi takibi oluşturmamaktadır (...) Çünkü işkence ve hakarete uğrama Türkiye'de genel bir olaydır ki, bundan sadece siyasi olarak aktif Kürtler etkilenmemektedir (...)."*

Şimdiye değin Batı Alman devleti cuntaya yardımlarının devamını sağlamak, cuntayı ayakta tutmak amacıyla Türkiye'de işkencelerin birer istisna olduğunu ileri sürdü.

Ne varki şimdi Mannheim İdari Mahkemesi faşist cuntayı koruyayım derken paçayı da ele vererek, Türkiye'de cunta tarafından sistematik bir şekilde işkencenin yapıldığını ortaya koydu ve dolayısıyla da faşist cuntanın bile savunmadığı "işkenceleri" haklı çıkarmaya yöneldi.

Öte yandan Baden-Württemberg İdari Mahkemesi'nin bu dehşet yaratıcı kararına karşı protestolar yoğunlaştırıldı. Örneğin Stuttgart ÖTV sendikası Kaza Birliği hakimler ve savcılar meslek grubu mahkemenin gerekçelerini **"insanlık onurunu hiçe sayan bir gerekçe olarak"** niteledi.

ÖTV Meslek Grubu şöyle diyor: *"Şu an ki Türk devletini tüm araç ve gereçlerle savunulması gereken 'liberal-burjuva toplum düzeni' olarak gören herkes, gerçekte askeri diktatörlüğe ve onun işkencelerine kurbanları teslim ediyor"*

Hasan Aksoy'un iltica istemini bu tür bir gerekçe ile reddeden Mannheim İdari Mahkemesi'nin kararına karşı savunma avukatları Batı Berlin'deki Federal İdari Mahkeme'ye itirazda bulundular.

Öte yandan bu mahkemenin ileri sürdüğü gerekçelere bakılırsa, bir ülkede faşist terör ne denli şiddetli olursa, o kadar da bundan etkilenenlerin iltica istemlerinin kabul edilmesi olanağı azalır. Tabi ki bunun ön şartıda hükümetin işkence yapıldığını ve katliama girişildiğini resmen kabul etmemesidir. Nitekim bunu faşist Hitler açık olarak kabul etmediği gibi, bugün onun izinde yürüyen faşistler de kabul etmeyeceklerdir. Mannheim İdari Mahkemesi'nin bu mantığı bir yandan Batı Alman Adaletinin insanlık düşmanı yüzünü ortaya koyarken, diğer yandan ise Anayasada siyasi takibe uğrayan herkese iltica hakkının garantilenmesinden geriye hiç bir şeyin kalmadığını gösteriyor.

CDU/CSU iltica yasasından geriye kalan son kırıntıları da kaldırmayı amaçladıklarını, şimdiye değin alınan önlemleri yeterli görmediklerini açıkca ortaya koydular. Bu anlamda hem CDU/CSU'nun almak istediği yeni kararlara karşı çıkmak hem de Mannheim İdari Mahkemesi'nin aldığı kararın geri alınması için protestoları yoğunlaştırmak gereklidir.